

LSAP - Am Mëttelpunkt vum Liewen

Parlamentswahlen 2004 - Wahlprogramm der LSAP
Angenommen am 6. März 2004 in Düdelingen

LSAP - Besser fir Lëtzebuerg

INHALTSVERZEICHNIS

1. Präambel.....	3
2. Fir eis Schoul an eis Fräizäit.....	9
2.1. Bessere Noten für unsere Schule	10
2.2. Für eine autonome Universität	22
2.3. Den Jugendlichen mehr Gehör verschaffen	24
2.4. Sport: ein Plus an Lebensqualität	26
2.5. Kultur mit Leben füllen	28
3. Fir eis Famill an eise Beruf	31
3.1. Familie und Beruf besser vereinbaren	32
3.2. In Arbeit anstatt in Arbeitslosigkeit investieren	39
3.3. Für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Finanzpolitik	43
3.4. Landesweite Mobilität für alle.....	52
3.5. Für eine lebenswerte Umwelt.....	58
4. Fir eist Zesummeliewen heiheim	67
4.1. Die Demokratie neu beleben	68
4.2. Für eine besonnene Ausländerpolitik	72
4.3. Öffentliche Dienstleistungen: bürgernah und modern	74
4.4. Ein höherer Stellenwert für die Gemeinden	77
4.5. Luxemburg braucht einen nationalen Gesundheitsplan	79
4.6. Ein selbstbestimmtes Leben für Senioren	86
4.7. Gleiche Chancen für behinderte Menschen.....	89
4.8. Armut und soziale Ausgrenzung eindämmen.....	90
5. Fir eist Zesummeliewen dobaussen.....	93
5.1. Für ein starkes Europa - politisch, sozial und wirtschaftlich.....	94
5.2. Luxemburg in der Grossregion.....	99
5.3. Globaler Einsatz für Frieden und Sicherheit	100
5.4. Armut weltweit bekämpfen	102

1. Präambel

2 Am 13. Juni 2004 sind Parlamentswahlen. Auf den folgenden Seiten präsentieren die
3 Sozialisten ihr Programm für die Legislaturperiode 2004-2009 und erläutern konkret
4 und detailliert, was sie während dieser Zeit tun möchten und tun werden, wenn der
5 Wähler ihnen dazu die Chance gibt. Diese Chance sollten die Sozialisten bekommen.
6 Denn die vergangenen fünf Jahre haben aufgezeigt, dass die CSV/DP-Regierung nur in
7 beschränktem Masse fähig ist, unser Land erfolgreich durch schwierigere Zeiten zu
8 lotsen. Die folgenden drei Beispiele belegen dies zur Genüge.

9 **Fünf Jahre CSV/DP-Regierung: eine dürftige Bilanz**

10 Die Wirtschaft unseres Landes ist angeschlagen. Jährliche Wachstumsraten von 5 bis
11 9% gehören der Vergangenheit an. Seit einigen Jahren dümpelt unsere Wirtschaft mit
12 Wachstumsraten von lediglich 1 bis 1,5% vor sich hin. Wirtschaftspolitische Dynamik
13 ging von dieser Regierung nur unzureichend aus. Eine 70%-ige Steigerungsrate der
14 Arbeitslosenzahl seit den letzten Parlamentswahlen ist die Folge. Verschlafen wurde
15 von der CSV/DP-Regierung auch die Explosion der Bauland- und Wohnungspreise.
16 Bleiben diese mässigen Eckdaten bestehen, werden die Einkommen der privaten
17 Haushalte, das Staatsbudget und die sozialen Sicherungssysteme mehr denn je die
18 Konsequenzen zu spüren bekommen.

19 Die Bildungspolitik steckt in der Sackgasse; die öffentlichen Schulen werden zugunsten
20 privater Bildungseinrichtungen vernachlässigt. Die angekündigte Bildungsoffensive
21 blieb aus. Kein Wunder auch: mit Schlagwörtern wie „Back to Basics“ ist das
22 Bildungswesen nicht zu verbessern. Schüler, Eltern und Lehrer sind verunsichert, denn
23 sie wissen, dass die Schule keine Rückspiegel braucht, sondern Wegweiser ins 21.
24 Jahrhundert. Die Bürger erwarten zu Recht, dass staatliche Bildungsangebote in
25 ansprechenden Schulgebäuden brauchbare Kenntnisse vermitteln und gleichwertige
26 Chancen eröffnen. Auch für die Wirtschaft ist es von Belang, dass Luxemburg
27 konsequent in den Aufbau seines Humankapitals investiert.

28 Luxemburg steht im Stau: morgens wie abends sind die grossen Strassenachsen lahm
29 gelegt. Konkrete Verbesserungen wurden weder zugunsten des Individualtransports
30 noch des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs eingeleitet. Die Infrastrukturpolitik
31 im Bereich des Individualtransports beschränkt sich auf die Umsetzung von

32 Strassenbauprojekten, die schon von der vorherigen CSV/LSAP-Regierung beschlossen
33 wurden. Dem öffentlichen Transport wird keine Priorität eingeräumt, im Gegenteil:
34 durch die Entscheidung, das BTB-Konzept nicht zu verwirklichen, hat die Regierung
35 wertvolle Zeit verstreichen lassen. Übertriebene Liberalisierungs- und
36 Privatisierungsbestrebungen, vor allem im Bereich des Bus- und Bahnverkehrs, schaden
37 der Qualität des öffentlichen Transports und verunsichern unnötigerweise die
38 Arbeitnehmerschaft des Transportsektors.

39 **LSAP: Besser für Luxemburg**

40 Ist es demnach anmassend, zu behaupten, es wäre gut für Luxemburg, wenn die
41 Sozialisten die Regierungspolitik wieder hierzulande mitbestimmen könnten? Es ist
42 nicht anmassend. Es ist notwendig. Die nächsten Jahre werden nichts für
43 Schönwetterpolitiker und scheinbare Alleskönner sein. Regierungsressorts wie
44 Erziehung, Wirtschaft, Finanzen und Staatsbudget, Transport, Umwelt, Arbeit und
45 Beschäftigung, soziale Sicherheit oder auch Gesundheit müssen von kompetenten,
46 durchsetzungsfähigen und besonnenen Personen geführt werden.

47 Die Sozialisten haben das richtige Team für die gestellten Aufgaben. 60 Kandidaten,
48 von denen jeder auf seine Art und Weise in unserer Gesellschaft erfolgreich
49 Verantwortung trägt. Viele von ihnen mit langjähriger Erfahrung in Regierung,
50 Parlament, Gemeinden sowie sozialem und kulturellem Leben. Sie alle wollen mit viel
51 Engagement die Zukunft Luxemburgs gestalten. Dies aufgrund eines konkreten
52 Programms, welches sich durch mutige und seriöse Alternativen auszeichnet und vielen
53 Politikbereichen eine neue Dynamik verleihen wird.

54 **Leitlinie Soziale Gerechtigkeit**

55 Die im Wahlprogramm der Sozialisten enthaltenen konkreten Vorschläge fussen auf
56 drei Grundsätzen, die sich gegenseitig bedingen und ergänzen: Gleiche Chancen
57 eröffnen, Verantwortung teilen, Solidarität leben. Dieses normative Dreigespann
58 entspringt einer zentralen Leitlinie: der sozialen Gerechtigkeit.

59 Soziale Gerechtigkeit ist für die Sozialisten mehr als die Summe aller Sozialtransfers.
60 Sie beinhaltet Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit sowie Zugangs- und
61 Teilhabegerechtigkeit, nicht nur finanziell sondern auch in punkto Wissen, Arbeit,
62 Infrastrukturen.

63 Soziale Gerechtigkeit bedarf einer gesellschaftlichen Vereinbarung darüber, wie man
64 ein zufriedenstellendes Leben für möglichst viele Menschen sicherstellt. Dieser
65 Gesellschaftsvertrag muss im Interesse der sozialen Kohäsion und des
66 gesellschaftlichen Fortschritts immer wieder neu dynamisiert und weiterentwickelt
67 werden.

68 **Gleiche Chancen eröffnen**

69 Soziale Gerechtigkeit bedeutet nicht nur, dass jeder einzelne Mensch in der Gesellschaft
70 die gleichen Chancen eingeräumt bekommen muss, sondern auch, dass er in die Lage
71 versetzt wird, überhaupt Chancen zu ergreifen. Qualitativ hochwertige, dezentral und in
72 ausreichendem Masse angebotene öffentliche Güter, seien es nun Dienstleistungen oder
73 Infrastrukturen, ebnen den Weg für mehr Chancengerechtigkeit.

74 Vor allem für Kinder und Jugendliche sind gleiche Startchancen in der Schule und bei
75 der Ausbildung unabdingbar. Eine verbesserte Qualifizierungspolitik ist für die
76 Sozialisten wichtigste Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Gleiche Chancen
77 müssen auch in der Arbeitswelt eröffnet werden, unabhängig von Alter und Geschlecht.
78 Es gilt ausserdem, die Entscheidungsfreiheit und die Eigenständigkeit junger Menschen
79 zu fördern, damit sie ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen und Wünschen
80 gestalten können.

81 Eine gesunde, wettbewerbsfähige Wirtschaft fördert Chancen- und
82 Verteilungsgerechtigkeit, wenn entsprechende politische Rahmenbedingungen ihr eine
83 soziale und ökologische Ausrichtung geben. Qualitatives Wachstum und
84 Vollbeschäftigung sowie eine positive und nachhaltige Einkommens- und Sozialpolitik
85 werden somit ermöglicht. Wirtschaftlicher Erfolg erfordert allerdings mehr denn je
86 Investitionen in moderne Infrastrukturen, in Bildung und Wissenschaft sowie in
87 Innovation und Forschung.

Solidarität leben

89 Soziale Gerechtigkeit ist nach dem Dafürhalten der Sozialisten nur durch
90 gesellschaftliche Solidarität möglich. Die Sozialisten wollen das Solidaritätsprinzip
91 festigen und modernisieren. Sie werden dafür Sorge tragen, dass nicht an den bewährten
92 Fundamenten des Sozialstaats gerüttelt wird.

93 Die auf der Umlagefinanzierung beruhende gesetzliche Rente muss in unserem
94 Ruhestandssystem weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Denn das Prinzip der
95 Generationensolidarität und die damit verbundene Nachhaltigkeit ist eine wesentliche
96 Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Jede Generation muss nicht
97 nur die eigenen Interessen und Rechte, sondern auch die der anderen Generation
98 berücksichtigen, damit Ältere und Jüngere gleichermaßen voneinander und von ihrer
99 Umwelt profitieren können.

100 Die Sozialisten wollen dem einzelnen Menschen einen höheren Stellenwert einräumen.
101 Damit Arme, Schwache und Einsame nicht unbeachtet am Rande stehen, ist eine
102 menschlichere Kultur des Miteinanders vonnöten. Ehrenamtliche und gemeinnützige
103 Tätigkeiten müssen deshalb stärker anerkannt und Armut konsequent bekämpft werden.

104 Besonders die Arbeitslosigkeit betrifft die ganze Gesellschaft. Die Politik muss die
105 nötigen Rahmenbedingungen schaffen, damit Arbeitslose nicht ausgegrenzt werden und
106 in Arbeit anstatt in Arbeitslosigkeit investiert wird. Solidarität hat aber auch eine
107 globale Dimension. Wirtschaftliche Ausbeutung der Ärmsten kennzeichnet die aktuelle
108 Weltgesellschaft. Fairer Handel kann hier zu einem Symbol für soziale Gerechtigkeit
109 werden.

Verantwortung teilen

111 Obschon manche Menschen nicht auf bestimmte soziale Leistungen verzichten können,
112 gilt allgemein, dass Menschen nicht durch Transferzahlungen glücklich werden,
113 sondern durch das Gefühl, gebraucht zu werden und etwas Sinnvolles zu tun. Zur Kultur
114 der Verantwortung gehört nicht nur die Eigenverantwortung, sondern ebenfalls die
115 Verantwortung der Eltern gegenüber ihren Kindern, des Staates gegenüber seinen

116 Bürgern, des Arbeitgebers gegenüber seinen Arbeitnehmern, des Starken gegenüber den
117 Schwachen, des Nehmenden gegenüber den Gebenden und jedes Einzelnen gegenüber
118 der Umwelt.

119 Das vorliegende Wahlprogramm der Sozialisten sorgt für die nötigen
120 Rahmenbedingungen, Infrastrukturen und Regelungen, damit Verantwortung geteilt und
121 jeder seiner Verantwortung gerecht werden kann. Ein besonderer Stellenwert kommt
122 dabei der Bereitstellung der nötigen Mittel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu.
123 Der von den Sozialisten geplante substanzielle Ausbau der Ganztagsbetreuung wird es
124 Eltern erlauben, ihre Verantwortung sowohl gegenüber den Kindern als auch im
125 Arbeitsleben zufriedenstellend übernehmen zu können.

126 Die Sozialisten sind fähig und willens, politischen Einfluss auf die Regierungsarbeit im
127 Sinne dieser Vorstellungen zu nehmen. Mit Kreativität, Leistungsbereitschaft und
128 Engagement. Eben „am Mëttelpunkt vum Liewen“.

2. Fir eis Schoul an eis Fräizäit

130 **2.1. Bessere Noten für unsere Schule**

131 • *Schulische Bildung in einer sich verändernden Welt*

132 Die Schule ist das wichtigste Instrument unserer Gesellschaft, um Kindern und
133 Jugendlichen aller Bevölkerungsschichten den Weg zu Bildung und Ausbildung zu
134 eröffnen und sie auf diesem Weg zu unterstützen. Ziel der Schule ist nicht nur die
135 berufliche Qualifizierung als Mittel zum sozialen Aufstieg, sondern auch die
136 Vermittlung von allgemeinverbindlichen Werten, die frei und unabhängig von
137 religiösem und ideologischem Einfluss sein müssen.

138 Die Schule ist der ideale Ort, wo Kinder und Jugendliche das Zusammenleben lernen
139 können und angeregt werden, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, d.h.
140 Demokratie zu leben. Die Schule ist ein Mittel zur Integration vieler verschiedener
141 Kinder in die luxemburgische Gesellschaft. Die Schule soll Kreativität und
142 Kritikfähigkeit fördern und den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen helfen, sich in
143 unserer immer komplexer werdenden Gesellschaft zurechtzufinden und zu behaupten.

144 Die Schule soll eine Ausbildung vermitteln, die es erlaubt, auf dem Arbeitsmarkt zu
145 bestehen. In unserer modernen Volkswirtschaft und der sich entwickelnden
146 Wissensgesellschaft wird es immer schwieriger für Unqualifizierte, einen Arbeitsplatz
147 zu finden. Also muss ein Ziel der Schule sein, allen Kindern und Jugendlichen die
148 bestmögliche Erstausbildung zu vermitteln. Diese Erstausbildung muss auch so gestaltet
149 sein, dass sie Grundstein eines lebenslangen Lernens ist.

150 Die Sozialisten wollen eine Schule, die diesen Ansprüchen genügt. Eine Schule, die
151 Chancengerechtigkeit garantiert, die einen Beitrag zur Integration Kinder jeglicher
152 sozialer und sprachlicher Herkunft leistet, die alle Kinder und Jugendliche auf einem,
153 ihren Talenten und Möglichkeiten entsprechenden, hohen Niveau ausbildet.

154 Die Schule ist ein Teil der Gesellschaft, soziale Entwicklungen spiegeln sich auch in der
155 schulischen Arbeit wider. Die Kinder geraten immer früher unter Leistungsdruck und

156 immer mehr Schüler sind von Ausgrenzung bedroht. Viele von ihnen werden nicht
157 ausreichend für das Leben und eine weiterführende Ausbildung vorbereitet.

158 Um zu verhindern, dass vielen Schülern schon in den ersten Jahren der Primärschule der
159 Weg zu einer weiterführenden Ausbildung verbaut wird, wollen die Sozialisten den
160 Unterricht individualisieren und differenzieren. Es ist notwendig, dass der Schüler ins
161 Zentrum der Interessen des Schulsystems rückt. Die Schule bereitet den Schüler auf
162 seine Zukunft vor, daher sollte sie auf ihn eingehen und nicht den oft abstrakten und
163 wenig praxisorientierten Lernstoff in den Vordergrund stellen. Besonders in den ersten
164 Schuljahren macht es keinen Sinn, Schüler ein Jahr nachsitzen zu lassen und zu
165 versuchen, ihnen den gleichen Lernstoff mit der gleichen Methode einzupauken.
166 Vielmehr sollen die Schwierigkeiten der Schüler frühzeitig diagnostiziert und ihnen
167 effizient entgegengewirkt werden. Es gibt in einer Anzahl von Gemeinden die
168 Möglichkeit, die zwei ersten Schuljahre in drei Jahren abzuschliessen: dieses Angebot
169 soll flächendeckend im ganzen Land angeboten werden. Desweiteren soll geprüft
170 werden, ob es sinnvoll ist, diese Möglichkeit auf die weiteren Primärschuljahre
171 auszudehnen.

172 Wir brauchen eine Schule, die die Leistungsfähigkeit des Kindes optimal fördert, die
173 dem Lernrhythmus des Kindes angepasst ist und in der die vom Schüler zu
174 entwickelnden Kompetenzen genau umschrieben sind sowie flexibel und differenziert
175 vermittelt werden. Die Sozialisten werden deshalb eine Anpassung der überladenen
176 Schulprogramme vornehmen. Es sollen nationale Standards festgelegt werden, die für
177 alle Stufen der Primärschule und der Sekundarschulen gelten und regelmässig überprüft
178 werden. Damit die Bildungsstandards Wirksamkeit entfalten, werden sie als
179 Steuerinstrument für die Qualitätsentwicklung des Unterrichtes eingesetzt.

180 Die Bewertung der Schüler soll nicht nur auf negativen Kriterien, d.h. auf einem
181 Fehlerkatalog beruhen, sondern auch die Talente und hauptsächlich die Fortschritte des
182 Einzelnen beschreiben. Dies bringt ein positives Lernerlebnis und die hierdurch
183 gewonnene Motivation erlaubt es, Lernschwierigkeiten selbst wahrzunehmen und an
184 den Schwachstellen zu arbeiten. So kann der Schüler eigene Verantwortung für den
185 Lernprozess übernehmen. Demzufolge muss man sich vom traditionellen
186 Frontalunterricht entfernen und mehr Interaktivität in die Schulstunden einfliessen

187 lassen. Auch sollten die auszustellenden (Zwischen-)Zeugnisse dieser Entwicklung
188 Rechnung tragen.

189 In der Schule muss vermehrt auf Teamteaching gesetzt werden, um alle Kinder
190 individuell zu fördern und differenziert zu behandeln. So können auch spezielle
191 Begleitmassnahmen bei Kindern mit Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten und
192 Behinderungen angewandt und die einzelnen Schwachpunkte der Kinder ausgebessert
193 werden. Lernprobleme bei Kindern haben meist vielschichtige Ursachen. Daher ist ihr
194 Wohlbefinden insgesamt in Betracht zu ziehen. Die psychosoziale Betreuung muss als
195 interdisziplinäres Unterfangen, welches unter anderem Schulärzte, Psychologen,
196 Schülerberater, Betreuer, Logopäden, Psychomotoriker, Heilpädagogen, Lehrer und
197 Eltern vereinigt, verstärkt werden.

198 Die Bewertung der Bildung soll ein integrierter Bestandteil von Unterricht und Lernen
199 werden. Die Evaluierung muss regelmässige, differenzierte und umfassende
200 Informationen über die Bildungsarbeit und die erreichten Ziele liefern und für die
201 Lehrkräfte von Nutzen sein. Deshalb wollen die Sozialisten Methoden der
202 Selbstevaluierung seitens der Schulen entwickeln, die es der Schulgemeinschaft
203 erlauben, ihre Arbeit zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Diese sollten durch eine
204 externe Evaluierung von staatlich anerkannten Experten begleitet werden.

205 Die Sozialisten wollen eine Schule, in der beide Geschlechter gleichberechtigt an allen
206 Ausbildungswegen und Bildungseinrichtungen teilhaben. Daher müssen Anreize für die
207 jeweils „nicht-typischen“ Bildungs- und Berufsfelder geschaffen und in der Lehreraus-
208 und -fortbildung Gleichstellungserziehung aufgenommen werden.

209 • ***Den Sprachenunterricht differenzierter angehen***

210 Die Sozialisten wollen die Mehrsprachigkeit in Luxemburg erhalten. Gute
211 Sprachkenntnisse bringen nicht nur Vorteile in Schule und Beruf, sondern öffnen
212 ebenfalls den Blick für andere Kulturen und fördern Toleranz. Allerdings deuten viele
213 Erfahrungen darauf hin, dass die im Luxemburger Primärunterricht angestrebte frühe
214 Zweisprachigkeit im Lesen, Schreiben und Sprechen für viele Kinder die Hauptursache
215 für den schulischen Misserfolg darstellt. Deshalb müssen die Ziele in diesen Fächern

216 klarer als bisher beschrieben und die zu erlernenden Grundelemente besonders in den
217 ersten vier Jahren der Primärschule eng begrenzt werden. Eine prioritäre Aufgabe der
218 neugeschaffenen Universität Luxemburg muss es sein, die Vielsprachigkeit in
219 Luxemburg zu erforschen und angepasste Lehrmethoden zu entwickeln.

220 Die Sozialisten sind der Meinung, dass der Sprachenunterricht differenzierter
221 angegangen werden muss. Ein Kind muss zu einem Schulabschluss kommen, auch
222 wenn es in einer der zwei Gebrauchssprachen -Deutsch oder Französisch-
223 Schwierigkeiten hat. Die Einführung von sogenannten filières francophones in
224 verschiedenen Sektionen des technischen Unterrichts ist sicher ein wichtiger Schritt in
225 die richtige Richtung.

226 Die Sozialisten wollen im technischen und klassischen Sekundarunterricht den Schülern
227 die Möglichkeit geben, entweder Deutsch oder Französisch als erste Sprache zu wählen
228 und die andere Sprache als zweite Fremdsprache zu lernen. In dieser Optik muss der
229 Sprachenunterricht so reformiert werden, dass Sprachkompetenzen, nach der Vorlage
230 des europäischen Sprachen-Portfolios in Lesen, Schreiben, Verstehen und Sprechen auf
231 verschiedenen Leistungsniveaus definiert werden. Auf diese Weise wird mehr Schülern
232 mit verschiedenen sprachlichen Hintergründen der Sekundarabschluss ermöglicht. Die
233 Gesamtsprachenkompetenz der Schüler soll anspruchsvollen Anforderungen
234 entsprechen, wobei Defizite in einer Sprache nicht zur Eliminierung der Schüler führen
235 dürfen.

236 Bis dato hat das Luxemburger Unterrichtswesen den sprachlichen und kulturellen
237 Kompetenzen der Schüler ausländischer Abstammung in ungenügender Weise
238 Rechnung getragen. Die Sozialisten werden das Studium anderer Sprachen wie zum
239 Beispiel der portugiesischen Sprache und Kultur als Leistungsfach auf den
240 Sprachenklassen im Sekundarunterricht einführen, um die Möglichkeit zu schaffen,
241 Defizite in anderen Sprachen, besonders in Deutsch, zu kompensieren. Allerdings sollte
242 in den oberen Klassen beider Sekundarunterrichte dem Englischen als verbindende
243 Weltsprache eine grosse Bedeutung beigemessen werden.

244 • ***Ganztagsmodelle für die Chancengerechtigkeit aller Kinder***

245 Die Sozialisten plädieren für ganztägige Schulformen, weil sie bessere
246 Förderungsmöglichkeiten bieten. Ganztagsmodelle erlauben eine kinder- und
247 jugendgerechtere Schule, sie bieten Zeit für Sport, Musik, Kreativität und gemeinsames
248 Essen. Ganztägige Schulen bieten auch mehr Zeit für problemorientiertes Lernen, für
249 Projekt- und Gruppenunterricht und für alle Formen bewährter Pädagogik. Weil bei der
250 Ganztagsbetreuung Lehr- und dazugehörige Übungszeiten angeboten werden, fallen
251 keine Hausaufgaben an.

252 Durch eine Ganztagsbetreuung der Kinder werden die Eltern in der Erfüllung ihrer
253 erzieherischen Aufgaben unterstützt und soziale Defizite können abgebaut werden.
254 Gerade die Ganztagsbetreuung kann wesentlich dazu beitragen, sowohl
255 luxemburgischen als auch ausländischen Kindern eine qualitativ hochwertige
256 Grundausbildung anzubieten.

257 Ganztagsbetreuung ist kein Allheilmittel, sie ist auch kein Ersatz für die Familie und
258 notwendige längerfristige Reformen, sie ist allerdings eine wichtige Massnahme, um
259 schnell auf Defizite in der Schule zu reagieren und allen Kindern verbesserte Chancen
260 zu bieten. In diesem Sinne verpflichten sich die Sozialisten, zusammen mit den
261 Gemeinden ein Finanzierungsprogramm zum mittelfristigen Aufbau eines
262 ausreichenden, nicht-obligatorischen Angebots an qualifizierten Ganztagsmodellen im
263 Land zu erstellen. Um die Gemeinden nicht über Gebühr zu belasten, werden die
264 Sozialisten die zur Zeit geltende finanzielle Beteiligung des Staates an den
265 Infrastrukturkosten der Früherziehung auch über das Jahr 2005 hinaus beibehalten.

266 Im postprimären Schulunterricht werden die Sozialisten ein Pilotprojekt
267 „Ganztagschule“ für Jugendliche des „Cycle Inférieur“ anlaufen lassen, das
268 Schulstunden und ausserschulische Aktivitäten miteinander verbindet. Dieses
269 Pilotprojekt soll auch pädagogisch innovativ sein. Es soll eine Teamschule werden, wo
270 Lehrer und Erzieher als Team über drei, respektive vier Jahre die gleiche Gruppe
271 Schüler unterrichten und betreuen, wo fächerübergreifend zusammengearbeitet wird
272 und wo Zusammenarbeit und Mitbestimmung aller Schulpartner gelten. Ebenso werden
273 die Sozialisten Sorge dafür tragen, dass der Übergang vom Primär- in den

274 Sekundarunterricht angepasst wird, indem der Dialog und die Zusammenarbeit
275 zwischen den Lehrern von Primär- und Postprimärunterricht verbessert und die
276 Lehrprogramme besser aufeinander abgestimmt werden.

277 • ***Öffentliche Schule, Garant für Chancengerechtigkeit***

278 Die Sozialisten sind davon überzeugt, dass die öffentliche Schule die Schule aller
279 Kinder und Jugendlichen ist. Die öffentliche Schule muss attraktiv, effizient und
280 flexibel gestaltet sein, damit alle Kinder gemeinsam sozialisiert werden und somit der
281 Zusammenhalt unserer Gesellschaft bewahrt wird. Nur die öffentliche Schule kann
282 Chancengerechtigkeit garantieren, das heisst jedes Kind, jeden Jugendlichen nach
283 seinen individuellen Möglichkeiten, Talenten und Ambitionen fördern.

284 Deshalb ist es wichtig, der öffentlichen Schule eine grössere Autonomie zuzugestehen,
285 nicht nur organisatorisch und finanziell, sondern auch pädagogisch. In enger
286 Zusammenarbeit mit allen Schulpartnern soll jede Schule ein pädagogisches Konzept
287 entwickeln können, das Schwerpunkte je nach den Bedürfnissen der Schüler setzt. Dies
288 natürlich unter Berücksichtigung der nationalen Bildungsstandards, die für alle Schulen
289 gelten.

290 Die öffentliche Schule braucht allerdings mehr Mittel. Das paraschulische Angebot der
291 Vor- und Primärschule muss ausgebaut werden, damit durch gezielte Hilfe Lerndefizite
292 ausgeglichen und Kompetenzen aufgebaut werden.

293 Die öffentliche Schule muss sowohl auf die besonderen Schwächen als auch auf die
294 besonderen Begabungen der einzelnen Schüler eingehen können. Deshalb werden die
295 Sozialisten dafür Sorge tragen, dass die öffentliche Schule Kindern und Jugendlichen
296 mit Lernschwierigkeiten ein auf ihr Bedürfnis angepasstes Lehrprogramm in Form von
297 alternativen Unterrichtsmodellen anbietet. Auch muss sich die Schule intensiver mit der
298 Förderung von Hochbegabten beschäftigen. Die Sozialisten werden diesbezüglich ein
299 Konzept erstellen lassen und unter Form eines Pilotprojektes umsetzen.

300 Alle Kinder haben ein Recht auf einen umfassenden Sexualunterricht. Die Sozialisten
301 plädieren daher für einen allgemeinverbindlichen Sexualunterricht in den Primär- und
302 Sekundarschulen.

303 Die Sozialisten haben in der Vergangenheit dahin gewirkt, dass der Moralunterricht
304 ausgebaut wurde und jetzt praktisch in allen Gemeinden des Landes in der Primärschule
305 angeboten wird. Auch wurde die Stundenzahl des Religionsunterrichts in der
306 Primärschule von 3 auf 2 herabgesetzt. Es bleibt jedoch, dass die katholische Religion
307 als einzige Weltreligion in der luxemburgischen Schule unterrichtet wird. War dies
308 verständlich in einer Zeit, als 99% der Einwohner des Landes katholisch waren, so ist
309 die Monopolstellung des Katholizismus in einer multikulturellen und plurireligiösen
310 Gesellschaft problematisch. Die Sozialisten befürworten deshalb die Einführung eines
311 Faches in der Schule, in dem alle Weltreligionen, ihre Grundlagen und ihre Geschichte
312 auf eine objektive Art behandelt werden, um so Toleranz und Verständnis zu fördern
313 und Glaubensfreiheit zu sichern.

314 • ***Die Aus- und Weiterbildung der Pädagogen verbessern***

315 Wir brauchen genügend und gut ausgebildetes Personal, damit die Schule ihren Auftrag
316 erfüllen kann. Dies ist die einzige Chance, das Bildungssystem zu verbessern. Lehrer
317 müssen jedoch besser darauf vorbereitet werden, differenziert auf Kinder und
318 Jugendliche einzugehen. Sie brauchen mehr diagnostische Kompetenz, um Begabungen
319 zu erkennen oder Lernschwierigkeiten bei Kindern und Jugendlichen festzustellen. Sie
320 müssen auch mit jenen Fachkräften zusammenarbeiten, die im paraschulischen Bereich
321 tätig sind, um die einzelnen Kinder optimal zu fördern und sie müssen im Dialog mit
322 den Eltern Erziehungsaufgaben erfüllen.

323 Nachdem das Gesetz über die Universität Luxemburg das ISERP aufgelöst und die
324 entsprechenden Aufgaben an die Universität übertragen hat, müssen politische
325 Entscheidungen für die Ausbildung der Vor- und Primärschullehrer getroffen werden.
326 Die Sozialisten sprechen sich für eine Ausbildung der Lehrer von 240 ECTS aus, mit
327 der Möglichkeit, über Forschungsvorhaben vom professionellen Bachelor zum
328 akademischen Master überzuwechseln.

329 Die obligatorische Weiterbildung gehört zur Arbeit des Lehrers sowie aller anderen
330 Akteure, welche in den tagtäglichen Schulunterricht eingebunden sind (Lehrbeauftragte,
331 Erzieher, usw.). Sie soll in der normalen Arbeitszeit stattfinden. Den Lehrern sollte die
332 Möglichkeit geboten werden, nach zehn Jahren eine Auszeit von einem Jahr, ein so
333 genanntes Sabbatjahr, zur Weiterbildung beanspruchen zu können.

334 Die Sozialisten sind der Meinung, dass die Programme zur Lehrerfortbildung
335 schulintern, je nach den gemeinsam festgestellten Bedürfnissen der Schule, festgelegt
336 werden sollen. Es ist nicht nur wichtig, dass der einzelne Lehrer sich weiterbildet,
337 sondern die Fortbildung des Einzelnen soll der ganzen Schulgemeinschaft zugute
338 kommen, Erfahrungen sollen ausgetauscht und weitergegeben werden. Das SCRIPT
339 muss die Schulen dabei unterstützen, die für sie geeigneten Programme und
340 Institutionen auszuwählen.

341 Es muss auch erreicht werden, dass die pädagogische Qualifikation speziell in der
342 Benachteiligtenförderung verbessert und weiterentwickelt wird. In diesem
343 Zusammenhang fordern die Sozialisten, dass Spezialisten wie Heil- oder
344 Sonderpädagogen stärker in den Schulunterricht miteinbezogen werden.

345 • ***Eltern und Schüler einbinden***

346 Ein Mehr an Autonomie für einzelne Schulen bedingt ein Mehr an
347 Mitbestimmungsrecht für die einzelnen Schulpartner. Dies gilt sowohl für Lehrer- und
348 Elternschaft als auch für Schüler. Diese Mitbestimmung muss von Gremien ausgehen,
349 deren Rechte und Pflichten klar umrissen und koordiniert sind. Die Sozialisten wollen
350 anstatt eines administrativen Nebeneinanders eine Partnerschaft zwischen Direktion,
351 Lehrern, Eltern und Schülern aufbauen.

352 Die Information der Eltern über jegliche relevanten Themen der Schule ist Bestandteil
353 einer kohärenten Schulpolitik. Elternbeteiligung ist ein wesentliches Element einer
354 Bildungsreform. Rechte und Pflichten von Kindern, Eltern und Lehrern sollen in einer
355 gemeinsam ausgearbeiteten Charta festgelegt und deren Prinzip gesetzlich verankert
356 werden, damit alle Schulpartner die Verhaltensregeln in der Schule kennen und sich
357 dazu verpflichten, an diesen Regeln festzuhalten. Eine solche Charta ist ein geeignetes

358 Instrument, um Respekt und Toleranz zwischen allen Beteiligten zu fördern und darüber
359 hinaus der Gewalt in den Schulen vorzubeugen.

360 Um die Schüler und Eltern stärker in die Gestaltung der Schule mit einzubinden,
361 müssen die notwendigen Rahmenbedingungen für die bestehenden Gremien (Conseil
362 d'éducation, Nationale Schülerkonferenz, Conseil supérieur de l'éducation nationale)
363 verbessert werden. Dazu gehören nicht nur die notwendigen Infrastrukturen sondern
364 auch finanzielle Unterstützung, damit diese Organe autonom funktionieren und die
365 Schuldemokratie stärken können. Um die Funktionsweise unserer Demokratie den
366 Schülern näher zu bringen, wollen die Sozialisten den Schülervertretungen ein reelles
367 Mitspracherecht bei der Organisation ihrer Schulen einräumen.

368 Die Nationale Schülerkonferenz soll aktiv in die sie betreffenden Arbeiten des
369 Unterrichtsministeriums eingebunden und im Vorfeld der Verabschiedung von Gesetzen
370 konsultiert werden. Aber auch die Lehrer müssen an den Entscheidungen teilnehmen,
371 besonders im Rahmen der Autonomie der einzelnen Schulbetriebe. Deshalb ist es
372 wichtig, in einem Rahmenreglement das Funktionieren der Professorenkonferenz zu
373 definieren und ihr die nötige materielle Unterstützung zu geben.

374 • ***Infrastrukturen ausbauen***

375 Die Sozialisten werden sich dafür einsetzen, dass der Bau der notwendigen Lyzeen
376 vorangetrieben wird, um endlich alle Schüler aufnehmen zu können. Desweiteren
377 werden die Sozialisten die älteren Schulgebäude renovieren und die notwendigen
378 finanziellen Mittel für ihren Unterhalt bereitstellen. Die Schulgebäude müssen sicher,
379 ansprechend und freundlich gestaltet werden. Um neue Technologien als Bestandteil
380 des Unterrichts in allen Fächern einsetzen zu können, müssen alle Schulen über die
381 notwendigen Verkabelungen und Ausstattungen verfügen.

382 Die Sozialisten wollen die Schulräumlichkeiten so gestalten, dass sich Schüler, Lehrer
383 und Eltern dort wohlfühlen. Die Schule soll zu einem möglichst angenehmen
384 Lebensraum werden. Schulen müssen in ihrer Architektur und Ausstattung auf die
385 Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zugeschnitten sein. Eine Schule braucht
386 Bibliotheken, Aufenthaltsräume, Sportinfrastrukturen, Kantinen, Handwerks- und

387 Bastelräume sowie kreative Einrichtungen für Theater, Musik und gestaltende Kunst,
388 damit möglichst viele Aktivitäten neben dem Schulunterricht stattfinden können. Dazu
389 zählen auch Büroräume für Lehrer, die sowohl ein Arbeiten ausserhalb des
390 Klassenzimmers als auch Gespräche und Beratungen mit Kollegen, Eltern und Schülern
391 ausserhalb des Konferenzzimmers ermöglichen. Auch den Schüler- und Elternvertretern
392 müssen zur Erfüllung ihrer Aufgaben Räume und die erforderliche bürotechnische
393 Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden.

394 Die Sozialisten stellen fest, dass in unserem Land ein grosser Bedarf an Internatsplätzen
395 besteht und werden deswegen auf die schnelle Verwirklichung der seit Jahren
396 geforderten öffentlichen Internate drängen. Diese Internate sollen vom Staat oder von
397 einer Einrichtung öffentlichen Rechts geführt werden. Die Sozialisten werden ebenfalls
398 das im Primärschulbereich dringend benötigte öffentliche Internat schaffen.

399 Um die Lust am Lesen allen Bevölkerungsgruppen näher zu bringen, zu steigern oder zu
400 erhalten, werden die Sozialisten sich für moderne Schulbibliotheken und öffentlich
401 zugängliche Gemeindebibliotheken und Büchereien einsetzen. Moderne Medien-,
402 Informations- und Kommunikationszentren ermöglichen allen Bürgern den Zugang zu
403 Literatur und Wissen. Öffentliche Bibliotheken erfüllen auch die Funktion einer
404 sozialen Begegnungsstätte und werden dadurch zu Zentren allgemeiner kultureller
405 Aktivitäten.

406 Spricht man von der Anpassung an die geänderten Bedürfnisse vieler Familien, gilt es
407 auch ein flächendeckendes Netz an Schulkantinen zu errichten. Schulkantinen sollten
408 wenn möglich über eigene Küchen verfügen, die kindgerechte, abwechslungsreiche und
409 ausgewogene Speisen zubereiten.

410 Die Sozialisten werden zusammen mit den Gemeinden einen staatlichen Mehrjahresplan
411 ausarbeiten, der den Bau von Gebäuden für Früherziehung und Vorschulunterricht, von
412 Primär- und Sekundarschulen, Schulkantinen, Bibliotheken und öffentlichen Internaten
413 koordiniert.

414 • ***Die Handwerkerausbildung aufwerten***

415 Eine Aufwertung des Handwerks ist von Nöten. Methoden und Inhalte der Ausbildung
416 müssen auf allen Ebenen an den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung
417 angepasst und weiterentwickelt werden. Die Sozialisten wollen die Aus- und
418 Weiterbildung der Lehrenden den schwierigen Anforderungen ihres Berufes
419 entsprechend verbessern, sowohl in pädagogisch-didaktischer als auch in fachlicher
420 Hinsicht.

421 Eine fundamentale Diskussion über das duale Berufsausbildungssystem drängt sich auf.
422 Generell ist eine immer höhere Spezialisierung in den einzelnen Berufen festzustellen,
423 so dass in manchen Fällen eine umfassende Ausbildung in einem Betrieb gar nicht mehr
424 möglich ist. Damit die zukünftigen Arbeitnehmer jedoch auf dem Arbeitsmarkt
425 bestehen können, wäre es wichtig, so auszubilden, dass sie in alle Betriebe ihrer Sparte
426 eintreten können, um eventuell dort ihre Ausbildung zu vervollständigen. Um der
427 dualen Berufsausbildung eine neue Attraktivität zu verleihen, müssen auch vermehrt
428 überbetriebliche Strukturen zur Lehrlingsausbildung geschaffen werden. Die Sozialisten
429 werden das Gesetz von 1929, bzw. 1945 über das duale Berufsausbildungssystem in
430 diesem Sinne reformieren und modernisieren.

431 Die Ausbildung soll modular und auf die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie
432 Teamwork, Informations- und Lösungssuche ausgerichtet sein. Die Vorteile des
433 Modularunterrichts liegen auf der Hand: Der Unterricht wird nicht mehr in Schuljahren
434 organisiert, sondern in überschaubareren, zeitbegrenzten Einheiten. Jedes Modul bleibt
435 über Jahre anerkannt, d.h. die einzelnen Module können, sind sie einmal erworben,
436 nicht mehr wie bei einer Jahresbewertung in Frage gestellt werden. Somit könnten
437 Wiederholungen eines ganzen Schuljahres, obwohl man nur in einem Fach ungenügend
438 hatte, vermieden werden.

439 Bei der offiziellen Anerkennung beruflicher Kenntnisse kann man diese einzelnen
440 Bausteine angerechnet bekommen und auf diesen eine Fortbildung aufbauen und/oder
441 seine Erstausbildung fortsetzen. Die Inhalte solcher Module können auch leichter an
442 aktuelle Veränderungen angepasst werden. Der Wechsel während der Ausbildung von
443 einem Berufszweig zum anderen wird dadurch ebenfalls erleichtert.

444 Auch lernschwächere Jugendliche müssen eine Chance im Berufsleben haben. Hierbei
445 sollen Teilzertifikate auf dem Weg zu einer vollen Berufsausbildung helfen. Neben
446 einem Modulsystem müssen ebenfalls Verbände von Gruppenlehrberufen geschaffen
447 werden und somit zu einer Flexibilisierung der Lehrlingsausbildung beitragen.

448 Desweiteren muss der praxisnahen Berufsorientierung ein besonderes Augenmerk
449 gewidmet werden. Die Sozialisten treten in diesem Zusammenhang dafür ein, dass die
450 verschiedenen Ansätze, Initiativen und Beratungsstellen besser koordiniert werden.
451 Jeder Jugendliche muss bei der Suche eines Ausbildungs- oder Praktikantenplatzes in
452 Unternehmen und Betrieben von der Schule unterstützt werden.

453 • ***Lebenslanges Lernen fördern***

454 Lebensbegleitendes Lernen muss zu einem Grundprinzip der Bildungspolitik werden.
455 Die Strukturen der Weiterbildung müssen offener und transparenter und die Teilnahme
456 an Weiterbildung zur Selbstverständlichkeit werden. Lebensbegleitendes Lernen muss
457 sowohl die flexible Inanspruchnahme von Weiterbildungsmaßnahmen fördern, als auch
458 eine individuelle Differenzierung der Qualifikationsziele ermöglichen. Die modulare,
459 Teilzertifizierungen ermöglichende Ausbildung, die offizielle Anerkennung beruflicher
460 Erfahrung, die Orientierungshilfe und Betreuung während des gesamten Berufslebens
461 und das Recht auf Aus- und Weiterbildungsurlaub sind vier unzertrennliche
462 Bestandteile eines Konzeptes, dessen Gesamtheit das „Lebenslange Lernen“ bildet.

463 Der zweite Bildungsweg muss so ausgerichtet werden, dass allen Menschen mehrere
464 Chancen zustehen. Ziel der Sozialisten ist es, allen Erwachsenen ohne abgeschlossene
465 Ausbildung die Möglichkeit zu bieten, einen Abschluss nachzuholen. Erwachsene ab 23
466 Jahre sollen beim Nachholen des Abiturs nicht mehr jedes Schuljahr einzeln
467 abschliessen müssen. Der Zugang zu den Examen muss auch dann möglich sein, wenn
468 man die erforderlichen Schuljahre nicht abgesehen hat.

469 Bei allen angebotenen Unterrichten muss die Möglichkeit bestehen, diese
470 nebenberuflich zu besuchen. Die jeweiligen Arbeitszeitmodelle müssen gewährleisten,
471 dass eine nebenberufliche Weiterbildung möglich ist. Die Sozialisten plädieren deshalb
472 für ein modulares Weiterbildungssystem. Der berufliche und persönliche Lernprozess

473 erstreckt sich über das ganze Leben. Es ist daher nötig, dass die Erwachsenenpädagogik
474 weiterentwickelt wird. Die Sozialisten treten schliesslich für eine Anrechnung der
475 praktischen Erfahrungen und Kenntnisse ein. Neben den Diplomen muss auch die
476 Berufserfahrung als erworbene Kompetenz anerkannt werden, auf die man aufbauen
477 kann. Schliesslich ist ein Minimum an Bildungsurlaub unerlässlich, damit berufstätige
478 Personen überhaupt die nötige Zeit und Kraft aufbringen, eine Lehre oder einen
479 Meisterbrief nachzuholen.

480 **2.2. Für eine autonome Universität**

481 Die Sozialisten begrüßen die Schaffung der Universität Luxemburg, für die sie sich seit
482 langem eingesetzt haben. Ihre Zustimmung zum Gesetz über die Universität Luxemburg
483 haben sie mit der Absicht verknüpft, es im Sinne von mehr Eigenverantwortung und
484 weniger Zentralismus zu verändern. Die Sozialisten werden die Hochschulpolitik
485 wieder dem Erziehungsministerium unterstellen, wobei die Autonomie der Universität
486 gewährleistet werden muss, damit diese ihren Forschungs- und Lehrauftrag in aller
487 Unabhängigkeit wahrnehmen kann. Es ist wesentlich, den Zusammenhalt der Fakultäten
488 und Forschungseinheiten der Universität und die Zusammenarbeit zwischen den
489 verschiedenen Einheiten zu sichern. Vorrangig ist auch die stärkere Einbindung der
490 Lehrer, der Forscher, des Universitätspersonals und der Studenten bei der Ausarbeitung
491 der mittelfristigen Strategie und der Programme sowie in Verwaltungsfragen.

492 Nachdem das Gesetz über die Universität Luxemburg die bisherigen Strukturen wie
493 CUNLUX, ISERP, IST und IEES aufgelöst und die entsprechenden Aufgaben an die
494 Universität übertragen hat, müssen politische Entscheidungen für die Ausbildung der
495 Vor- und Primärschullehrer, der diplomierten Erzieher und des "Ingénieur industriel"
496 getroffen werden. Die Sozialisten sprechen sich für eine Ausbildung der Vor- und
497 Primärschullehrer von 240 ECTS aus, mit der Möglichkeit, über Forschungsvorhaben
498 vom professionellen Bachelor zum akademischen Master überzuwechseln. Für den
499 Übergang vom professionellen Bachelor zum Master im technologischen Bereich hat
500 die Abgeordnetenkammer eine Motion angenommen, die in der kommenden
501 Legislaturperiode umgesetzt werden muss.

502 Die Sozialisten werden das Gesetz über die Homologation der Universitätsdiplome
503 überarbeiten, dies im Sinne einer möglichst breiten Anerkennung von Diplomen, die
504 von europäischen Universitäten und Hochschulen ausgestellt werden.

505 Die Universität Luxemburg hat einen wichtigen Forschungsauftrag zu erfüllen.
506 Forschung soll der Innovation im breitesten Sinne dienen. Zusätzlich zur
507 wirtschaftlichen Finalität soll Forschung in den Human- und Sprachwissenschaften die
508 gesellschaftliche Innovation ermöglichen.

509 Zwischen den Forschungseinrichtungen wie CRP und CEPS/Insead sowie den
510 Forschungsprojekten der Universität soll die Komplementarität und die Kohärenz, durch
511 die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie, maximal gefördert werden. Die
512 Universität Luxemburg soll sich desweiteren durch ihren offenen und internationalen
513 Forschungs- und Studienbetrieb auszeichnen. Zu diesem Zweck muss eine möglichst
514 weitgehende Freizügigkeit für Studierende, Lehrende und Forscher aus Drittstaaten
515 gesichert werden. Studierende und Forscher sollen sozialrechtlich abgesichert werden.

516 Die Sozialisten werden eine landesplanerisch kohärente Standortpolitik betreiben.
517 Nachdem Esch/Belval die « Cité des sciences » mit der naturwissenschaftlichen und
518 technischen Fakultät nebst den dazu gehörenden Forschungsinstituten empfangen soll,
519 werden die Sozialisten sich für einen ausbaufähigen Standort in der Hauptstadt
520 einsetzen, der die beiden anderen Fakultäten sowie die notwendigen administrativen
521 Einrichtungen einer Universität aufnehmen kann. Dieser Standort soll mit Esch/Belval
522 sowie mit der künftigen Universitätsbibliothek über öffentliche Verkehrsmittel optimal
523 verbunden werden.

524 Die Universität soll allen jungen Menschen das Studieren ermöglichen. Aus diesem
525 Grund muss dafür gesorgt werden, dass die finanzielle Situation eines Jugendlichen kein
526 Hindernis für eine universitäre Ausbildung darstellt. Die notwendigen
527 Studentenwohnungen müssen sowohl durch staatliche wie private Eingriffe und
528 Initiativen zur Verfügung gestellt werden. Diese Studentenwohnungen werden im Sinne
529 der Dezentralisierung vorrangig in der Stadt Luxemburg und in Esch/Alzette sowie in
530 den umliegenden Gemeinden angeboten.

531 **2.3. Den Jugendlichen mehr Gehör verschaffen**

532 • *Unabhängigkeit leben*

533 Das Verlangen nach Selbständigkeit und Verantwortung unterscheidet Jugendliche von
534 Kindern. Die Sozialisten wollen es jungen Menschen ermöglichen, ihr Leben möglichst
535 frei von sozialen und materiellen Zwängen selbst zu bestimmen. Hierzu müssen
536 einerseits die Bedürfnisse von Jugendlichen ernst genommen und andererseits die
537 nötigen Instrumente für eine freie Identitätsbildung geschaffen werden.

538 Die Möglichkeit, sich eine autonome Existenz aufzubauen, ist ein wichtiger Faktor in
539 der Entwicklung eines jungen Menschen. Dies beinhaltet einerseits, dass die freie Wahl
540 einer Universität durch eine Erhöhung der Studienzuschüsse, basierend auf der
541 vorherigen Leistung und der finanziellen Situation der Studenten, gesichert wird.
542 Andererseits muss der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für Jugendliche ermöglicht
543 werden. Darüber hinaus gilt es, besonders den benachteiligten und armutsgefährdeten
544 Jugendlichen ein eigenständiges Leben zu ermöglichen. Deshalb werden die Sozialisten
545 die Altersgrenze für das Anrecht auf ein garantiertes Mindesteinkommen auf 18 Jahre
546 herabsetzen. Für Jugendliche ohne Zuhause werden in regionalen Zentren Beratung,
547 Betreuung und billige Unterkünfte organisiert.

548 Um den Zugang zur Kultur einerseits und die Entwicklung der einheimischen
549 Kulturszene andererseits zu fördern, sollen alle Jugendliche Kulturgutscheine erhalten,
550 die in Museen, Theatervorstellungen, Kinos, Konzerten und Buchläden eingelöst
551 werden können. Neben dem kostenlosen öffentlichen Transport wollen die Sozialisten
552 den Bus- und Zugdienst stärker auf die Bedürfnisse der Jugend ausrichten. Die
553 Sozialisten werden sich ebenfalls dafür einsetzen, dass Studenten ganzjährig arbeiten
554 dürfen und Schüler- und Studentenjobs wenigstens mit dem Mindestlohn vergütet
555 werden.

556 • *Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben fördern*

557 Jugendpolitik bedeutet nicht nur Politik für die Jugend sondern vielmehr Politik mit und
558 durch die Jugend. Die Sozialisten wollen die Jugendlichen besser in die

559 Entscheidungsprozesse einbinden. Hierfür müssen sowohl auf lokaler als auch auf
560 nationaler Ebene Gremien wie Jugendparlament und Jugendgemeinderäte geschaffen
561 werden, in denen Jugendliche das Wort ergreifen und mitentscheiden können. Es genügt
562 jedoch nicht, Foren zu schaffen in denen sie ausschliesslich ihre Gedanken austauschen
563 können. Vielmehr sollten die Ideen und Vorschläge dieser Foren bei der Umsetzung ins
564 nationale Recht oder bei lokalen Projekten berücksichtigt werden. Dabei muss
565 verhindert werden, dass diese Gremien, wie es der nationalen Schülerkonferenz
566 widerfahren ist, nur als Alibi-Kommissionen ohne effektives Mitspracherecht
567 funktionieren.

568 Beteiligung am demokratischen Prozess setzt voraus, dass man über elementare
569 politische Rechte verfügt. Die Sozialisten wollen deshalb das aktive Wahlalter auf 16
570 Jahre herabsetzen. Somit erhalten auch ältere Schüler ein effektives und demokratisches
571 Mitspracherecht. Im Arbeitsrecht und insbesondere bei den Sozialwahlen sollen den
572 minderjährigen Arbeitnehmern die gleichen Rechte eingeräumt werden wie ihren
573 grossjährigen Kollegen.

574 Beteiligung am öffentlichen Leben sollte gefördert und belohnt werden.
575 Jugendorganisationen, politische Jugendbewegungen und Jugendvereine müssen vom
576 Staat eine angemessene finanzielle und logistische Hilfe erhalten, da auf ihren Schultern
577 der Grossteil der Aufgabe, die Jugendlichen ins öffentliche Geschehen einzubinden,
578 lastet. Damit eine effektive logistische Hilfe vom Staat ermöglicht wird, schlagen die
579 Sozialisten vor, das nationale Jugendamt SNJ mit ausreichend Material (wie z.B.
580 Lieferwagen, Minibusse, Zelte, Campingmaterial, usw.) auszustatten und ihn mit dem
581 Verleih und der Ausgabe dieses Materials zu beauftragen.

582 • ***Mehr jugendspezifische Infrastrukturen***

583 Die Sozialisten werden, ähnlich wie im Sport- und Tourismusbereich, den Bau und die
584 Modernisierung von Jugendinfrastrukturen, die im Dienste der Jugend stehen und ihnen
585 eine Beteiligung an gesellschaftspolitischen Prozessen erlauben, im Rahmen eines vom
586 Parlament verabschiedeten Fünfjahresplans gezielt unterstützen.

587 Die Sozialisten sind der Meinung, dass Jugendhäuser eine Bereicherung sowohl für die
588 Jugendlichen als auch für die Gemeinden darstellen. Aus diesem Grund setzen sie sich
589 für die weitere Schaffung solcher Strukturen auf lokaler und regionaler Ebene ein. Jeder
590 Jugendliche soll in seiner Gegend Zugang zu einer dieser Infrastrukturen bekommen.
591 Die regionale Kooperation zwischen Jugendhäusern und Jugendinfrastrukturen muss
592 vermehrt vom Staat sowie von den Gemeinden unterstützt werden.

593 Zur Zeit sind eine Reihe von Jugendorganisationen an mehreren Orten untergebracht.
594 Um Mehrausgaben zu vermeiden, eine effizientere Organisation der Arbeit zu
595 ermöglichen und den Jugendlichen eine zentrale Anlaufstelle anzubieten, wollen die
596 Sozialisten ein nationales Jugendzentrum einrichten. Hier können
597 Jugendorganisationen, Jugendvereine sowie soziale und kulturelle jugendspezifische
598 Dienste untergebracht respektive angeboten werden. Ein solches nationales
599 Jugendzentrum wird nicht nur dazu beitragen, dass Jugendbewegungen und -
600 vereinigungen ihren Aufgaben besser nachkommen, sondern es fördert ebenfalls die
601 Partizipation der Jugendlichen am öffentlichen Leben. Dieses mit dem öffentlichen
602 Transport leicht zu erreichende Zentrum sollte nebst Versammlungs- und
603 Aufenthaltsräumen auch einen Kino- und einen Probesaal für Musiker sowie ein
604 Internetcafé beinhalten.

605 **2.4. Sport: ein Plus an Lebensqualität**

606 • *Sport erzeugt Gemeinsamkeiten*

607 Die sportliche Betätigung hat über ihren Stellenwert für den Einzelnen und dessen
608 Gesundheitsvorsorge hinaus grosse Bedeutung für unsere Gesellschaft, da sie als soziale
609 Integrationskraft sowohl die Jugend als auch die aktive ältere Generation begeistert und
610 quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und Nationalitäten sowie zwischen den
611 Geschlechtern Gemeinsamkeiten erzeugt. Zentrale Themen wie Gleichberechtigung
612 zwischen den Geschlechtern, die Integration von Minderheiten und Solidarität müssen
613 gerade im Sport gelebt werden, um im Berufs- und Familienleben funktionieren zu
614 können. Daher ist es notwendig, dass die Politik durch verbesserte infrastrukturelle und

615 gesetzliche Voraussetzungen optimale Rahmenbedingungen für den Sport im
616 allgemeinen und den Vereinssport im besonderen schafft.

617 Im Bereich der Sportpolitik werden die Sozialisten die Anliegen der Dach- und
618 Fachverbände unterstützen, um für alle Menschen möglichst optimale Voraussetzungen
619 für die Sportausübung zu schaffen, auch im Bereich des Individualsports. Ein breit
620 gefächertes Sportstättenbereich ist die Grundlage einer reichen Entfaltung der
621 sportlichen Aktivitäten. In Bezug auf zu schaffende Neuanlagen genießt eine regional
622 ausgerichtete, gemeindeübergreifende Infrastrukturplanung absoluten Vorrang. Den
623 Bedürfnissen der Sportarten, die über keine nationale Infrastruktur verfügen, soll
624 prioritär Rechnung getragen werden.

625 Die Bereiche des Breitensports haben sich fortwährend diversifiziert und vermehrt. Die
626 Sozialisten werden der Nachfrage nach neuen Angeboten gerecht werden und
627 insbesondere die nötigen Infrastrukturen für freizeit- und gesundheitsorientierten Sport
628 ausbauen. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Sportverbänden wird das
629 Angebot an Joggingpfaden, Spazierwegen und Fahrradpisten erweitert. Auch werden
630 die Sozialisten dem Schulsport wieder zu einem gebührenden Stellenwert verhelfen. So
631 werden die Sozialisten Sorge dafür tragen, dass in angemessener Nähe zu jedem
632 Schulzentrum geeignete Sportinfrastrukturen bestehen. Im Primärschulunterricht soll
633 der Sport in Zukunft von qualifiziertem Personal unterrichtet werden. Dem Sport im
634 Alter wird durch Aufklärungskampagnen und Fördermassnahmen vordringliche
635 Aufmerksamkeit gewidmet.

636 • ***Bestmögliche Rahmenbedingungen für Spitzensportler***

637 Der Spitzensport und grosse Sportveranstaltungen müssen besser gefördert werden, da
638 sie Werbeträger für Luxemburg sind. Dem organisierten Vereinssport müssen
639 bestmögliche Trainings- und Wettbewerbsvoraussetzungen für Luxemburger
640 Spitzensportler zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehört auch die professionelle
641 Sportausbildung für Kinder und Jugendliche. Die Sozialisten werden insbesondere dafür
642 sorgen, dass die jungen Talente Sport und Schule besser in Einklang bringen können,
643 z.B. im Rahmen eines neuzuschaffenden Sportinternats. Neben der rein sportlichen
644 Förderung sollen bei den sportbegabten Schülern Schlüsselqualifikationen wie

645 Kreativität, Handlungskompetenz, Selbständigkeit und Teamfähigkeit entwickelt
646 werden. Für den organisierten Vereinssport ergibt sich hierbei die Chance, Talente zu
647 fördern und Spielerpersönlichkeiten zu formen, die in ihren jeweiligen Mannschaften
648 und Vereinen den Leistungsstand anheben, verstärkte Motivation erzeugen und damit
649 dem Vereinssport in Luxemburg neue Impulse geben.

650 Eine kontinuierliche sportmedizinische Begleitung soll Verletzungen und Erkrankungen
651 bei Sportlern weitgehend vermeiden, Trainingsmethoden optimieren und zur
652 konsequenten Bekämpfung des Dopings beitragen. In Zusammenarbeit mit den Sport-
653 und Gesundheitsministerien, dem COSL und den Sportverbänden soll die medizinische
654 Betreuung der Sportler ausgebaut und im Spitalplan ein spezialisierter Dienst für
655 Sportmedizin eingetragen werden.

656 **2.5. Kultur mit Leben füllen**

657 • *Kultur allen zugänglich machen*

658 Die Sozialisten wollen möglichst vielen Menschen den Zugang zur Kultur eröffnen und
659 die kulturelle Betätigung fördern sowie allen Schülern ein Recht auf Kultur in der
660 Schule sichern und den Schulbetrieb für die Kulturschaffenden öffnen. Sie werden sich
661 dafür einsetzen, dass in allen Schulen für kulturelle und kreative Tätigkeiten genügend
662 Zeit bleibt und dafür geeignete Räume sowie kompetentes Personal zur Verfügung
663 stehen. Dazu gehört unter anderem, dass schöpferische Schulfächer, d.h.
664 Kunsterziehung, Musikunterricht, Theater und Tanz, in den Stundenplänen vorgesehen
665 werden.

666 Die künstlerische Betätigung der Jugendlichen, insbesondere junger Talente, soll
667 gefördert werden. Gezielte Mittel wie z.B. Kulturgutscheine sollen ihnen den Zugang zu
668 Kulturveranstaltungen schmackhaft machen und die Schwellenangst überwinden helfen.
669 Da unser Kultur- und Sozialverhalten von einer umfassenden Medienlandschaft geprägt
670 und mitgestaltet wird, sollte auch in der Schule den Jugendlichen ein kritischer und
671 hinterfragender Umgang mit der Medienwelt beigebracht werden.

672 Um sich entfalten zu können, braucht das Kulturleben geeignete Infrastrukturen. Bauten
673 allein reichen jedoch nicht aus, um ein reges kulturelles Leben zu schaffen. Die
674 Sozialisten werden die nötigen Mittel wie z.B. Animatoren und offene Kunsterziehung
675 bereitstellen, damit kulturelle Aktivitäten sich ausreichend in den bestehenden
676 Kulturinfrastrukturen entwickeln können. Die Sozialisten werden die kulturelle
677 Animation über Konventionen mit Regionen, Gemeinden und kulturschaffenden
678 Vereinen absichern. Regionale Kulturzentren werden gebührend vom Staat unterstützt.

679 Die Subsidien- und Auftragsvergabe muss nach transparenten Kriterien erfolgen. Die
680 Sozialisten wollen die Möglichkeit einführen, die zurzeit rein projektbezogene
681 finanzielle Unterstützung in bestimmten Fällen durch die Bereitstellung eines
682 mehrjährigen, an Auflagen gebundenen Budgets zu ersetzen. Ins Auge gefasst werden
683 soll auch die Einrichtung einer Anlaufstelle, die Künstler in administrativen,
684 finanziellen und sozialrechtlichen Fragen beraten würde.

685 Die einheimische Kunstszene ist zurzeit noch ungenügend in unseren Museen vertreten.
686 Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass ein Präsentationszentrum für einheimische
687 künstlerische Beiträge eröffnet wird. Desweiteren werden gezielte Werbekampagnen
688 unseren Künstlern und Kunstproduktionen den nötigen Bekanntheitsgrad im Ausland
689 verschaffen. Eine enge Zusammenarbeit von Kultur- und Aussenministerium ist dabei
690 vonnöten. In den Luxemburger Botschaften soll Künstlern aus Luxemburg ein Fenster
691 auf ausländische Kulturszenen eröffnet werden.

692 • ***Zusammen Kultur schaffen***

693 Im Sinne einer Professionalisierung der Kulturbranche und einer effizienteren
694 Vermarktung der heimischen Kreationen wollen die Sozialisten gezielte (Weiter-)
695 Bildungsmassnahmen im Bereich des Kulturmanagements fördern. Ein entsprechender
696 Lehrgang könnte im Rahmen der neugeschaffenen Universität Luxemburg angeboten
697 werden. Daneben müssen aber auch Zusatzausbildungen in spezifischen Kunstberufen
698 unterstützt werden. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Dimension des Kultur- und
699 Medienbereichs sollten in Management- und Finanzierungsfragen Partnerschaften
700 zwischen öffentlichen Institutionen, Betrieben und privaten Initiativen aktiv gefördert
701 werden.

702 Um ein regional ausgewogenes und koordiniertes Angebot aller Sparten des künstlerischen
703 und kulturellen Schaffens zu gewährleisten, wollen die Sozialisten eine Bestandsaufnahme
704 der bestehenden Einrichtungen und Akteure auf lokaler und nationaler Ebene vornehmen
705 und in Zusammenarbeit mit den Betroffenen das Aufgabengebiet der einzelnen Akteure
706 auf den verschiedenen Ebenen definieren. Denn fruchtbare Kooperation setzt eine klare
707 Verantwortungsteilung voraus.

708 1988 wurden die Kulturinstitute zuletzt reformiert. Inzwischen haben sie sich
709 weiterentwickelt und zusätzliches Personal eingestellt, deren Statut einheitlich verankert
710 werden soll. Die Aufgaben dieser Institute haben sich vervielfacht. Die Kontakte mit dem
711 Publikum, flexible Antworten auf Herausforderungen auf dem Gebiet der Forschung, der
712 internationalen Zusammenarbeit und der Beteiligung an europäischen Programmen
713 verlangen ein neues Statut.

714 Die Sozialisten werden schliesslich das Potential der kulturwirtschaftlichen Aspekte
715 Luxemburgs und der Grossregion nutzen und entsprechende Förderkonzepte entwickeln.
716 Die Entscheidung, die Veranstaltung „Luxemburg-Europäische Kulturhauptstadt 2007“
717 auf die Grossregion auszuweiten, muss deshalb auch dazu dienen, die kulturelle
718 Zusammenarbeit mit den angrenzenden Regionen dauerhaft auf institutioneller Ebene zu
719 verankern.

720

3. Fir eis Famill an eise Beruf

721 **3.1. Familie und Beruf besser vereinbaren**

722 • *Gesellschaft im Wandel*

723 Wie das Berufsleben unterliegt auch das Privatleben einem Wandel. Herkömmliche
724 Familienstrukturen brechen auf. Die Zahl der unverheirateten Paare wächst ebenso wie
725 die der Alleinerzieher. Veränderte Bedingungen bringen neue Lebens- und
726 Erwerbsbiographien mit sich. Berufliche wie private Karrieren verlaufen nicht mehr nur
727 linear. Einschnitte erfolgen durch die Gründung einer Familie, durch die Trennung von
728 (Ehe-)Partnern und durch Neugründungen von (Patchwork-)Familien genauso wie
729 durch berufliche Weiterentwicklung, durch Fortbildung und eventuelle berufliche
730 Neuorientierungen. Unterbrechungen der beruflichen Laufbahn, meist wegen der
731 Kinder, werden immer häufiger.

732 Die Sozialisten wollen, dass es unabhängig von der Form der Familie zu einer neuen
733 Ausgewogenheit zwischen Familien- und Berufsleben kommt. Sie anerkennen, dass die
734 Familie auch weiterhin als Fundament unserer Gesellschaft gilt und dementsprechend
735 im Leben jedes Einzelnen eine wesentliche Rolle spielt. Die Sozialisten werden dies
736 respektieren und fördern.

737 Die Sozialisten sind der Auffassung, dass man den Begriff der Familie nicht nur auf
738 heterosexuelle Paare beschränken kann. Deshalb werden homosexuellen Paaren die
739 gleichen Chancen eröffnet, Ehen abzuschliessen und eine Familie zu gründen.

740 • *Die Kinder in den Mittelpunkt stellen*

741 Der Entwicklungsstand einer Gesellschaft lässt sich nicht zuletzt an der Wertschätzung
742 ihrer Kinder und Jugendlichen messen. Die Zukunft unserer Gesellschaft ist eng mit
743 dem Wohlergehen und der Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen verknüpft. Die
744 Sozialisten stellen das Kind nicht nur bei der Schulpolitik in den Mittelpunkt ihrer
745 Überlegungen und Vorschläge, sondern streben ein regelrechtes Bündnis der
746 Verantwortung aller an der Erziehung und Schulung beteiligten Partner an.

747 Das Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen hängt wesentlich davon ab, ob man sie
748 ernst nimmt, sich um sie kümmert und sie in ihrer Entwicklung unterstützt. Diese
749 Unterstützung müssen Kinder selbstverständlich in der Familie, aber auch in der Schule
750 und in den Betreuungsstrukturen erfahren. Die direkte Anwendbarkeit der UNO-
751 Kinderrechtskonvention soll gesetzlich garantiert werden. Die Sozialisten erkennen die
752 Notwendigkeit von Elternzeit ebenso an wie die einer pädagogischen Betreuung inner-
753 und ausserhalb der Schule.

754 Kinder und Jugendliche müssen sich den tief greifenden Veränderungen unserer
755 modernen Medien- und Leistungsgesellschaft stellen. Eltern haben hier die Pflicht, ihren
756 Kindern zur Seite zu stehen, sie bei ihrer Wertesuche zu ermutigen und zu begleiten und
757 sie zu verantwortungsbewussten, in einer solidarischen Gesellschaft integrierten
758 Menschen zu erziehen. Diese Aufgaben brauchen Zeit. Es ist daher die Pflicht der
759 Gesellschaft, die Pflicht des Staates und der Gemeinden, dafür zu sorgen, dass Eltern,
760 insbesondere alleinerziehende Elternteile, diese Zeit auch aufbringen können.
761 Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle beinhalten das Recht auf Teilzeitarbeit (68).
762 Der Staat muss jedoch auch für eine echte Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren
763 sorgen, die für die Zukunft des einzelnen Kindes und Jugendlichen prägend sind. Diese
764 Zusammenarbeit mit dem Elternhaus soll in der Schule beginnen, sich aber auch auf die
765 paraschulischen Bereiche, auf die Freizeiteinrichtungen und die Arbeitswelt ausdehnen.
766 In diesem Sinne muss die Arbeitszeit so organisiert werden, dass die Familien durch
767 erweiterte Flexibilität ausreichend Möglichkeiten erhalten, Beruf und Familie in
768 Einklang zu bringen.

769 Eltern sein heisst heute, mit Anforderungen konfrontiert zu werden, die nicht so einfach
770 zu bewältigen sind. Manche Eltern sind diesen Anforderungen nicht gewachsen. Daher
771 muss der Staat den Eltern die geeigneten Beratungs- und Hilfseinrichtungen zur
772 Verfügung stellen. Die Sozialisten sehen in der Elternschule eine Möglichkeit, Eltern
773 besser in ihrer schwierigen Arbeit zu begleiten und ihnen die notwendige Unterstützung
774 zu liefern, die sie im alltäglichen Leben benötigen.

775 Der Entzug des elterlichen Sorgerechts ist ein äusserst gravierender Schritt und muss
776 deshalb die Ausnahme bleiben. Wird eine Unterbringung in ein Heim oder bei einer

777 Gastfamilie unvermeidlich, so sind die Eltern bei der weiteren Betreuung im Rahmen
778 des Möglichen mit einzubeziehen.

779 Durch Kindesmisshandlung und -vernachlässigung entsteht unermessliches Leid. Die
780 Sozialisten werden dieses Thema enttabuisieren, Opfer besser schützen und Täter
781 stärker bestrafen. Deshalb werden dementsprechende Änderungen am
782 Jugendschutzgesetz in die Wege geleitet sowie die spezialisierten Auffangstrukturen für
783 Kinder ausgebaut und personell verstärkt.

784 Minderjährige gehören nicht in ein Gefängnis und schon gar nicht in Einzelhaft. Die
785 Sozialisten sorgen dafür, dass bei jugendlichen Straftätern dem Erziehungsgedanken
786 grundsätzlich Vorrang vor strafenden und repressiven Reaktionen eingeräumt wird.
787 Mediationszentren und offene, die Eltern miteinbeziehende Auffangstrukturen für
788 minderjährige Straftäter stellen prinzipiell ein geeigneteres Mittel gegenüber
789 freiheitsentziehenden Massnahmen dar. Freiheitsentzug soll nur in Ausnahmefällen und
790 ausschliesslich in jugendspezifischen Infrastrukturen stattfinden.

791 • ***Für echte Gleichstellung und freie Wahlmöglichkeiten***

792 Die Sozialisten befürworten die gleichberechtigte Partnerschaft innerhalb der Familie.
793 Dazu gehört auch der Kampf gegen Gewalt innerhalb der Familie. Die Sozialisten
794 werden dafür sorgen, dass das Gesetz gegen die „violence domestique“ voll zum Tragen
795 kommt. Beide Elternteile sollen gleiche Rechte und Pflichten haben. Sie sollen beide
796 einem Beruf nachgehen können und Kindererziehung sowie Haushaltsarbeit gerecht
797 teilen. Jedoch soll jedes Paar selbst entscheiden, wie es sein Leben gestalten will. Der
798 Staat muss diese freie Wahl respektieren und nach Kräften unterstützen. Die Sozialisten
799 wehren sich gegen den künstlich herbeigeredeten Dissens zwischen Hausfrauen und
800 berufstätigen Frauen.

801 Viele Frauen müssen sich jedoch aufgrund fehlender Rahmenbedingungen immer noch
802 zwischen Kind oder Beruf entscheiden. Dies bedingt die im internationalen Vergleich
803 relativ niedrige Frauenerwerbsquote in unserem Land. Männer müssen aufgrund der
804 gleichen fehlenden Rahmenbedingungen ihren Beitrag zur Erziehung ihrer Kinder oft in

805 den Hintergrund stellen. Dieser Umstand erklärt zum Beispiel den relativ niedrigen
806 Anteil von Männern bei der Inanspruchnahme des Elternurlaubs.

807 Die Sozialisten werden deshalb gezielte Gleichstellungsmassnahmen ergreifen, um
808 mehr Frauen in die Arbeitswelt zu integrieren und die notwendigen
809 Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Männer ihren Beitrag zur Hausarbeit und
810 Erziehung ihrer Kinder leisten können. An erster Stelle muss für jede Frau das Recht
811 auf gleichen Lohn bei gleicher Ausbildung, Qualifikation und Arbeit gewährleistet sein.
812 Desweiteren ist es unerlässlich, Frauen und Männern, die ihre professionelle Laufbahn
813 unterbrechen um sich der Familie und der Kindererziehung zu widmen,
814 Fortbildungskurse anzubieten, damit sie den Anschluss an die beruflichen Erfordernisse
815 nicht verpassen. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass jenen Frauen, die in den
816 Beruf zurückkehren wollen, über eine adäquate und erfolgversprechende Aus- oder
817 Fortbildung zu einem qualifizierten Arbeitsplatz verholfen wird.

818 Alleinerzieher kämpfen noch mehr als berufstätige Eltern mit Organisations- und vor
819 allem Zeitproblemen. Die Telearbeit bietet neue Wege zur Erschliessung von
820 Arbeitskräften und Arbeitsstellen und eine Möglichkeit zur besseren Vereinbarkeit von
821 Familie und Beruf. Sie wird deshalb von den Sozialisten sozial- wie arbeitsrechtlich
822 abgesichert.

823 Die Sozialisten verteidigen das Recht der Frauen auf selbstbestimmte
824 Schwangerschaften und Wunschkinder und treten für eine Fristenlösung in Sachen
825 Schwangerschaftsabbruch ein. Die Praxis des Schwangerschaftsabbruchs wird den
826 gesetzlichen Bestimmungen von 1978 nicht gerecht. Da die Durchführung eines
827 Schwangerschaftsabbruchs im Rahmen einer medizinischen Indikation gesetzlich
828 erlaubt ist, sollten die praktischen Voraussetzungen zur Durchführung auch gegeben
829 sein. Die Sozialisten werden alle Spitäler dazu ermutigen, eine Konvention mit dem
830 „Planning Familial“ abzuschliessen, die die Durchführung einer Abtreibung regelt. Bis
831 diese Konventionen bestehen und solange Frauen sich gezwungen sehen,
832 Schwangerschaftsabbrüche im Ausland durchführen zu lassen, sollten diese
833 Abtreibungen von den Luxemburger Krankenkassen rückerstattet werden.

834 Die Sozialisten wollen auch die „Pille danach“ möglichst unkompliziert und gratis
835 abgeben, und zwar sowohl in den Apotheken als auch in den SPOS- Stellen der
836 einzelnen Sekundarschulen.

837 Frauen und Männer, die steril sind, sollen ihren Kinderwunsch verwirklichen können.
838 Die Sozialisten werden deshalb die Rahmenbedingungen für die künstliche Befruchtung
839 in Luxemburg verbessern.

840 • ***Frauen durch eigene Versicherungsrechte fördern***

841 Derzeit sind vor allem Frauen in ihrer Sozialversicherung benachteiligt. Es ist eine
842 Tatsache, dass die Rentenleistungen von Frauen generell schlechter ausfallen als die von
843 Männern. Frauenkarrieren sind oft nicht vollständig, sie sind durch Erziehungszeiten
844 oder Pflegejahre unterbrochen. Frauen dürfen aber nicht dafür bestraft werden, dass sie
845 sich ihren Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen widmen. Damit konnten die
846 Sozialisten schon in der Vergangenheit nicht einverstanden sein. Sie haben deshalb
847 durch die Einführung der Baby- und Pflegejahre eine Politik der eigenständigen
848 Versicherungsrechte für Frauen eingeleitet.

849 Die Sozialisten werden den Weg hin zu einer Individualisierung der
850 Versicherungsrechte weiter konsequent beschreiten. Sie befürworten, in Erwartung der
851 vom Rententisch in Auftrag gegebenen Studie, eine Ausdehnung der Babyjahre bzw.
852 der Erziehungszeiten und treten dafür ein, dass alle Mütter die integrale
853 Erziehungspauschale erhalten sollen. Für die Sozialisten bleibt die wahlweise
854 Individualbesteuerung zusammen veranlagter (verheirateter) Personen weiterhin ein
855 Ziel, dem jede Reform unseres Steuersystems Rechnung tragen muss.

856 • ***Mehr Betreuungsstrukturen einrichten***

857 Für die Betreuung von Kindern, die noch nicht zur Schule gehen, muss ein
858 breitgefächertes Angebot aufgebaut werden, das von der Kinderbetreuung zu Hause
859 oder bei Tagesmüttern und in Tagesstätten bis hin zum Betriebshort reicht. Die
860 Sozialisten wollen jedem Kind das Recht auf einen Betreuungsplatz verschaffen. Auch

861 alternative Betreuungsmodelle wie elternverwaltete Kindergruppen sollen unterstützt
862 werden.

863 Betreuungsstrukturen können jedoch nicht planlos angeboten werden. Deshalb werden
864 die Sozialisten eine Bedarfsplanung für Betreuungsstrukturen durchführen. Staat und
865 Gemeinden sollen eine Bestandsaufnahme der schon vorhandenen Einrichtungen liefern
866 und gleichzeitig den tatsächlichen Bedarf ermitteln. Auch bei den Tageseltern bleibt
867 noch viel zu tun. Die Sozialisten werden ein eigenes Statut für Tagesmütter einführen.
868 Dieses Statut soll festlegen, welche Bedingungen zur Ausübung des Berufs der
869 Tagesmutter erforderlich sind, wie dieser Beruf bezahlt wird und welche steuerlichen
870 und sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen zur Anwendung kommen.

871 Die Sozialisten werden sicherstellen, dass die Früherziehung sowie Strukturen der
872 Ganztagsbetreuung mittel- und langfristig von allen Gemeinden in ausreichendem
873 Masse angeboten werden, auch während den Schulferien. Betreuungsstrukturen rund
874 um die Schule gehören zu jenen öffentlichen Angeboten, die jedem Kind offenstehen
875 müssen. Die Betreuungseinrichtungen müssen flexible Öffnungszeiten haben, damit sie
876 den beruflichen Tätigkeiten der Eltern gerecht werden. Den Eltern steht es
877 selbstverständlich frei, diese Angebote zu nutzen. Damit diese Ganztagsbetreuung
878 sinnvoll koordiniert werden kann, ist es unerlässlich, dass die Kompetenz für die
879 Betreuung schulpflichtiger Kinder vom Familienministerium ins Unterrichtsministerium
880 wechselt.

881 Bei der Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen sind Staat wie Gemeinden
882 gefordert. Der Staat darf die Gemeinden nicht im Stich lassen. Derzeit müssen die
883 Gemeinden die Kosten für verschiedene Betreuungsinfrastrukturen integral tragen. Die
884 Sozialisten werden dafür sorgen, dass diese Infrastrukturkosten je zur Hälfte vom Staat
885 und den Gemeinden übernommen werden und der Staat sich zu zwei Drittel an den
886 Personalkosten der Ganztagsbetreuung schulpflichtiger Kinder beteiligt.

887 • ***Familien mit Kindern auch weiterhin finanziell fördern***

888 Es ist eine wesentliche Aufgabe des Staates, die Familien über eine sinnvolle
889 Umverteilung auch finanziell zu fördern. Er muss danach trachten, die finanzielle

890 Mehrbelastung von Familien mit Kindern auszugleichen und dadurch auch ihren Einsatz
891 für die Gesellschaft anzuerkennen.

892 Hinsichtlich einer sozialgerechten Umverteilung werden die Sozialisten sich für eine
893 stufenweise Erhöhung des Kindergeldes um 75 Euro pro Monat und Kind bei
894 gleichzeitigem Abbau des Steuerfreibetrags für Kinder einsetzen. Diese Massnahme
895 wird insbesondere Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen finanziell entlasten.
896 Gleichzeitig werden die Sozialisten das aktuelle System der Rangfolge der Kinder
897 überprüfen. Die Sozialisten werden das Schulgeld, das einmal jährlich bei Schulbeginn
898 für Kinder im Primär- und Sekundarunterricht ausbezahlt wird, auch auf Kinder im
899 Vorschulalter ausdehnen.

900 Die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme basiert beim Umlageverfahren
901 auf der Solidarität zwischen den Generationen. Kinderreiche Familien liefern einen
902 wesentlichen Beitrag zur Stabilität dieses Systems. Deshalb werden die Sozialisten
903 Konzepte überprüfen, die diesem Gedanken Rechnung tragen. Bei der Finanzierung der
904 Pflegeversicherung könnten Beitragszahler mit Kindern z.B. durch einen pauschalen
905 Bonus auf Kosten des staatlichen Anteils entlastet werden.

906 Die Sozialisten werden den Geburtsurlaub für Väter von derzeit zwei auf vier Tage
907 anheben. Die zwei zusätzlichen Urlaubstage müssen in Anspruch genommen werden,
908 wenn Mutter und Kind die Entbindungsstation verlassen. Desweiteren soll der
909 Familienurlaub im Krankheitsfall eines Kindes von zwei auf vier Tage verdoppelt
910 werden. Alleinerziehende sollen die Familienurlaubsrechte beider Elternteile
911 kumulieren können.

912 • ***Recht auf familienfreundliche und bezahlbare Wohnungen***

913 Die Sozialisten wollen den Familien ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum sichern.
914 Damit soll verhindert werden, dass jungen Familien durch übertriebene Wohnungen,
915 hohe Verschuldungen oder übertriebene Mieten die freie Wahl zwischen Beruf und
916 Familie unmöglich gemacht wird. Die Sozialisten werden eine „garantie locative“ für
917 Haushalte mit bescheidenen Einkommen schaffen und den Mieterschutz absichern.

918 Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass sich Staat und Gemeinden gemeinsam der
919 Preisexplosion im Wohnungsbau widersetzen. Die nationale Wohnungsbaugesellschaft
920 wird angehalten, ihre Programme stärker auf die Bedürfnisse einkommensschwacher
921 Familien auszurichten. Zur Bekämpfung der Baulandspekulation werden die Sozialisten
922 eine progressive Baulandbesteuerung einführen und dafür sorgen, dass staatliches
923 Bauland zu einem symbolischen Preis in Erbpacht angeboten wird, um regulierend auf
924 die Baulandpreise zu wirken. Während 99 Jahren kann dieses Land bebaut und bewohnt
925 werden, um dann am Ende der Erbpacht an den Staat zurückzufallen.

926 Desweiteren kann durch die Schaffung von öffentlichen Baulandreserven, durch neue,
927 raumsparende Bauformen, die Langzeitvermietung von Grundstücken, die Einführung
928 eines Mietzuschusses, die Ausweitung der staatlichen Darlehensgarantie auf 100% und
929 die Erhöhung sowie die Anpassung der Kriterien zwecks Erlangen der staatlichen
930 Beihilfen noch vieles erreicht werden. Um den Erwerb eines Eigenheims zu erleichtern,
931 werden die Sozialisten die Möglichkeit des Mietkaufs schaffen und progressive
932 Rückzahlungsraten bei Wohnungsbaukrediten ermöglichen. Schliesslich werden die
933 Sozialisten die Notarkosten für private Immobilientransaktionen spürbar senken.

934 **3.2. In Arbeit anstatt in Arbeitslosigkeit investieren**

935 • *Entlassungen vorbeugen, Arbeitslose konsequent vermitteln*

936 Unser solidarisches Gesellschaftsmodell, welchem Erwerbsarbeit als wichtigster
937 Integrationsfaktor zugrunde liegt, wird durch die steigenden Arbeitslosenzahlen in
938 Frage gestellt. Um Arbeitslosigkeit erst überhaupt nicht entstehen zu lassen, sind
939 konkrete Initiativen gefragt. Eine Verbesserung vor allem der bildungs- und
940 wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist dringend vonnöten. Kurz- und
941 mittelfristig sind jedoch zielgerechtere Massnahmen zur Wiedereingliederung der
942 Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt weiterhin unabdingbar. Eine verbesserte Umsetzung
943 des nationalen Beschäftigungsplans muss in dieser Hinsicht zu einer Verringerung der
944 bestehenden Arbeitslosenquote führen.

945 Im Moment hat jeder Arbeitsplatzvermittler über 500 Personen zu betreuen. Die im
946 Gesetz über den nationalen Beschäftigungsplan vorgesehene individuelle Begleitung,
947 Beratung und Orientierung der Arbeitslosen wird so immer schwieriger. Diese
948 Massnahme ist aber für eine erfolgreiche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
949 unerlässlich. Um eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben zu können, werden die
950 Sozialisten deshalb die Arbeitsmarktverwaltung personell verstärken und die Aus- und
951 Weiterbildung der Vermittler im Interesse einer optimalen Betreuung der Arbeitslosen
952 verbessern. Vor allem Langzeitarbeitslose dürfen nicht länger ihrem Schicksal
953 überlassen bleiben: sie sollen von kostenlosen Umschulungsmöglichkeiten profitieren
954 können.

955 Das Gesetz über kollektive Entlassungen bedarf einer Reform: Informationspflicht und
956 Sozialdialog müssen besonders in diesen Fällen voll zur Geltung kommen. Darüber
957 hinaus muss kurzfristig ein Umschulungs- und Reorientierungsprogramm insbesondere
958 für Arbeitnehmer, die in wirtschaftlich angeschlagenen Betrieben tätig und daher von
959 Entlassungen bedroht sind, ausgearbeitet werden. Um Entlassungen möglichst zu
960 verhindern, sollen desweiteren (zeitlich begrenzte) Arbeitszeitverkürzungen finanziell
961 vom Staat unterstützt und der progressive Eintritt in den Vorruhestand im Falle der
962 sogenannten préretraite-solidarité auch ohne die derzeit geltende gleichzeitige
963 Einstellungsbedingung ermöglicht werden. Allgemein gilt es, Konkurse nach
964 Möglichkeit zu verhindern. In diesem Zusammenhang kann das Einrichten einer
965 Überwachungsplattform, die Daten über Beitragsüberweisungen an die sozialen
966 Sicherungssysteme sowie das Einziehen von direkten Steuern und der Mehrwertsteuer
967 sammelt, betrügerischen Konkursen entgegenwirken.

968 • ***Innovative Arbeitszeitmodelle fördern***

969 Die im Rahmen des nationalen Beschäftigungsplans eingeschlagenen Wege zur
970 Förderung innovativer, sozial abgesicherter Arbeitszeitgestaltungsmodelle wollen die
971 Sozialisten im Interesse einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur
972 Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fortsetzen. Die Sozialisten werden mit den
973 Sozialpartnern über die Einführung verschiedenster Arbeitszeitmodelle diskutieren,
974 handele es sich nun um Jahresarbeitszeit, Gleitzeit oder auch um die periodisch neue
975 Festlegung der gewünschten Arbeitszeit. Besonders die Wahlarbeitszeit ermöglicht in

976 Verbindung mit Lebensarbeitszeitkonten die Inanspruchnahme eines sogenannten Ruhe-
977 oder Sabbatjahres sowie flexible Übergänge in die Teilzeitarbeit und in den Ruhestand.
978 Im öffentlichen Dienst gibt es das Recht auf Teilzeitarbeit schon. Es soll auch auf den
979 Privatsektor ausgedehnt werden.

980 Das notwendige Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Sicherheit muss auch in
981 Zukunft gewährleistet sein. Bei der Umsetzung von innovativen Arbeitszeitmodellen
982 müssen die praktischen Modalitäten transparent und kontrollierbar sein. Die Sozialisten
983 werden sicherstellen, dass die flexible Gestaltung der Arbeitszeit nicht auf Kosten der
984 Arbeitnehmer erfolgt. Die jeweiligen Arbeitszeitmodelle müssen prioritär durch
985 Verhandlungen und Vereinbarungen auf kollektivvertraglicher oder betrieblicher Ebene
986 Gestalt annehmen. Die Arbeitszeitverkürzung in all ihren Formen ist und bleibt für die
987 Sozialisten ein wichtiges Mittel zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Die
988 Sozialisten werden Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern zur
989 Arbeitszeitreduzierung aktiv unterstützen und gegebenenfalls mittels gesetzlicher
990 Initiativen die notwendigen Rahmenbedingungen hierzu schaffen.

991 • ***Für eine humane und demokratische Arbeitswelt***

992 Nach jahrelangen Ankündigungen soll endlich ein gesetzlicher Rahmen und ein
993 Förderprogramm für Tele- und Heimarbeit geschaffen werden. Das Förderprogramm
994 soll auch die Teilzeitarbeit mit einschliessen. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass
995 die atypischen Arbeitsverhältnisse wie z.B. die Leiharbeit, die Tele- und Heimarbeit
996 sowie die Arbeiten im Nachbarschaftsbereich eine arbeits- und sozialrechtliche
997 Absicherung erfahren.

998 Die Sozialisten wollen, dass auch weniger qualifizierte Bürger wieder auf dem
999 luxemburgischen Markt Arbeit finden. Neue Partnerschaften zwischen Staat,
1000 Gemeinden und sozialen Trägern haben im Rahmen der Arbeiten im Nah- und
1001 Nachbarschaftsbereich einen alternativen Wirtschaftspfeiler entstehen lassen. Gemäss
1002 dem Prinzip "learning by doing" werden hierdurch schwach qualifizierte Arbeitnehmer
1003 durch individuell abgestimmte Beschäftigung und Weiterbildung wieder in den
1004 Arbeitsprozess integriert. Die Rechte und Pflichten dieser Beschäftigungsinitiativen
1005 sollen durch ein Förder- und Rahmengesetz für die Solidar- und Sozialwirtschaft

1006 festgelegt werden. Die Notwendigkeit einer klaren Trennung von privaten
1007 Wirtschaftssektoren bleibt weiterhin gültig.

1008 Die Humanisierung der Arbeitswelt muss auch bei angespannter Arbeitsmarktlage
1009 weiter vorangetrieben werden. Die Sozialisten werden sich weiterhin für optimale
1010 Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes und für die Arbeitszeitverkürzung einsetzen.
1011 Sie wollen die sechste Urlaubswoche in einer ersten Phase für Schicht- und
1012 Schwerstarbeiter einführen und mittelfristig für alle Arbeitnehmer verallgemeinern. Die
1013 Sozialisten werden auch zielgerechtere Massnahmen zur Bekämpfung von Mobbing
1014 und Stress am Arbeitsplatz ergreifen und einen gesetzlichen Rahmen dafür schaffen.
1015 Eine gerechte Einkommensverteilung sorgt für sozialen Ausgleich und schafft
1016 zusätzliche Nachfrage und damit Arbeitsplätze. Deshalb wird unter anderem der 20-
1017 prozentige Aufschlag des Mindestlohnes für qualifizierte Arbeitnehmer jedem
1018 "unqualifizierten" Arbeitnehmer nach zehn Jahren Berufserfahrung zugestanden.

1019 Sensibilisierungskampagnen müssen dazu beitragen, dass „typische“ Frauen-,
1020 beziehungsweise Männerberufe auch vom anderen Geschlecht in Anspruch genommen
1021 werden. Das Instrument des Aktionsplans für Chancengleichheit wird zur Behebung der
1022 geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Entlohnung und beim Zugang der Frauen
1023 zum Arbeitsmarkt verstärkt zum Einsatz kommen.

1024 Zu einer humanen Arbeitswelt gehört ebenfalls die Gleichstellung aller arbeitenden
1025 Menschen. Deshalb werden die Sozialisten ein einheitliches Statut im Privatsektor
1026 einführen. Die Sozialisten setzen auch auf die betriebliche Mitbestimmung der
1027 Arbeitnehmer. Diese riskiert angesichts der Verschärfung des nationalen und
1028 internationalen Wettbewerbs sowie des erhöhten Anpassungs- und Leistungsdrucks zu
1029 verkümmern. Die betriebliche Mitbestimmung braucht neue Impulse, auch weil
1030 Betriebe in immer kleinere Einheiten aufgeteilt werden. Ein erster, unerlässlicher Schritt
1031 besteht deshalb darin, das Gesetz über die Betriebsausschüsse im Dialog mit den
1032 Sozialpartnern an die Betriebswirklichkeit anzupassen.

1033 Um die Rechte der arbeitenden Menschen zu wahren, die Sicherheit am Arbeitsplatz zu
1034 gewährleisten, Überstunden abzubauen und Schwarzarbeit konsequenter zu bekämpfen,

1035 muss eine effiziente diesbezügliche Sensibilisierung und Kontrolle gewährleistet sein.
1036 Zu diesem Zweck wird die Gewerbeinspektion reformiert und ausgebaut.

1037 **3.3. Für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Finanzpolitik**

1038 • *Eine soziale und ökologische Marktwirtschaft auf neuen Grundlagen*

1039 Nationale Handlungsspielräume werden durch die Internationalisierung der Wirtschaft
1040 und die wachsende Einbettung nationaler Entscheidungen im gemeinsamen
1041 europäischen Wirtschafts- und Währungsraum immer mehr begrenzt. Das heisst aber
1042 nicht, dass sich die Politik ihrer Verantwortung entziehen kann. Vielmehr müssen die
1043 nationalen Handlungsmöglichkeiten für eine effiziente und moderne Wirtschafts- und
1044 Finanzpolitik noch konsequenter erörtert und ausgeschöpft werden.

1045 Deshalb stehen die Sozialisten weder für „Laisser-faire“ noch für „Dirigismus“. Sie
1046 bekennen sich zum Prinzip der sozialen Marktwirtschaft, dessen Grundlagen den
1047 heutigen und zukünftigen Herausforderungen angepasst werden müssen. In diesem
1048 Sinne wollen die Sozialisten eine Wirtschaftspolitik, die Innovation und
1049 Diversifizierung fördert und ermöglicht, adäquate Grundinfrastrukturen sichert und
1050 Vollbeschäftigung anstrebt.

1051 Der Standort Luxemburg hat kompetitive Vorteile: Vielsprachigkeit, zentrale
1052 geographische Lage, Präsenz verschiedener europäischer Institutionen, Know-how in
1053 spezifischen Industriesparten sowie im Finanz- und Dienstleistungssektor,
1054 qualitätsorientierte mittelständische Unternehmen, erste erfolgreiche Initiativen im
1055 Forschungsbereich. Jetzt gilt es diese „Stärken zu stärken“ und auszubauen. Dazu
1056 brauchen wir mehr unternehmerisches Handeln und weniger Bürokratie.

1057 • *Auf Innovation und Initiativegeist setzen*

1058 Die Sozialisten werden positive Rahmenbedingungen schaffen, um wirtschaftlichen
1059 Initiativegeist zu fördern und innovativen sowie umweltfreundlichen Technologien zum
1060 Durchbruch zu verhelfen. Betriebe, die in Forschung und modernste Technologien

1061 investieren, führen zu einer positiven Diversifizierung unserer Wirtschaft.
1062 Diversifizierung verhindert die Anfälligkeit der Wirtschaft bei sektoriellen Krisen, z. B.
1063 im Stahl- oder im Finanzbereich.

1064 Umwelttechnologien, z. B. im Bereich der Solarwirtschaft und anderer erneuerbarer
1065 Energien, gehören dabei vorrangig gefördert. Informations- und Kommunikations-,
1066 Werkstoff- und Biotechnologien stellen ebenfalls vielversprechende Zukunftssektoren
1067 dar. Die Sozialisten werden unserem Land auf diesen Gebieten eine moderne
1068 Gesetzgebung geben, welche in allen Bereichen zumindest eine volle Mitarbeit der
1069 Luxemburger Forschung an den entsprechenden europäischen Programmen erlaubt.
1070 Ethische, verbraucher- und umweltschützende Standards sowie Vorsorgeprinzip und
1071 Verbraucherinformationsgarantie bleiben dabei oberste Gebote der Sozialisten. Auch
1072 lehnen die Sozialisten die Patentvergabe auf sämtlichen Lebensformen ab.

1073 Forschung und Entwicklung sind die Grundsteine des Innovationsprozesses. Damit
1074 Ideen und Wissen Märkte schaffen und in Markterfolge umgesetzt werden, müssen
1075 allerdings alle innovationsrelevanten Faktoren kohärent berücksichtigt werden.

1076 Erstens muss Innovationspolitik als Querschnittspolitik verstanden werden, um
1077 gegenseitige Abschottung zu überwinden. Innovationsziele müssen im Dialog mit allen
1078 interessierten Kreisen definiert werden. Deshalb befürworten die Sozialisten eine
1079 Bündelung jener Ressorts, die zur wirtschaftlichen Entwicklung und Innovation
1080 beitragen. Mit den Sozialisten werden Wirtschafts- und Mittelstandspolitik in einem
1081 Ministerium vereint. Dieses Ministerium wird für die Wirtschaftskreise direkter
1082 Ansprechpartner für die Ausrichtung und Ziele unserer industriellen Technologie- und
1083 Forschungspolitik.

1084 Zweitens brauchen wir eine praxisorientierte Förderpolitik. Eine wesentliche Rolle in
1085 diesem Innovationsprozess spielen neue Unternehmen (Startups). Die besten
1086 Förderprogramme, ob national oder europäisch, sind nutzlos, wenn sie wegen
1087 bürokratischer Hürden nur mühsam in Anspruch genommen werden können. Zu
1088 beklagen sind insbesondere der Mangel an Transparenz unter den vielen
1089 Förderprogrammen, die ungenügende Begleitung der Programme, langwierige
1090 Prozeduren sowie die Vorfinanzierung durch die Unternehmen. Die Sozialisten werden

1091 hier Abhilfe schaffen und eine nutzniesserfreundliche Zusammenlegung der
1092 verschiedenen Hilfs- und Förderprogramme durchsetzen. Die Ansiedlung
1093 forschungsintensiver Betriebe wird auch Ziel dieser Förderpolitik sein.

1094 Drittens müssen Forschung und Innovation noch stärker finanziell unterstützt werden.
1095 Forschungskredite (prêts à l'innovation) sollen für Klein- und Mittelbetriebe für eine
1096 Laufdauer von maximal 5 Jahren bis zu 50% der Kosten eines Forschungsprojektes
1097 abdecken können. Die SNCI wird ermächtigt, sich verstärkt am Kapital von
1098 erfolgversprechenden neuen Betrieben zu beteiligen. Neue Betriebe (Startups) müssen
1099 auf öffentliches Risikokapital zählen können. Wenn die jungen Betriebe gefestigt sind,
1100 kann die SNCI ihre Beteiligungen zu marktgerechten Bedingungen verkaufen, um somit
1101 wieder Mittel zur Unterstützung von Neugründungen zu erhalten.

1102 • ***Das Bestehende absichern und ausbauen***

1103 Die Sozialisten werden den Bank- und Finanzplatz verteidigen und dessen Aktivitäten
1104 ausbauen. Gemeinsam mit den Verantwortlichen dieses Wirtschaftssektors werden die
1105 Sozialisten dafür sorgen, dass der luxemburgische Staat Innovationen im Finanzbereich
1106 offensiv begleitet. Nur so können Standortvorteile und neue Nischen genutzt werden. In
1107 dieser Hinsicht wollen die Sozialisten den notwendigen Rahmen für europäische
1108 Fusionen schaffen. Denn in den nächsten Jahren wird es im Rahmen des erweiterten
1109 Binnen- und Finanzmarktes zu zahlreichen Fusionen kommen. Luxemburg soll den
1110 Muttergesellschaften der fusionierten Firmen ein vorteilhaftes Umfeld bieten, das es den
1111 Zentralen der Fusionsgesellschaften erlauben wird, von Luxemburg aus transnational zu
1112 operieren. Im Rahmen der genannten Fusionen müssen die Interessen der Beschäftigten
1113 gewahrt und die Mitbestimmung der Gewerkschaften garantiert werden.

1114 Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass in Luxemburg, Sitz mannigfaltiger
1115 europäischer Institutionen und Verwaltungen, artverwandte Instanzen angesiedelt
1116 werden, z. B. im Bereich freiwilliger internationaler Schlichtungsverfahren. Daneben
1117 soll das Potenzial des durch die Präsenz dieser Institutionen verfügbaren Know-hows
1118 genutzt werden, um das Entstehen neuer wirtschaftlicher Sparten in Luxemburg zu
1119 fördern.

1120 Neben dem Dienstleistungssektor ist es ebenso wichtig, einen hochqualitativen,
1121 diversifizierten Industriesektor aufzubauen. Hier gilt es, Synergien zu fördern. Dank
1122 dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien entstehen bei der
1123 Realisierung innovativer Produkte und Dienstleistungen neue Formen der
1124 Zusammenarbeit, die die Grenzen zwischen industrieller Wirtschaft und „New
1125 Economy“ überwinden können. Neue Technologien sind besonders wichtig für die
1126 Innovationskraft der Industrie. In diesem Sinne werden die Sozialisten entsprechende
1127 Forschungsprogramme fördern. Daneben werden die Sozialisten für eine konzertierte,
1128 strategische Förderung des Standortes Luxemburg im Ausland sorgen und eine „Task
1129 Force“ schaffen, die als zentraler Ansprechpartner für interessierte Unternehmer dienen
1130 wird.

1131 Für die Sozialisten heisst Wirtschaftspolitik auch und nicht zuletzt Mittelstandspolitik.
1132 Klein- und Mittelunternehmen sind Ideengenerator und Motor der wirtschaftlichen
1133 Entwicklung. Sie beschäftigen eine Mehrheit unserer Bevölkerung und bieten unserer
1134 Jugend Lehrstellen. Sind die Klein- und Mittelunternehmen innovativ, dann steigt auch
1135 die Wertschöpfung unseres Landes.

1136 In diesem Sinne werden die Sozialisten Betriebsgründungen erleichtern. Neben der
1137 Bereitstellung von öffentlichem Risikokapital soll eine bessere Begleitung und Beratung
1138 angehender Unternehmer auch bei der Übernahme von bestehenden Betrieben erfolgen.
1139 Besonders mittelständische Familienbetriebe haben oft keine Nachfolger. In Handel und
1140 Handwerk führt die Schliessung von Betrieben, z.B. aus Pensionsgründen, oft zu einem
1141 vermeidbaren Verlust von Arbeitsplätzen. Öffentliche Bürgschaften könnten
1142 gleichzeitig zu neuen Existenzgründungen und zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze
1143 beitragen. Deshalb muss die SNCI verstärkt Existenzgründungen fördern. Zur Zeit sind
1144 die Bedingungen für einen "prêt de démarrage" zu eng. Nur Jungunternehmer, die nie
1145 etabliert waren, können in den Genuss solcher Beihilfen kommen. Besonders bei
1146 Übernahmen bestehender Betriebe müssen auch öffentliche Krediterleichterungen
1147 möglich sein. Deshalb sind die Bedingungen für Startkredite auszuweiten.

1148 In den letzten Jahren sind, u.a. auf Grund von Fusionen, die Entscheidungszentren von
1149 einigen traditionell luxemburgischen Unternehmen ins Ausland abgewandert. Diese
1150 Entwicklung beinhaltet Risiken für den luxemburgischen Wirtschaftsstandort und seine

1151 Arbeitsplätze. Die Sozialisten werden hier gegensteuern. Sie werden die staatlichen
1152 Beteiligungen in Unternehmen beibehalten, um die Aktivitäten und
1153 Entscheidungszentren dieser Unternehmen in Luxemburg zu sichern. Die Unternehmen
1154 und Betriebe, welche sich noch gänzlich in öffentlicher Hand befinden, wie Post,
1155 Eisenbahn und Sparkasse, werden sie in öffentlicher Hand absichern.

1156 • ***Verwaltungen modernisieren, Regulierungen vereinfachen***

1157 Luxemburg hat während vielen Jahren seinen wirtschaftlichen Erfolg auf Flexibilität
1158 und Kreativität aufgebaut. Kurze Verwaltungswege sowie der damit verbundene direkte
1159 Zugang zu den Entscheidungsträgern waren im internationalen Vergleich
1160 luxemburgische Trumpfkarten. Ausländische Investoren finden in letzter Zeit nur
1161 schwierig Ansprechpartner. Die Sozialisten wollen die Fehler der vergangenen Jahre
1162 beheben, indem ein zentraler Ansprechpartner für interessierte ausländische
1163 Unternehmer Fragen zügig beantwortet und Probleme unbürokratisch löst. Eine
1164 nationale Agentur zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Luxemburg wird diese
1165 Aufgabe übernehmen.

1166 Die Sozialisten wollen eine solide, aber flexible Verwaltung. Die Frage bleibt gestellt,
1167 ob nicht zu viele Ämter in Genehmigungsprozeduren eingreifen, ob es nicht besser
1168 wäre, für alle Genehmigungsbereiche eine federführende Verwaltung zu bestimmen,
1169 welche alle öffentlichen Genehmigungsverfahren koordiniert und für jeden
1170 Antragsteller einziger Ansprechpartner ist. Für die Sozialisten ist die Einrichtung eines
1171 „Guichet unique“ für alle verwaltungstechnischen Schritte unerlässlich, insbesondere
1172 für Klein- und Mittelbetriebe. Desweiteren müssen moderne Kommunikationsmittel
1173 nicht nur den Zugriff der Betriebe auf staatliche und kommunale Informationen
1174 erlauben, sondern endlich langwierige Amtswege ersparen. Deshalb wird mit den
1175 Sozialisten die Einrichtung eines zentralisierten Internetportals für
1176 Genehmigungsprozeduren zügig vorangetrieben.

1177 Mittel- und langfristig kann die bürokratische Modernisierung nur dann erfolgreich sein,
1178 wenn verbindliche Ziele, Stichdaten und Prozeduren festgelegt werden. Die Sozialisten
1179 werden eine Bestandsaufnahme aller Verwaltungsvorschriften vornehmen, diese auf
1180 ihren Nutzen hin überprüfen und gegebenenfalls abschaffen. Die gängigsten Formulare

1181 und Arbeitsabläufe werden in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsvertretern vereinfacht
1182 und gestrafft. Eine Kopie einer gültigen Identitätskarte kann z.B. das Geburtszertifikat
1183 und ähnliche unzeitgemässe Verwaltungsvorgänge ersetzen. In diesem Zusammenhang
1184 soll der zukünftigen Online-Benutzung dieser Formulare Rechnung getragen werden.

1185 Bevor sie neue Regelungen einführen, werden die Sozialisten sicherstellen, dass das
1186 bestehende Instrumentarium auch voll ausgeschöpft wird, so z.B. bei der
1187 Konkursbekämpfung. Bei der Umsetzung von europäischen Direktiven muss im
1188 Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes differenzierter reglementiert
1189 werden. Beim Arbeits-, Gesundheits-, und Umweltschutz wird das Subsidiaritätsprinzip
1190 weiterhin gelten.

1191 Genehmigungsverfahren werden beschleunigt. Nicht mehr vertretbar sind vier- bis
1192 fünfmonatige Fristen. Hier müssen Zeitabläufe durch einen verbesserten
1193 Informationsfluss, durch mehr Zusammenarbeit und durch die Anwendung moderner
1194 Technologien konsequent gestrafft werden. Wenn innerhalb einer festzulegenden Frist
1195 keine Antwort auf einen Antrag erfolgt, gilt dieser Antrag als genehmigt.

1196 • ***Landwirtschaft und Weinbau: leistungsfähig und vielfältig***

1197 Für die Sozialisten haben Landwirtschaft und Weinbau jeweils mehrere Funktionen zu
1198 erfüllen, und zwar auf den Gebieten der Nahrungsmittelproduktion, der
1199 Landschaftspflege und der nachhaltigen Gestaltung des ländlichen Raumes. Die Politik
1200 muss dieser Multifunktionalität Rechnung tragen. Die Sozialisten werden sich dafür
1201 einsetzen, dass das wirtschaftliche Wachstum im Agrarsektor gesteigert und dieser
1202 wieder attraktiv für Jungbauern und Jungwinzer wird. Der Staat muss eine aktive
1203 Vermittlerrolle einnehmen, damit die dynamischen Kräfte kooperieren und die
1204 Wettbewerbsfähigkeit dieses wichtigen Primärsektors gesteigert wird.

1205 Luxemburg kann sich auf der Basis der eigenen Landwirtschaft nicht ernähren und muss
1206 daher im Interesse des Konsumangebotes für seine Bürger in einen freien und fairen
1207 Handel eingebunden bleiben. Dennoch gebietet die elementare volkswirtschaftliche
1208 Vorsicht, bestehende Produktions- und Vermarktungskapazitäten zu erhalten und
1209 auszubauen. Es muss eine öffentliche Priorität sein, alle Betriebe, bei denen die

1210 Nachfolge gesichert ist, zu erhalten. In dem Masse, wo europäische Beihilfen für die
1211 Landwirtschaft abgebaut werden, muss der Staat dafür sorgen, dass Landwirte, Gärtner
1212 Winzer und Forstwirte für ihre öffentlichen Aufgaben im Bereich des Naturschutzes
1213 und der Landschaftspflege entgeltet werden.

1214 Die Sozialisten treten für eine verstärkte Qualitätspolitik bei der
1215 Lebensmittelproduktion ein, auch um neue Promotionsmöglichkeiten für Luxemburger
1216 Produkte zu eröffnen. Alle Produkte müssen von ihrer Herkunft über die Vermarktung
1217 bis hin zum Verkauf höchsten Qualitätsnormen entsprechen und in ihrer Kennzeichnung
1218 transparent, d.h. rückverfolgbar für den Verbraucher sein. Die Herkunfts- und
1219 Qualitätspolitik (Marques nationales) muss ausgebaut sowie ein für alle
1220 Qualitätsmarken und -labels verbindliches Lastenheft eingeführt werden.

1221 Die Sozialisten wollen ein Ministerium für Verbraucherschutz schaffen, welches die
1222 zurzeit auf mehrere Ministerien zerstreuten Kompetenzen bündelt und mehr Sicherheit
1223 für den Verbraucher schafft. Dieses Ministerium soll über die Lebensmittelsicherheit
1224 hinaus für alle Konsumentenfragen zuständig und Ansprechpartner für den einzelnen
1225 Verbraucher und die Konsumentenschutzorganisation sein.

1226 Der Staat muss die regionale Vermarktung luxemburgischer Qualitätsprodukte aus
1227 Landwirtschaft und Weinbau stärker fördern. Im Weinbau muss die neugeschaffene
1228 „Commission de promotion“ politisch und finanziell unterstützt werden, um einer
1229 effizienten, gebündelten und national kohärenten Vermarktung luxemburgischer
1230 ProdukteVorschub zu leisten.

1231 Die Sozialisten wollen sicherstellen, dass die biologisch-organische Landwirtschaft sich
1232 weiterentwickeln kann. Bioprodukte aus Luxemburg haben grosse Marktchancen.
1233 Organische Landwirtschaft muss deshalb von unerwünschten Auswirkungen
1234 genmodifizierter Pflanzen geschützt werden.

1235 • ***Mehr Fachkräfte für Luxemburg***

1236 Während die Arbeitslosenzahl weiter zunimmt, bleiben gleichzeitig hoch qualifizierte
1237 Arbeitsplätze unbesetzt, weil die erforderlichen Fachkräfte fehlen. Dieses Problem wird

1238 angesichts der Diversifizierungsbestrebungen in den Bereichen der Informations- und
1239 Kommunikationstechnologien und der Spitzenforschung sowie der fortschreitenden
1240 Spezialisierung unseres Finanz- und Industriesektors in Zukunft noch akuter werden.

1241 Die Sozialisten werden die Qualifizierungsanstrengungen durch Bildung, Ausbildung
1242 und Fortbildung konsequent verstärken, denn wir können es uns nicht leisten,
1243 Begabungsreserven ungenutzt zu lassen. Dazu gehört eine erfolgreiche Integration von
1244 ausländischen Kindern, eine Erhöhung der Anzahl qualifizierter Schulabgänger, bzw.
1245 der Hochschulabsolventen und eine Anpassung der Qualifikationsangebote an die
1246 Nachfrage durch verbesserte Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten sowie die
1247 konsequente Förderung des zweiten Bildungsweges. Neben den Sekundarschulen fällt
1248 in diesem Zusammenhang auch dem Centre National de Formation Professionnelle
1249 sowie der neu gegründeten Universität Luxemburg eine wichtige Rolle zu.

1250 Unser Land braucht aber auch schnell einsetzbare Fachkräfte. Die Sozialisten sind der
1251 Überzeugung, dass die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland positive
1252 Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung haben wird. Studien belegen, dass
1253 jeder hoch qualifizierte Arbeitsplatz im Durchschnitt zwei bis drei weniger qualifizierte
1254 Arbeitsplätze schafft. Um zeitlich begrenzte Arbeitsgenehmigungen für Spitzenkräfte zu
1255 ermöglichen, müssen die bestehenden Bestimmungen für Antragsteller aus Drittländern
1256 überarbeitet werden.

1257 • ***Ein verantwortlicher Umgang mit Steuergeldern***

1258 Angesichts der aktuellen Haushaltslage des Staates wäre es unverantwortlich, eine
1259 globale Senkung der Besteuerungssätze zu befürworten. Umso wichtiger ist die
1260 Wiederankurbelung der Wirtschaft durch gezielte steuerliche Massnahmen, um die
1261 Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu fördern. Auch verpflichten die Sozialisten sich,
1262 dass Luxemburg weiterhin über die niedrigsten Mehrwertsteuersätze innerhalb der
1263 europäischen Union verfügt. Eine stärkere Besteuerung von gesundheits- und
1264 umweltschädlichen Produkten ist in unser allem Interesse, muss aber sozialverträglich
1265 und wirtschaftlich vertretbar bleiben. Die Sozialisten wollen auch weiterhin die
1266 Steuertabelle an die Inflationsentwicklung anpassen.

1267 Aus makroökonomischer Sicht hängt die Wirksamkeit einer Wirtschafts- und
1268 Steuerpolitik letztlich davon ab, wie effizient der Staat seine Einnahmen eintreibt und
1269 verwaltet. Zudem kann ohne eine verlässliche Schätzung der Steuereinnahmen die
1270 mögliche Auswirkung von steuerpolitischen Massnahmen auf das Staatsbudget bzw.
1271 deren Lenkungseffekt nicht errechnet, geschweige denn eine zukunftsorientierte
1272 Umverteilungspolitik verantwortlich geplant werden.

1273 In diesem Sinne werden die Sozialisten dafür Sorge tragen, dass die Besteuerungs- und
1274 Eintreibungsprozeduren sowie die Fälligkeitsdaten der verschiedenen Steuern
1275 konsequent eingehalten und gegebenenfalls neu festgelegt werden. Dies schafft
1276 Rechtssicherheit für die Steuerverwaltungen und für die Steuerzahler. Im Gegenzug
1277 bieten die Sozialisten den Steuerpflichtigen die Möglichkeit, bei den
1278 Steuerverwaltungen Steuerschulden gegen Steuerguthaben aufzurechnen oder im Falle
1279 einer Rückzahlung ein Zinsguthaben eingeräumt zu bekommen.

1280 Die resolute Bekämpfung der Steuerhinterziehung ist eine wesentliche Voraussetzung,
1281 um mehr Steuergerechtigkeit zu erlangen. Die Sozialisten werden sich deshalb für die
1282 Modernisierung der Steuerverwaltungen einsetzen, unter anderem mittels einem
1283 konsequenten Ausbau der informatischen Infrastruktur, einer besseren Ausnutzung der
1284 bestehenden Informationen, einer engeren Zusammenarbeit der verschiedenen
1285 Verwaltungen sowie einer besseren Aus- und Weiterbildung der Steuerbeamten.

1286 Daneben muss die Finanzverwaltung die statistische Erfassung der Steuereinnahmen
1287 optimieren, bzw. vervollständigen und sich die notwendigen technischen Instrumente
1288 geben, um massnahmeninduzierte Auswirkungen auf die staatliche
1289 Haushaltsentwicklung simulieren zu können und die Erstellung von
1290 gesamtwirtschaftlichen Simulationsmodellen zu ermöglichen.

1291 Auf der Ausgabenseite muss das Finanzgebaren des Staates auch und gerade in Zeiten
1292 knapper werdender Einnahmen elementaren Wirtschaftlichkeitskriterien entsprechen.
1293 Dies gilt sowohl für die laufenden Kosten als auch für grosse Investitionsprojekte. In
1294 diesem Bereich hat in den vergangenen vier Jahren die parlamentarische
1295 Budgetkontrollkommission unter sozialistischem Vorsitz regelrechte Pionierarbeit
1296 geleistet. In enger Zusammenarbeit mit dem Rechnungshof wurden und werden auch

1297 weiterhin staatliche Einnahmen und Ausgaben im Interesse des Steuerzahlers auf ihre
1298 Gesetzeskonformität und Wirtschaftlichkeit hin überprüft. Die Sozialisten werden sich
1299 dafür einsetzen, dass der Prüfungsbereich des Rechnungshofes auf das Finanzgebaren
1300 aller öffentlicher Einrichtungen ausgedehnt wird.

1301 In wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss der luxemburgische Bausektor auf eine
1302 kontinuierliche Investitionspolitik des Staates zählen können. Deshalb werden die
1303 Sozialisten die staatliche Investitionsquote auf hohem Niveau halten und ein besonderes
1304 Augenmerk auf die Qualität und die Nachhaltigkeit der getätigten Investitionen setzen.
1305 Staat und Gemeinden sind hier gleichermassen gefordert, prioritär Renovationsprojekte
1306 zu verwirklichen, nicht zuletzt zur Unterstützung des hiesigen Bausektors. Den
1307 (administrativen) Nachfolgekosten der Neubauten werden die Sozialisten eine verstärkte
1308 Aufmerksamkeit widmen. Staatliche Neuverschuldungen kommen nur für grosse
1309 Investitionsprojekte in Frage, da hiervon mehrere Generationen profitieren können. Im
1310 Interesse einer grösseren Transparenz werden die Sozialisten zukünftige
1311 Haushaltsvorlagen sowohl nach nationalen als auch nach europäischen
1312 Rechnungsführungskriterien ausarbeiten.

1313 **3.4. Landesweite Mobilität für alle**

1314 • *Der öffentliche Transport: attraktiv und zum Nulltarif*

1315 Eine wirksame Mobilitätspolitik muss eine passende Antwort auf die wachsenden
1316 Bedürfnisse der Bevölkerung und der Unternehmen liefern, sowohl quantitativ als auch
1317 qualitativ. Ein nachhaltiges Mobilitätskonzept trägt der Umwelt Rechnung. Deswegen
1318 bevorzugen die Sozialisten eine Mobilitätspolitik, die das Gleichgewicht zwischen den
1319 verschiedenen Verkehrsträgern wiederherstellt, Umweltschäden eingrenzt, die negativen
1320 Auswirkungen auf die Gesundheit vermindert und die Sicherheit der
1321 Fortbewegungsmittel steigert.

1322 Um dem immer grösseren Verkehrsaufgebot auf unseren Strassen entgegenzutreten,
1323 muss eine stärkere Verlagerung vom Individualtransport hin zum öffentlichen Personen-
1324 und Warentransport erfolgen. Eine solche Verlagerung geschieht nur dann, wenn

1325 konkrete Massnahmen getroffen werden, die zum Umdenken bewegen. Deshalb werden
1326 die Sozialisten den öffentlichen Transport durch eine Verbesserung des Angebotes
1327 (Kapazität und Qualität), der Sicherheit und der Pünktlichkeit, der Zugänglichkeit für
1328 Personen mit begrenzter Mobilität sowie durch die Einführung des Nulltarifs attraktiver
1329 gestalten. Die Fahrausweise, welche das Reisen zum Nulltarif ermöglichen, werden von
1330 einem Verkehrsverbund konzipiert und von den einzelnen Verkehrsbetrieben
1331 ausgestellt. Die Kontrolle derselben geschieht wie bisher u.a. durch die Zugbegleitung,
1332 welche in vollem Umfang beibehalten wird, um ein Höchstmass an Sicherheit und
1333 Qualität zu gewährleisten.

1334 Der öffentliche Personennahverkehr ist gegenüber dem motorisierten Individualverkehr
1335 nur konkurrenzfähig, wenn dem Kunden ein flächendeckendes und übersichtliches
1336 Liniennetz mit erhöhten Taktfrequenzen, abgestimmten Fahrplänen und einfachen
1337 Übergängen zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln geboten wird. Unter den
1338 sozialistischen Transportministern wurde in dieser Hinsicht wertvolle Vorarbeit, unter
1339 anderem durch die Schaffung eines Tarifverbundes, geleistet.

1340 Da die Koordination zwischen den Fahrplanangeboten der einzelnen Verkehrsträger
1341 noch verbesserungsbedürftig ist und Informationen über das Gesamtangebot nicht aus
1342 einer Hand erhältlich sind, werden die Sozialisten einen Verkehrsverbund zwischen den
1343 CFL sowie den AVL-, den TICE- und den RGTR-Busbetrieben in die Wege leiten. Die
1344 Mobilitätszentrale soll dem Verkehrsverbund unterstellt und ihr Aufgabengebiet
1345 erweitert werden.

1346 Die Sozialisten setzen sich weiterhin für eine Schienenanbindung des Zentrums der
1347 Stadt Luxemburg ein. Das Konzept des BTB bleibt nach wie vor die richtige Lösung um
1348 die Verkehrsprobleme der Stadt Luxemburg und Umgebung in den Griff zu bekommen.
1349 Die Sozialisten sind allerdings der Meinung, dass der Anschluss des Stadtkerns an das
1350 Schienennetz absolute Priorität vor dem Anschluss an den Flughafen geniessen soll.
1351 Darüber hinaus wollen die Sozialisten die bevorstehende Entwicklung des zurzeit schon
1352 dicht besiedelten Südens des Landes im Hinblick auf die Wiederverwertung der
1353 Industriebrachen im Auge behalten und rechtzeitig einen konsequenten Ausbau des
1354 öffentlichen Transportnetzes im Süden, gegebenenfalls durch die Einrichtung einer
1355 Train-Tram-Trasse, anstreben.

1356 Für eine weitere Aufwertung des öffentlichen Verkehrs sollen die Förderung und der
1357 Ausbau der innerstädtischen Buslinien, d.h. der sogenannten Citybusse sowie die
1358 weitere Schaffung von (interregionalen) Prioritätsspuren für Busse sorgen. Weitere
1359 Auffangparkings, vor allem diesseits und jenseits der Landesgrenzen, sind ebenfalls
1360 vonnöten. Zusätzlich soll im Bereich des Schülertransportes ein ausreichendes und
1361 koordiniertes öffentliches Angebot gesichert werden. In ländlich schwach besiedelten
1362 Regionen soll ein Rufbussystem eingeführt werden.

1363 • ***Die Eisenbahn als integrierten Serviceanbieter erhalten***

1364 Im Zuge der europäischen Liberalisierungspolitik geraten viele Arbeitsplätze bei
1365 öffentlichen Dienstleistungsanbietern in Gefahr. Das gilt auch für unsere nationale
1366 Eisenbahngesellschaft, wo bereits soziale Abbaumassnahmen auf Kosten der Qualität
1367 und der Sicherheit beschlossen wurden. Die CFL haben immer noch kein
1368 Strategiekonzept, weder für den Personen- noch für den Güterverkehr. Für die
1369 Sozialisten ist und bleibt die nationale Eisenbahngesellschaft Dreh- und Angelpunkt bei
1370 der Organisation des öffentlichen Verkehrs in Luxemburg. Um das auch für die Zukunft
1371 zu garantieren, bekennen die Sozialisten sich zu einer Eisenbahngesellschaft mit einem
1372 integrierten Serviceangebot.

1373 Eine Kapitalerhöhung der nationalen Eisenbahngesellschaft sowie die Verlängerung der
1374 staatlichen Verträge mit den CFL sind im Bereich des öffentlichen Personentransports
1375 unabdingbar, um der langen Tilgungsdauer des notwendigen, neuen Materials
1376 Rechnung tragen zu können. Sowohl im Bereich des Personentransports als auch im
1377 Bereich des Gütertransports müssen erhebliche Verbesserungen infrastruktureller Natur
1378 ermöglicht werden, wie z.B. der Bau einer neuen Wartungshalle, der Ausbau des
1379 Containerterminals und des Verschiebebahnhs sowie die Neugestaltung des
1380 Hauptbahnhofs der Stadt Luxemburg im Hinblick auf den zukünftigen „TGV/Est“-
1381 Anschluss.

1382 Der Schienengüterverkehr wird aller Voraussicht nach bis 2008 vollständig liberalisiert
1383 sein. Hier besteht die Gefahr, dass sich ausländische Konkurrenzunternehmen die
1384 lukrativsten Transporte aneignen und dass die weniger einträglichen Transporte über
1385 das Strassennetz erfolgen. Die Sozialisten werden gemeinsam mit den CFL und unter

1386 Beachtung der europäischen Gesetzgebung nach Möglichkeiten suchen, um dies zu
1387 verhindern. In diesem Zusammenhang werden sie den Rangierbetrieb den
1388 Infrastrukturen zuordnen sowie verschiedene Transporte im Interesse der
1389 Landesplanung und der Umwelt als öffentliche Dienstleistung einklassieren.

1390 • ***Die Schieneninfrastruktur modernisieren***

1391 Die internationalen Bahnverbindungen, die einen schnellen Anschluss an die grossen
1392 Metropolen Europas gewährleisten müssen, sind von einem geeigneten nationalen
1393 Schienennetz abhängig. In diesem Sinne genießt der Bau einer neuen zweigleisigen
1394 Bahnstrecke zwischen Bettemburg und Luxemburg Priorität, damit eine einwandfreie
1395 Anbindung an den „TGV-Est“ ermöglicht wird. Die Sozialisten werden sich auch für
1396 bessere Zugverbindungen mit Deutschland und Belgien einsetzen. Die Zuglinie
1397 zwischen Brüssel, Luxemburg und Strassburg muss dringend aufgewertet werden. Die
1398 neue Direktanbindung zwischen Esch/Alzette und Luxemburg soll verwirklicht werden.
1399 Ferner ist auch eine Erweiterung der Zweigleisigkeit der Strecken zwischen Luxemburg
1400 und Petingen, zwischen Luxemburg und Sandweiler sowie der Erhalt des
1401 schienengebundenen Warentransportes auf der gesamten Nordstrecke vonnöten.
1402 Nutzniesser einer konsequenten Aufwertung der internationalen Bahnstrecken nach
1403 Luxemburg sollen auch die Grenzgänger sein, die dadurch täglich besser zu ihren
1404 Arbeitsplätzen gelangen können.

1405 • ***Alternative Verkehrsmöglichkeiten fördern***

1406 Die kombinierte Nutzung verschiedener Verkehrsmittel muss sowohl für die
1407 Personenbeförderung als auch für den Warentransport begünstigt werden. Dies wird
1408 erlauben, unsere Strassen und Autobahnen zu entlasten und die Sicherheit zu erhöhen.

1409 Für die Sozialisten gilt es, den schwächsten Gliedern der Verkehrskette, d.h. den
1410 Fussgängern und den Radfahrern, eine besondere Beachtung zu schenken. Oft werden
1411 Radfahren und Zufussgehen als Verkehrsmöglichkeiten zu Unrecht vernachlässigt. Es
1412 ist aber besonders in dicht besiedelten Gebieten sinnvoll, kurze Strecken auf dem
1413 Fahrrad oder zu Fuss anstatt mit dem Auto zurückzulegen. Deshalb werden die
1414 Sozialisten unter anderem durch den Ausbau des Fahrradnetzes und der

1415 Fussgängerwege dafür sorgen, dass Radfahrer und Fussgänger sich in Sicherheit
1416 fortbewegen können. Ein nationales Förderprogramm für den Fahrradverkehr wird
1417 erstellt, dessen Ziele hauptsächlich darin bestehen, den Radverkehr sicherer und
1418 attraktiver zu machen sowie den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr deutlich zu
1419 steigern.

1420 Allgemein ist die Verbesserung der bestehenden Verkehrsverhältnisse nur mit Hilfe
1421 eines Mobilitätsmanagements zu erreichen. Die übergeordneten Ziele, die dabei verfolgt
1422 werden müssen, sind die Reduzierung von Einzelfahrten mit dem Personenkraftwagen
1423 durch Bildung von Fahrgemeinschaften und eine Erhöhung des Anteils der
1424 umweltfreundlicheren Verkehrsmittel wie Fahrrad, Bus oder Bahn.

1425 • ***Flughafen Findel: auf Lebensqualität achten***

1426 Der Flughafen stellt, zusammen mit den beiden Gesellschaften Luxair und Cargolux,
1427 ein wichtiges Standbein unserer Wirtschaft dar. Im Interesse Luxemburgs als
1428 europäische Hauptstadt, als Finanz- und Wirtschaftszentrum, aber auch im Interesse
1429 seiner Einwohner, braucht unser Land einen leistungsfähigen Personen- und
1430 Frachtflughafen, der gute Verbindungen zu grossen europäischen Städten, wichtigen
1431 Handelszentren und bekannten Ferienzeilen gewährleistet.

1432 Die Sozialisten befürworten einen, den Gegebenheiten angemessenen Ausbau der
1433 Flughafenhallen des Personentransportes sowie eine Verbesserung der
1434 Arbeitsbedingungen in den Wartungshallen des Cargoentrums um ein kontrolliertes
1435 Wachstum des Frachtverkehrs zu gewährleisten. Allerdings ist es ebenfalls die Aufgabe
1436 des Staates, dafür zu sorgen, den Anrainern gemäss dem Landesplanungsgesetz und den
1437 Lärmschutzbestimmungen Lebensqualität zu garantieren. Demzufolge muss auf jeden
1438 Fall das zurzeit geltende Nachtflugverbot eingehalten werden. Darüber hinaus soll ein
1439 Mediationsverfahren (Konfliktlösungsprogramm) eingeleitet werden, an dem alle
1440 Akteure beteiligt sind, um gemeinsam Lösungsoptionen zu entwickeln.

1441 Der fachgerechten Klärung der Abwässer des Flughafens werden die Sozialisten oberste
1442 Priorität geben. Ebenfalls ist es sinnvoll, die im nahen Umkreis des Flughafens
1443 liegenden Wohnungen, die vom Flughafenlärm betroffen sind, an die Gegebenheiten

1444 des Flughafens anzupassen, um die Lebensqualität der Einwohner soweit wie möglich
1445 zu verbessern. Entsprechende Beihilfen zur Anpassung der Häuser wie
1446 Mehrfachverglasungen oder schalldichte Isolierungen müssen vom Staat vorgesehen
1447 werden.

1448 Um eine EU-Direktive über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm in
1449 luxemburgisches Recht umzusetzen, befürworten die Sozialisten ein Lärmschutzgesetz,
1450 das die Bestimmungen zum Schutz der Anrainer festhält sowie die notwendigen
1451 finanziellen Beihilfen festlegt.

1452 • ***Weniger Tote und Schwerverletzte im Strassenverkehr***

1453 Die Sozialisten setzen sich zum Ziel, die Zahl der Toten und Schwerverletzten auf
1454 unseren Strassen drastisch zu reduzieren. Raserei, Rücksichtslosigkeit, Drogen- und
1455 Medikamentenmissbrauch sowie Trunkenheit am Steuer zählen noch immer zu den
1456 häufigsten Unfallursachen. Leider hat sich in den letzten Jahren die Tatsache
1457 bewahrheitet, dass die Mitverantwortung mancher Verkehrsteilnehmer nur sehr bedingt
1458 zum Tragen kommt. Auch die Einführung des Punktführerscheins hat nicht die
1459 gewünschte Wirkung gezeigt.

1460 Prävention durch Aufklärung bleibt immer noch das wünschenswerteste Mittel, um die
1461 Verkehrssicherheit zu steigern. Sensibilisierungskampagnen werden deshalb in enger
1462 Zusammenarbeit mit den im Bereich der Verkehrssicherheit tätigen Vereinigungen ohne
1463 Gewinnzweck fortgesetzt und ausgebaut. Darüber hinaus wollen die Sozialisten aber
1464 zwei Prioritäten in den Vordergrund stellen, um die Verkehrssicherheit zu verbessern:
1465 Abschreckung und Bestrafung, um auch notorische Verkehrssünder zur Einsicht zu
1466 bringen, respektive aus dem Verkehr zu ziehen.

1467 Eine effiziente Abschreckungspolitik wird durch verstärkte und gut sichtbare
1468 Polizeipräsenz und -kontrollen auf den Autobahnen und an neuralgischen
1469 Landstrassenabschnitten erreicht. Weitere Massnahmen zur Vorbeugung von und zum
1470 Schutz vor Verkehrsunfällen bestehen in einem optimierten Einsatz des CITA-
1471 Leitsystems durch dessen Erweiterung auf die Hauptverkehrsachsen des Landes und
1472 seine Nutzung als Verkehrsüberwachungssystem, um Geschwindigkeitssünder und

1473 Drängler zu überführen. Desweiteren sollen Verkehrsüberwachungsradars an kritischen
1474 Strassenabschnitten installiert und auf deren Präsenz aufmerksam gemacht werden. Die
1475 Bestrafung der Verkehrssünder muss objektiv und im Interesse des erzieherischen
1476 Effekts möglichst schnell erfolgen.

1477 Alkohol wirkt bei übermässigen Mengen bewusstseinsverändernd und verlangsamt
1478 schon bei geringen Mengen die Reaktionsfähigkeit sowie den Sichtradius. Deshalb
1479 werden die Sozialisten die Promillegrenze von 0,8 auf 0,5 g/l senken. Desweiteren
1480 werden die Sozialisten den gewerblichen Güterverkehr strenger überwachen und auf
1481 den Autobahnen ein Überholverbot für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen während den
1482 Stosszeiten einführen.

1483 Der Staat soll z.B. in Form eines “établissement public” die Verantwortung und
1484 Verwaltung des “Centre de formation” in Colmar-Berg übernehmen. Das obligatorische
1485 Training gegen Ende der Führerscheinprobezeit soll kostenlos angeboten werden.

1486 **3.5. Für eine lebenswerte Umwelt**

1487 • *Für nachhaltigen Umwelt- und Naturschutz*

1488 Nachhaltigkeit ist die wichtigste Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Dabei
1489 muss ein dauerhaftes und sorgsames Gleichgewicht bei allen wesentlichen
1490 wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entscheidungen herbeigeführt werden. Die
1491 Sozialisten wollen die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft weiter
1492 konkretisieren und regelmässig einen Bericht über die Umsetzung der nationalen
1493 Nachhaltigkeitsstrategie vorlegen. Relevante Projekte und Strategien sind im Vorfeld
1494 einer Realisierung auf ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen und die daraus resultierenden
1495 Schlussfolgerungen anzuwenden.

1496 Naturschutz darf nicht nur Selbstzweck sein, sondern muss vielmehr zu einem
1497 Instrument der nachhaltigen Entwicklung im Dienste des Menschen und der
1498 Gesellschaft ausgebaut werden. Insbesondere soll er als Erholungs- und alternativer
1499 Wirtschaftsfaktor mehr Bedeutung erlangen.

1500 Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist den Sozialisten ein wichtiges Anliegen. Um
1501 gezielte, wirkungsvolle Massnahmen zum Naturschutz ergreifen zu können, werden die
1502 Sozialisten mit allen betroffenen Akteuren eine Bestandsaufnahme über den Zustand der
1503 Natur durchführen, die ausführlich über die Entwicklung in den einzelnen Bereichen
1504 informiert. Eine effiziente Umwelt- und Naturschutzpolitik kann aber nur gelingen,
1505 wenn Umwelt-, Wasserwirtschafts- und Forstbehörden im Verantwortungsbereich des
1506 Umweltministeriums zusammengeführt und die Natur- und Umweltschutzdienste
1507 organisatorisch gestärkt werden.

1508 Die Sozialisten werden zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung im ländlichen
1509 Raum die Attraktivität dieser Gegenden durch Ausweisung und Entwicklung von
1510 Landschaftsschutzgebieten steigern. Die Landschaft und die Natur müssen wieder
1511 zunehmend als Lebensraum des Menschen verstanden werden. Deshalb werden die
1512 Sozialisten Empfangszentren für die grössten Schutzgebiete schaffen. Synergien
1513 zwischen den Empfangseinrichtungen der Naturschutzgebiete und den
1514 Wirtschaftsakteuren im ländlichen Raum, also Landwirte, Gastronomiebetriebe und
1515 Handwerker, werden gefördert.

1516 Sanfte Freizeit- und Tourismusaktivitäten in der unmittelbaren Umgebung von
1517 ausgewiesenen Naturschutzgebieten wirken sich vorteilhaft auf das
1518 Naturschutzempfinden aus. Die Sozialisten werden diese Aktivitäten ebenso fördern wie
1519 den Verkauf von Produkten aus dem biologischen Anbau und aus der lokalen
1520 Handwerkerschaft. Um die Lebensqualität der Menschen zu steigern, werden die
1521 Sozialisten sowohl naturnahe Stadtparks mit hohem Naturerlebniswert für die
1522 Menschen einrichten, als auch die öffentlichen Räume in den Ortschaften nach
1523 ökologischen Kriterien und unter Einbezug kulturhistorischer Referenzen gestalten.

1524 • ***Reine Luft, sauberes Wasser, unbelastete Böden***

1525 Eine wichtige Priorität muss der Wasserschutz geniessen, besonders um die Qualität der
1526 Trinkwasserversorgung aufrechtzuerhalten. Die Sozialisten werden deshalb weitere
1527 Quellenschutzgebiete ausweisen und die Umsetzung des nationalen
1528 Kläranlagenprogramms beschleunigen, damit keine Abwässer mehr ungeklärt in die
1529 Flüsse und Bäche gelangen. Vorrangig wird der Bau von Kläranlagen in der

1530 Moselregion sowie die landesweite Modernisierung bestehender Anlagen in Angriff
1531 genommen.

1532 Desweiteren wird die Politik der naturnahen Gestaltung unserer Fluss- und Bachläufe
1533 fortgesetzt. Die Sozialisten werden alle Anstrengungen unterstützen, um in unseren
1534 Wasserläufen einen besseren ökologischen Zustand zu erreichen, Lebensräume für Tiere
1535 und Pflanzen zu erschliessen, die Qualität unserer Gewässer zu verbessern und der
1536 Hochwasserproblematik entgegenzuwirken. Hochwasserkatastrophen bewirken hohe
1537 volkswirtschaftliche Schäden. Die Sozialisten sprechen sich deshalb für eine höhere
1538 staatliche Beteiligung an Hochwasserschutzmassnahmen aus, welche die Gemeinden
1539 vornehmen.

1540 Die Sozialisten wollen eine stärkere Verankerung des vorsorgenden Bodenschutzes und
1541 der Beschränkung der Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung in einem
1542 Bodenschutzgesetz anstreben. Ein Konzept zur Verringerung der
1543 Flächeninanspruchnahme und der Versiegelung durch eine intensivere Nutzung von
1544 Gewerbeflächen und für die verstärkte Nutzung von Industriebrachen und Altstandorten
1545 wird erstellt. Die Sozialisten setzen sich dafür ein, dass das Altlastenkataster, ein
1546 wichtiges Instrument im Rahmen der Landesplanung, schnellstmöglich fertiggestellt
1547 wird.

1548 Der Einsatz von Düngemitteln wie Klärschlamm, Gülle und Mineraldünger darf nicht
1549 zu einer schleichenden Anreicherung von Schadstoffen in den landwirtschaftlichen
1550 Böden und so zu einer Belastung des Grund- und Oberflächenwassers führen. Die
1551 Sozialisten treten für konsequente Grenzwerte ein, um die Erzeugung von gesunden
1552 Nahrungsmitteln auf sauberen Böden zu gewährleisten. Auch werden die Sozialisten
1553 jedes Jahr zum Auftakt der Fischereisaison die Resultate der Wasseranalysen unserer
1554 Hauptfischereigewässer veröffentlichen und Empfehlungen über den Fischverzehr
1555 aussprechen.

1556 Unsere Industriegesellschaft produziert in einem immer grösserem Masse
1557 Luftschadstoffe, die Mensch und Umwelt stark belasten. Es ist erklärtes Ziel der
1558 Sozialisten, eine starke Verminderung schad- und klimarelevanter Stoffe anzustreben.
1559 Eine adäquate Vorsorgepolitik soll die bestehenden Belastungen durch Luftschadstoffe

1560 herabsetzen. Die Sozialisten stehen für eine transparente Informationspolitik in diesem
1561 Bereich und werden der Bevölkerung den Zustand der Luftbelastung und die daraus
1562 folgenden Verseuchungen der Böden/Gärten durch geeignete Kartographierungen
1563 aufzeigen. Die Ergebnisse dieses nationalen Luftreinhalteplans werden jährlich
1564 veröffentlicht. Im Bereich der stark zunehmenden Zahl von Dieselfahrzeugen wird die
1565 Schadstoffbelastung durch krebserregende Russpartikel für Mensch und Umwelt weiter
1566 steigen. Um dies zu verhindern, werden die Sozialisten ein finanzielles
1567 Anreizprogramm beim Erwerb von Hybridautos fördern.

1568 • ***Eine harmonische Raumplanung ist vonnöten***

1569 Der Handlungsbedarf in den Bereichen Landesplanung und Urbanismus ist heute
1570 dringender denn je. Der planlosen Zersiedelung und Bebauung des Landes muss Einhalt
1571 geboten werden, unter anderem durch die Bevorzugung von Altbaurenovierungen
1572 gegenüber Neubauten. Die Regionalpläne sind für eine kohärente Landesplanung
1573 unabdingbar und stellen ein wichtiges Glied zwischen der gesamtstaatlichen
1574 Raumordnungspolitik und den kommunalen Entwicklungsstrategien dar. Daher sollen
1575 die Gemeinden an der Aufstellung der Regionalpläne aktiv mitwirken.

1576 Eine auf regionale Ausgewogenheit bedachte Dezentralisierung von administrativen,
1577 kulturellen, sportlichen und sozialen Einrichtungen ist im Interesse einer grösseren
1578 Bevölkerungsnähe, verkürzt (Arbeits-)Wege, entlastet die Bewohner der Hauptstadt und
1579 stärkt die regionalen Zentren. Deswegen werden die Sozialisten eine konsequente
1580 Politik der Dezentralisierung betreiben. Sie werden ebenfalls dafür sorgen, dass die
1581 Revalorisierung der Industriebrachen vorangetrieben und hohen landesplanerischen
1582 Qualitätsansprüchen gerecht wird.

1583 Die Sozialisten werden die nötigen finanziellen Anreize für eine erfolgreiche
1584 Regionalplanung schaffen. Um den Bürgern aller Regionen eine hohe Lebensqualität zu
1585 ermöglichen, treten sie für die Schaffung von « Fonds für regionale Entwicklung » ein.
1586 Regionalpolitisch relevante Projekte sollen mit diesen finanziellen Mitteln bezuschusst
1587 werden.

1588 • ***Für umweltgerechte Infrastrukturen***

1589 Unsere Wirtschaft lebt von effizienten Infrastrukturen in den Bereichen Verkehr,
1590 Energiebereitstellung, Telekommunikationen, Wasser- und Abfallwirtschaft sowie
1591 Gewerbebezonen. Die Sozialisten werden für möglichst effiziente Infrastrukturen sorgen,
1592 wobei Respekt der Umwelt, Schutz der Gesundheit und Lebensqualität Vorrang haben.
1593 Das heisst, dass notwendige Infrastrukturen so anzulegen sind, dass ihre negativen
1594 Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt so gering wie möglich bleiben.

1595 Damit unter Berücksichtigung des Kyoto-Abkommens die industriellen Aktivitäten
1596 weiterhin aufrechterhalten und ausgebaut werden können, muss eine Verkehrswende
1597 eingeleitet werden. Das Transport- und Verkehrswesen muss einen wesentlichen Beitrag
1598 zur Reduktion der CO₂- sowie der Schadstoff- und der Lärmemissionen leisten. Die
1599 Sozialisten werden deshalb in der nächsten Legislaturperiode den Ausbau des
1600 öffentlichen Transports vorantreiben. Ein massiver Ausbau des Autobahn- und
1601 Strassennetzes ist mit den Sozialisten nicht zu bewerkstelligen. Das derzeitige
1602 Autobahnnetz muss allerdings sicherer gestaltet werden, wobei lokale Engpässe zu
1603 beseitigen sind. Das gleiche gilt für das nationale Strassennetz. Erforderlich sind auch
1604 lokale Umgehungsstrassen zur Reduzierung des Durchgangs- und vor allem des
1605 Schwerverkehrs, die allerdings nicht zu autobahnähnlichen Verbindungsstrassen
1606 ausgebaut werden dürfen. Zur Reduzierung des gewerblichen Güterverkehrs soll eine
1607 europaweite Schwerverkehrsabgabe für den Gütertransport eingeführt werden.

1608 In der Energiepolitik werden die Sozialisten der Produktion von erneuerbarer Energie
1609 den Vorzug geben. Doch auch Energie, die aufgrund von Sonne, Wind, Wasser und
1610 ähnlichen sanften Quellen erzeugt wird, muss transportiert werden. Wo immer möglich,
1611 sollen diese Transportnetze unterirdisch verlegt werden. Die Sozialisten nehmen die
1612 Gesundheitsgefährdung durch „Elektrosmog“ ernst und bauen auf das Vorsorgeprinzip
1613 und verbindliche Bürgerbeteiligung bei der Genehmigung neuer Anlagen. Sie setzen auf
1614 Transparenz, indem die Funkantennenstandorte in einem adäquaten Kataster aufgelistet
1615 und die daraus resultierenden Belastungen für die Bevölkerung erkennbar werden.
1616 Verbindliche Immissionsrichtwerte werden reglementarisch festgeschrieben. Eine
1617 spezifische Fachabteilung innerhalb der Umweltverwaltung soll mit der Durchführung
1618 dieser Aufgaben betraut werden und als Ansprechpartner für die Bevölkerung gelten.

1619 Parallel zur Förderung konkreter Abfallvermeidungs- und
1620 Wiederverwertungsmassnahmen wird die Schaffung der notwendigen Infrastrukturen
1621 für eine koordinierte und effiziente ökologische Abfallwirtschaft vorangetrieben.
1622 Ausserdem wird die Sicherung der notwendigen Entsorgungsinfrastrukturen nach
1623 bestem Stand der Technik garantiert. Die Sozialisten werden die Ansiedlung neuer
1624 Betriebe fördern, die im Bereich der Abfallwiederverwertung sowie der Schaffung von
1625 Sekundärrohstoffen tätig sind. Somit können neue Wirtschaftszweige mit den Vorgaben
1626 des Umweltschutzes und der Ressourcenschonung harmonisch vereinbart werden.

1627 Damit Industrie und Gewerbe sich entfalten und damit die Schaffung von neuen
1628 Arbeitsplätzen erfolgen kann, sind Gewerbezonon unabdingbar. Die Sozialisten werden
1629 dafür Sorge tragen, dass das bestehende Netz der nationalen, regionalen und lokalen
1630 Gewerbezonon optimal ausgenutzt und nur unter Berücksichtigung landesplanerischer
1631 Aspekte gegebenenfalls ausgebaut und wenn möglich an den Schienenverkehr
1632 angebunden wird. Staatliche Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen dabei
1633 transparent sein und den Bürgern ein reales Mitspracherecht einräumen.

1634 • ***Eine Energiewende einleiten***

1635 Eine umweltverträgliche Energiebereitstellung und -nutzung ist die wichtigste
1636 Voraussetzung, um der Luftverschmutzung entgegenzuwirken. Deshalb werden die
1637 Sozialisten auf eine Energiewende mit im wesentlichen zwei Kernpunkten setzen:
1638 Energieeinsparung und vorrangiger Einsatz erneuerbarer Energien. Jede Kilowattstunde,
1639 die nicht verbraucht wird, schont die Ressourcen und trägt zum Klimaschutz bei. Mit
1640 der modernen Technik eröffnen sich viele Möglichkeiten, um Energie zu sparen, ohne
1641 dadurch an Komfort oder an Lebensqualität einzubüssen.

1642 Langfristig ist die Energieversorgung der Erde nur durch den Einsatz erneuerbarer
1643 Energiequellen wie Sonne, Wasser, Biomasse oder Wind möglich, denn Kohle, Erdöl
1644 und Gas gehen in absehbarer Zukunft zur Neige. Je früher wir auf die verstärkte
1645 Nutzung erneuerbarer Energien setzen, desto sicherer ist die zukunftsfähige
1646 Entwicklung unserer modernen Gesellschaft. Staat und Gemeinden haben in diesem
1647 Zusammenhang bei der Energieversorgung öffentlicher Gebäude eine Vorreiterrolle zu
1648 spielen.

1649 Die Sozialisten werden alternative Energiequellen, Energieeinsparungen durch
1650 Isolierungsmassnahmen und den Einsatz wenig energieintensiver Geräte durch gezielte
1651 Subventionierung attraktiv und konkurrenzfähig machen. Passiv- und
1652 Niedrigenergiehäuser sowie die energetische Modernisierung von bestehenden
1653 Gebäuden werden finanziell vom Staat begleitet. Desweiteren wird die Einführung
1654 städtebaulicher Energiekonzepte im Rahmen von Wohnungs- und Siedlungsbau
1655 unterstützt.

1656 Luxemburg verfügt über ein grosses Potential natürlicher Energieressourcen (Sonne,
1657 Biomasse, Biogas), das jedoch in ungenügender Weise genutzt wird. In der
1658 Energiepolitik werden die Sozialisten einer nachhaltigen Nutzung dieser einheimischen
1659 Energieressourcen den Vorzug geben. So soll für den Energieträger „Holz“ eine
1660 strukturierte Aufbereitungs- und Vermarktungsschiene aufgebaut werden, um diesen
1661 hochwertigen Brennstoff einer breiten Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Die
1662 Sozialisten wollen ein Netz lokaler öko-effizienter Energiezentralen aufbauen und die
1663 so gewonnene Energie über geeignete Infrastrukturen (wie Wärmenetze) an die
1664 anliegenden Industrie- und Wohngebiete verteilen.

1665 Durch eine Effizienzsteigerung beim Einsatz von Energie, Rohstoffen und anderen
1666 Materialien wird eine Kostenentlastung bei den Unternehmen und eine Verbesserung
1667 der Wettbewerbsfähigkeit möglich. Mehr Öko-Effizienz stärkt vor allem den
1668 Mittelstand und das Handwerk, entlastet die öffentlichen Haushalte und ermöglicht eine
1669 höhere Umweltqualität Die Sozialisten werden Projekte fördern, welche die nötigen
1670 Voraussetzungen für eine derartige Innovationsstrategie erfüllen.

1671 Die Sozialisten werden dafür Sorge tragen, dass die internationalen Verpflichtungen im
1672 Bereich des Klimaschutzes und der rationalen Nutzung von Energie eingehalten
1673 werden, dies vorrangig durch Massnahmen in Luxemburg selbst. Zusätzliche
1674 Massnahmen werden in Drittweltländern durchgeführt, um die modernen Technologien
1675 rationaler Energienutzung in diese Länder zu exportieren. Die Sozialisten werden das
1676 europäische CO2-Emissionshandelsystem für Betriebe zu einem leistungsstarken
1677 Instrumentarium für Umwelt- und Klimaschutz aufbauen. Die zuständige nationale
1678 Stelle zum Emissionshandel wird in der Umweltverwaltung errichtet.

1679 Die Sozialisten werden die staatlichen Strukturen den Herausforderungen einer
1680 zukunftsorientierten nachhaltigen Energiepolitik anpassen, um ein koordiniertes
1681 Handeln zu sichern. Die Bereiche betreffend Energieeinsparungen, Steigerung der
1682 Energieeffizienz und Einsatz erneuerbarer Energien werden einer, dem
1683 Umweltministerium unterstellten, Energieagentur zugeordnet. Im Bereich des
1684 Handwerks wird der Beruf eines staatlich geprüften Energiefachmannes geschaffen. Auf
1685 kommunaler Ebene wird das Netz der Energieberater erweitert, welche die Gemeinden
1686 und die Privathaushalte über Energieeinsparungsmassnahmen sowie den Einsatz
1687 erneuerbarer Energien aufklären.

1688 • ***Für gesunde Lebensmittel und einen effizienten Konsumentenschutz***

1689 Die Sozialisten messen dem Verbraucherschutz einen hohen Stellenwert bei. Sie werden
1690 die Verbraucherrechte in den Bereichen Sicherheit, Information und Wahlfreiheit
1691 ausbauen und zugleich darauf hinwirken, dass Gesundheits-, Umwelt- und
1692 Sicherheitsvorschriften auch im Rahmen des europaweiten freien Verkehrs von Waren
1693 und Dienstleistungen durchgesetzt werden. Der Schutz der Verbraucher hat Vorrang vor
1694 wirtschaftlichen Interessen. Die Verbraucher müssen umfassende Informationen
1695 erhalten, damit sie Kaufentscheidungen bewusst treffen können und vor
1696 missbräuchlichen Praktiken geschützt werden. Die Sozialisten werden daher
1697 Verbraucherinteressen in allen relevanten Politikbereichen berücksichtigen, mit einem
1698 Verbraucherinformationsgesetz die Informationsrechte der Verbraucher verbessern und
1699 einen Code du consommateur erstellen und veröffentlichen. In unserer Gesellschaft soll
1700 die Vorbereitung auf das Konsumentenleben im Kindesalter beginnen. Darum werden
1701 die Sozialisten sich dafür einsetzen, dass Fragen des Konsumentenschutzes bereits in
1702 den Schulen behandelt werden.

1703 Besonders die Lebensmittelsicherheit muss weiterhin verbessert werden. Der Schutz der
1704 Verbraucher vor Gesundheitsgefahren durch mikrobielle Verunreinigungen, Rückstände
1705 von Tierarzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln hat Priorität. Dabei spielen die
1706 Tierfuttermittel als wesentliches Glied in der Lebensmittelproduktionskette eine
1707 entscheidende Rolle. Die Sozialisten setzen sich für durchgehende Sicherungssysteme
1708 in der gesamten Produktionskette ein, damit Luxemburg seine Spitzenstellung bei der
1709 Herstellung gesunder Lebensmittel weiter ausbauen kann. Deshalb wird ein Ministerium

1710 für Verbraucherschutz geschaffen, welches unter anderem die verschiedenen Aufgaben
1711 zur Sicherung gesunder Lebensmittel bündelt und effizient eingreifen kann.

1712 Die Sozialisten wollen bei der grünen Gentechnik Wahlfreiheit und Transparenz für die
1713 Verbraucher sicherstellen. Ein gentechnikfreier konventioneller, integrierter oder
1714 ökologischer Landbau muss auch zukünftig gewährleistet bleiben. Rückverfolgbarkeit
1715 und Kennzeichnung der Lebensmittel müssen sichergestellt werden, um die
1716 Wahlfreiheit der Verbraucher weiterhin zu ermöglichen. Auf EU-Ebene treten die
1717 Sozialisten beim Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen für möglichst
1718 niedrige Schwellenwerte, für die Kennzeichnung von Saatgut und aller Bestandteile
1719 eines Futter- bzw. Lebensmittels sowie für die Verbesserung des Haftungsrechts gemäss
1720 dem Verursacherprinzip ein.

1721 • ***Tiere konsequent schützen***

1722 Es obliegt der Verantwortung des Menschen, Leben und Wohlbefinden des Tieres als
1723 Mitgeschöpf zu schützen. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund
1724 Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen. Um jedem Tier eine artgerechte Haltung zu
1725 sichern und um zu verhindern, dass ihm unnötige Qualen zugefügt werden, sprechen die
1726 Sozialisten sich für die gesetzliche Verankerung und praktische Umsetzung eines
1727 konsequenten Tierschutzes aus. Dazu gehört sowohl die Verankerung des Tierschutzes
1728 in die Verfassung wie auch die Reform des Jagdgesetzes.

1729 Massenhaft aufgetretene Tierkrankheiten wie Schweinepest, BSE oder MKS haben
1730 nichts daran geändert, dass man Schlacht- und Nutztiere quer durch Europa
1731 transportiert, aus Europa in Drittstaaten verschifft oder in die EU einführt. Deshalb
1732 setzen die Sozialisten sich auf EU-Ebene für die Streichung der Exportsubventionen für
1733 Schlachttiere, für den Abbau der hohen Tierzahlen und damit der
1734 Fleischüberschussproduktion in der EU sowie für eine konsequente strafrechtliche
1735 Verfolgung und Bestrafung bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz ein.

1736

4. Fir eist Zesummeliewen heiheem

1737 **4.1. Die Demokratie neu beleben**

1738 • ***Beteiligung und Engagement aller Bürger***

1739 Das Gemeinwohl ist mehr als eine reine Addition von Partikularinteressen, es ist der
1740 Ausdruck eines gesellschaftlichen Interesses. Dieses Gemeinwohl kann nicht nur von
1741 einigen Wenigen im Staat definiert werden. Denn Demokratie heisst Beteiligung und
1742 Engagement aller Bürger. Die Sozialisten werden die Bürger durch konkrete Initiativen
1743 ermutigen, die Politik nicht als Fremdkörper oder als notwendiges Übel unserer
1744 Gesellschaft einzustufen.

1745 Auch in der repräsentativen Demokratie, wo der Bürger seinen Vertreter im Parlament,
1746 den Abgeordneten, wählt, ist eine Direktbeteiligung am politischen Geschehen von
1747 vitalem Interesse. Die Sozialisten haben deshalb als erste politische Kraft im Lande ein
1748 Referendum zur Annahme der neuen europäischen Verfassung vorgeschlagen. Im
1749 Parlament haben sie das Referendum mit Verbindlichkeitscharakter im Rahmen der
1750 Verfassungsänderung vorangetrieben. Die Sozialisten wollen desweiteren das
1751 Instrument des Referendums gezielt für tiefgreifende innen- oder europapolitische
1752 Themenkreise einsetzen. Luxemburg braucht auch ein modernes
1753 Parteienfinanzierungsgesetz. Dieses Gesetz muss auf die Beschränkung der
1754 Spendeneinnahmen sowie auf Transparenz setzen.

1755 Die Sozialisten wollen keinen autoritären Staat, sondern eine moderne
1756 Bürgergesellschaft, in der anfallende Probleme durch einen offenen Dialog und
1757 öffentliche Konsenssuche gelöst werden. Lebendige Demokratie lebt von der
1758 Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Mitverantwortung und
1759 Mitwirkung. Die Sozialisten werden daher dem engagierten Bürger in der
1760 Zivilgesellschaft Gehör verschaffen und anbieten. Das positiv kritische Engagement der
1761 Menschen kann Themen beleuchten und Wege aufzeichnen, die dem Gemeinwohl zu
1762 Gute kommen.

1763 Die Mitarbeit in Ehrenamt und Freiwilligendiensten stärkt den Gemeinsinn und die
1764 Solidarität in der Gesellschaft. Ohne den Einsatz von Tausenden unentgeltlich tätigen

1765 Menschen in Vereinen und Verbänden wäre ein harmonisches Zusammenleben nicht
1766 denkbar. Längst nicht mehr alle Aufgaben in unserem Staat lassen sich professionell
1767 und bezahlt verwirklichen, wir alle sind auf ehrenamtliches Engagement angewiesen.
1768 Dies bedeutet, dass die vielfältigen Tätigkeiten der Ehrenamtlichen in den Bereichen
1769 Soziales, Zivilschutz und Feuerwehr, Kultur, Entwicklungshilfe, Umwelt und Sport
1770 nicht nur die gebührende Anerkennung, sondern auch die notwendige Unterstützung
1771 erfahren müssen. Die Sozialisten wollen deshalb die Rahmenbedingungen des
1772 Ehrenamtes überprüfen und durch den Ausbau der Aus- und Weiterbildung sowie die
1773 Einführung eines Sonderurlaubes für ehrenamtliches Engagement verbessern.
1774 Zivilschutz und Feuerwehr werden ein professionelles Standbein erhalten. Mäzenat und
1775 andere Formen finanzieller Unterstützung von Vereinen sollen für Betriebe stärkere
1776 steuerliche Anreize erhalten.

1777 • ***Eine zeitgerechte Verfassung***

1778 Die Sozialisten wollen die Reformarbeit an unserer Verfassung zügig zu Ende bringen.
1779 Eine parlamentarische Kommission, die von allen anderen legislativen Aufgaben befreit
1780 ist, wird diese wichtige Reformarbeit abschliessen, damit Luxemburg über ein
1781 zeitgerechtes, zukunftsorientiertes Grundgesetz verfügen kann.

1782 Die Verankerung der Grundfreiheiten aus der Sicht des 21. Jahrhunderts sowie die
1783 konstitutionelle Reform der Vorrechte und Aufgaben des Grossherzogs, der Regierung,
1784 des Parlaments und der Justiz sind abzuschliessen. Eine konstruktive Zusammenarbeit
1785 mit dem Staatsrat ist hier von Interesse.

1786 • ***Justiz und Polizei effizienter gestalten***

1787 Zu einer demokratischen und sozialen Gesellschaft gehört das Bürgerrecht auf Schutz
1788 vor Verbrechen und Gewalt. Ohne öffentliche Sicherheit ist ein Leben in Freiheit nicht
1789 denkbar. Die Sozialisten wollen allen Bürgern ein Mehr an Sicherheit gewährleisten,
1790 gerade für jene, die sich private Sicherheit finanziell nicht leisten können. Auch in
1791 Zukunft gilt es, entschlossen Verbrechen, Gewalt und deren Ursachen zu bekämpfen.
1792 Die Sozialisten werden besonders das organisierte Verbrechen bekämpfen. Die beste

1793 Kriminalpolitik ist eine weitgehende Sozialpolitik. Die Sozialisten treten für gerechte
1794 und wirksame Strafen ein: Verbrechen darf sich nicht lohnen.

1795 Die Sozialisten wollen entschiedener gegen die so genannte Klein- und
1796 Alltagskriminalität vorgehen. Diebstahl, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen
1797 auf öffentlichen Wegen und Plätzen können nur durch einen weiteren Ausbau der
1798 „Nachbarschaftspolizei“ wirksam eingedämmt werden. Polizeibeamte sollen vermehrt
1799 Streifen durchführen, um die Fahndung nach flüchtigen Straftätern schnell aufnehmen
1800 und durch wahrnehmbare Polizeipräsenz präventiv wirken zu können.

1801 Lokale und regionale Sicherheits- und Präventionspläne auf vertraglicher Basis
1802 zwischen Polizei und Gemeinden, erlauben eine praxisnahe, gezielte Sicherheitspolitik
1803 im Interesse der Bürger. Durch die Reform der Polizeistrukturen wurden Präventions-
1804 und Konzertierungsausschüsse auf lokaler und regionaler Ebene eingeführt. Um eine
1805 gezieltere, kohärente Sicherheitspolitik zu gewährleisten, wird auch auf nationaler
1806 Ebene ein solcher Ausschuss geschaffen.

1807 Wir brauchen flexible Strafen, ohne grossen bürokratischen Aufwand, kostengünstig
1808 und rechtsstaatlich. Die Sozialisten wollen den Bürgerinnen und Bürgern schnell und
1809 wirkungsvoll zu ihrem Recht verhelfen. Die oft überlange Dauer der Gerichtsverfahren
1810 belastet sowohl die Opfer als auch die mutmasslichen Täter. Die Sozialisten werden das
1811 Rechtswesen einfacher, transparenter und damit bürgerfreundlicher gestalten. Die
1812 Justizbehörden werden deshalb personell verstärkt und das Strafgesetzbuch einer
1813 eingehenden Reform unterzogen, weil es in vielen Punkten, auch in prozeduralen
1814 Fragen, nicht mehr zeitgemäss ist. In einer reformierten Strafprozessordnung wird das
1815 Opfer von Strafdelikten in den Mittelpunkt gestellt. Die Rechte des Opfers werden
1816 ausgebaut und gesetzlich verankert. Um Schwerverbrechen und organisierte
1817 Kriminalität besser zu bekämpfen, wird ein Zeugenschutzprogramm eingeführt.

1818 Um die Strafgerichte zu entlasten, muss bei kleineren strafrechtlichen Vergehen die
1819 Schlichtung ausgeweitet, respektive eine schnelle und angemessene Bestrafung gemäss
1820 dem Verhältnismässigkeitsprinzip möglich sein, beispielsweise durch Arbeiten im
1821 Interesse der Allgemeinheit oder im Rahmen eines Opfer-Täterausgleichs. In diesem
1822 Zusammenhang werden die Sozialisten ausserdem die Ordnungsstrafe oder

1823 gebührenpflichtige Verwarnung, welche sich bei Vergehen im Strassenverkehr bewährt
1824 hat, auf andere leichte Zuwiderhandlungen und Vergehen ausweiten. Eine moderne
1825 Justiz sollte auch ein Schlichtungsverfahren anbieten, sofern die Konfliktparteien, in
1826 Kenntnis der Sachlage, die Mediation prinzipiell annehmen und somit
1827 Eigenverantwortung bei der Lösung ihrer Konflikte zu übernehmen bereit sind. Die
1828 Mediation als alternatives Mittel der Konfliktlösung muss unter die Bestimmungen der
1829 Rechtsbeihilfe fallen.

1830 Prioritäres Ziel eines sinnvollen Strafvollzugs muss die Resozialisierung der inhaftierten
1831 Personen sein. Dies aus humanen Gründen, aber auch aus Gründen der öffentlichen
1832 Sicherheit. Die Sozialisten werden die psycho-sozialen Begleitmassnahmen sowie die
1833 Aus- und Weiterbildungsangebote ausbauen und den inhaftierten Personen sinnvolle
1834 Beschäftigungsmöglichkeiten gegen angemessenes Entgelt anbieten, um die
1835 notwendigen Bedingungen für ein straffreies Leben nach der Entlassung zu schaffen.

1836 Minderjährige Straftäter dürfen auf keinen Fall in ein Gefängnis mit erwachsenen
1837 Straftätern inhaftiert werden. In Fällen, in denen eine Inhaftierung unumgänglich ist,
1838 müssen minderjährige Straftäter in einer geschlossenen und jugendspezifischen Anstalt
1839 untergebracht werden.

1840 • ***Recht auf Gewissensfreiheit und einen religiös neutralen Staat***

1841 Die Verfassung muss die Gewissensfreiheit garantieren. Die LSAP fordert den
1842 laizistischen Staat, d.h. den Staat der sich in Sachen Religionen und Überzeugungen
1843 Neutralität auferlegt.

1844 Ein harmonisches Zusammenleben bedingt den gegenseitigen Respekt eines jeden
1845 Einzelnen. Dazu gehört auch die Toleranz gegenüber den Religionen und den
1846 Überzeugungen, soweit sie die Grundwerte der demokratischen Gesellschaft achten. In
1847 der öffentlichen Schule soll den Kindern und Jugendlichen wesentliches Wissen über
1848 Religionen und Weltanschauungen in einem obligatorischen Fach, das sich unter
1849 anderem auch mit den grossen Weltreligionen beschäftigt, vermittelt werden.

1850 Der laizistische Staat, in dem eine klare und absolute Trennung zwischen Religionen
1851 und staatlichen Einrichtungen besteht, bleibt das im Grundsatzprogramm erklärte Ziel
1852 der Sozialisten.

1853 **4.2. Für eine besonnene Ausländerpolitik**

1854 • *Ausländer besser integrieren*

1855 Luxemburg hat mit etwa 37% Ausländern und einem noch viel höheren Prozentsatz an
1856 ausländischen Arbeitnehmern eine von einem hohen Ausländeranteil geprägte
1857 Gesellschaft. In den Medien wie im öffentlichen Diskurs, in den Schulen wie im Berufs-
1858 und Vereinsleben soll Toleranz praktiziert werden. Andererseits gilt es, eine ebenso
1859 gefährliche « Laisser-aller-Politik » zu vermeiden.

1860 EU-Bürger und Ausländer aus Drittstaaten, die legal in Luxemburg wohnen, sollen zur
1861 Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben bewegt werden. Hauptmittel
1862 hierzu sind der Abbau wirtschaftlicher und sozialer Diskriminierungen aber auch
1863 politische Offenheit und kulturelle Partizipation. Es ist zudem notwendig, eine gezielte
1864 Integrationspolitik zugunsten der EU-Bürger und der geregelten Einwanderer
1865 vorzunehmen, z.B. über ein verstärktes Angebot an Sprachkursen sowie an
1866 Informationen über den Staat, die Gesetze und die Gepflogenheiten hierzulande.

1867 Die doppelte Nationalität und das Erlernen der in Luxemburg gepflegten Sprachen, u.a.
1868 von Luxemburgisch, sind wichtige Integrationsmittel. In der Schule muss der
1869 Vielsprachigkeit entsprochen werden, indem eine möglichst weitgehende interne
1870 Differenzierung in den Schulklassen jedem Kind möglichst gute Chancen bietet und den
1871 schulischen Misserfolg bekämpft. Was das Wahlrecht angeht, so soll die
1872 Einschreibeprozedur in die Wahllisten vereinfacht werden.

1873 • *Die Flüchtlingsproblematik differenziert betrachten*

1874 Armut, Unterentwicklung, militärische Konflikte und Menschenrechtsverletzungen sind
1875 die Ursachen für die verstärkte Immigration nach Europa und das immer dramatischer

1876 werdende Flüchtlingsproblem. Bei der eigentlichen Flüchtlingsthematik muss
1877 klargestellt werden, ob es sich um illegale Einwanderung aus Drittstaaten, um
1878 Flüchtlinge aus Krisengebieten oder um Asylsuchende im Rahmen der Genfer
1879 Konvention handelt. Allgemein kann kein Land heute die Gesamtproblematik der
1880 Einwanderung alleine bewältigen. Es benötigt dafür einen europäischen Rahmen, den es
1881 bisher nicht gibt. Die Sozialisten sprechen sich daher für eine Vergemeinschaftung und
1882 Harmonisierung der Asylpolitik aus. Dabei muss klargestellt bleiben, dass Luxemburg
1883 selbst bestimmt, wieviele Einwanderer es aus Drittstaaten aufnimmt.

1884 Was die illegale Einwanderung betrifft, so gehen alle EU-Länder mit äusserster Strenge
1885 dagegen vor. Die EU will ihre Aussengrenzen besser schützen, ein Unterfangen, an dem
1886 Luxemburg ebenfalls ein vorrangiges Interesse hat. Der Vorwurf der «Festung
1887 Europa», der manchmal etwas leichtsinnig erhoben wird, ist unangebracht, solange
1888 Europa und auch Luxemburg Entwicklungshilfe, Konfliktprävention und
1889 Menschenrechtspolitik in den Ursprungsländern der illegalen Einwanderung erweitern
1890 und verbessern. Mit diesen Ländern soll die EU Rückführungsabkommen, gekoppelt
1891 mit wirtschaftlicher Hilfe, abschliessen.

1892 Rezente Konflikte im Balkan haben viele Menschen zur Flucht veranlasst. Nach dem
1893 Krieg kam die wirtschaftliche Ausweglosigkeit, bleibender Hass zwischen
1894 Volksgruppen und Religionsgemeinschaften. Die Sozialisten wollen die Problematik
1895 der Flüchtlinge, die ab Mitte 1998 in Luxemburg eintrafen und von der ersten
1896 Regularisierung ausgeschlossen blieben, aber in der Zwischenzeit in Luxemburg gut
1897 integriert sind und als Arbeitskräfte benötigt werden, kurzfristig lösen. Bestimmte
1898 Personengruppen wie Traumatisierte, Eltern mit kleinen Kindern, Behinderte oder
1899 Minderjährige müssen besonders vor Abschiebung geschützt werden. Diese zweite
1900 Regularisierung soll einen definitiven Schlussstrich ziehen. Familien mit Kindern, die
1901 seit mindestens 3 Jahren in Luxemburg sind sowie Junggesellen oder Familien ohne
1902 Kinder, die sich schon wenigstens 5 Jahre im Grossherzogtum aufhalten, dürfen mit
1903 einer Aufenthaltsgenehmigung rechnen. Bedingung hierfür ist, dass die Asylprozedur
1904 menschenwürdig bleibt, aber administrativ so gestrafft und beschleunigt wird, dass
1905 Neuankömmlinge innerhalb weniger Wochen endgültig Bescheid über Annahme oder
1906 Ablehnung ihres Asylantrags erhalten. Die Sozialisten werden mit allen
1907 Auswanderungsländern verbindliche Rückführungsabkommen für illegale Einwanderer

1908 abschliessen und zugleich Entwicklungshilfe leisten, damit die Menschen bei sich zu
1909 Hause Arbeitsplätze und damit wirtschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten vorfinden und
1910 ein menschenwürdiges Leben führen können.

1911 Es werden jedoch immer wieder Flüchtlinge, bzw. Asylsuchende aus fremden Ländern
1912 bei uns um Hilfe und Aufnahme bitten. Dieses Recht, das von der Genfer Konvention
1913 anerkannt ist, darf nicht in Frage gestellt werden. Hierfür muss der Staat sich für den
1914 Erstempfang geeigneter Strukturen zulegen. Die Sozialisten treten in diesem
1915 Zusammenhang dafür ein, dass alle Dienststellen, die sich mit der Zuwanderung
1916 befassen, in einem einzigen, eventuell neuzuschaffenden Ministerium zusammengelegt
1917 werden.

1918 **4.3. Öffentliche Dienstleistungen: bürgernah und modern**

1919 • *Öffentliche Dienstleistungen: ein Grundrecht der Bürger*

1920 Die Sozialisten sind sich bewusst, dass auf EU-Ebene und bei der
1921 Welthandelsorganisation starke Tendenzen bestehen, um den öffentlichen
1922 Dienstleistungsbereich zu liberalisieren und zu privatisieren. Es hat sich aber erwiesen,
1923 dass die Zerschlagung des öffentlichen Dienstes keine gute Erfahrung und die
1924 schleichende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen keine Lösung darstellt.
1925 Besonders die Basisversorgung des Bürgers gerät in Gefahr, wenn nur Profitdenken
1926 vorherrscht. Die Sozialisten wollen deshalb einen starken, flexiblen und effizienten
1927 öffentlichen Dienst. Er soll die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der
1928 Gesellschaft aktiv begleiten und seine Strukturen und Funktionsweisen an die
1929 Anforderungen unserer Zeit anpassen. Voraussetzung hierfür sind allerdings klare, von
1930 der Verwaltung umsetzbare politische Zielvorgaben, die einem kohärenten
1931 Gesamtkonzept entspringen.

1932 Weil die Sozialisten davon überzeugt sind, dass die öffentlichen Träger auch
1933 kommerzielle Aktivitäten zur Zufriedenheit und vor allem im Interesse der Bürger
1934 ausführen können, sofern die nötigen Rahmenbedingungen bestehen, werden sie die
1935 gesetzlichen Grundlagen und administrativen Vorbedingungen dafür schaffen, dass alle

1936 öffentlichen Träger auch kommerzielle Aktivitäten, z.B. im Rahmen von
1937 „établissements publics (communaux)“, ausüben können. Dies gilt insbesondere für die
1938 Gemeinden, die den europäischen Liberalisierungsdirektiven oftmals nur mit der
1939 Gründung von privatrechtlichen Gesellschaften begegnen können.

1940 Das Recht auf öffentliche Dienstleistungen ist ein Grundrecht der Bürger. Für die
1941 Sozialisten beruht die Idee des öffentlichen Dienstes auf der Überzeugung, dass
1942 bestimmte Aktivitäten, die elementare Bedürfnisse des Menschen befriedigen, nicht der
1943 Logik des freien Marktes untergeordnet sein dürfen. Als Fundament des sozialen
1944 Zusammenhalts muss der öffentliche Dienst allen Bürgern den gleichen Zugang zu
1945 qualitativ hochwertigen, dauerhaft und dezentral angebotenen Dienstleistungen und
1946 Gütern ermöglichen, sei es im Bereich der Gesundheits- und Altersfürsorge, der
1947 Schulausbildung und Kinderbetreuung, der allgemeinen Sozialdienste, der Transport-,
1948 Kommunikations-, Energie- und Wasserversorgung, der Sicherheit oder auch der
1949 kulturellen und sportlichen Betätigung. Auch im Wohnungsbau gehören öffentliche
1950 Anreize und Hilfen zur Daseinsfürsorge.

1951 Die Bereitstellung dieser Dienste muss von der öffentlichen Hand garantiert und
1952 demokratisch kontrolliert, d.h. von ihr erbracht oder unter klaren Bedingungen in
1953 Partnerschaft mit anderen Leistungserbringern ausgeführt werden. In diesem
1954 Zusammenhang ist die Ausarbeitung eines Rahmengesetzes nötig, das die zu
1955 erfüllenden Kriterien für die Schaffung und das Funktionieren öffentlicher
1956 Einrichtungen sowohl auf staatlicher als auch auf kommunaler Ebene festlegt.

1957 • ***Dienst am Bürger und an den wirtschaftlichen Akteuren***

1958 Im Mittelpunkt des Wirkens öffentlicher Stellen muss der Dienst am Bürger und an den
1959 wirtschaftlichen Akteuren stehen. Deshalb wollen die Sozialisten dezentrale
1960 Beratungsstellen für den Bürger schaffen („guichets uniques“), die alle Anträge an die
1961 Verwaltungen entgegennehmen und den Umgang mit teils komplizierten
1962 Verwaltungsprozeduren erleichtern. Dazu gehört auch die Veröffentlichung eines
1963 „Guide de l'administré“, um Kompetenzverteilungen und wichtige Gesetze zu erläutern
1964 sowie Verwaltungsentscheidungen nachvollziehbarer zu machen. Elektronische Mittel

1965 wie z.B. das Internet sollen den einzelnen Bürgern ermöglichen, direkt mit der
1966 Verwaltung in Verbindung zu treten sowie Formulare abzurufen und auszufüllen.

1967 Die Sozialisten werden die öffentlichen Verwaltungen behindertengerecht ausrichten,
1968 kundenfreundlichere Öffnungszeiten verwirklichen und unzulässige Wartezeiten
1969 abbauen. Gleichzeitig werden Genehmigungs- und Bearbeitungszeiten verkürzt und
1970 Fristen eingesetzt, nach deren Ablauf ein Antrag als genehmigt gilt. Auch müssen die
1971 Auszahlung der vom Staat geschuldeten Prämien, Unterstützungen und Rechnungen
1972 beschleunigt und Rechnungsschulden verzinst werden.

1973 In einer Zeit wirtschaftlicher Umbrüche hat die öffentliche Hand im Geiste der
1974 Solidarität den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten. Als öffentlicher
1975 Arbeitgeber haben Staat und Gemeinden eine soziale Funktion, die nach dem
1976 Dafürhalten der Sozialisten Bestandteil ihres Aufgabengebietes ist. Durch eine aktive
1977 Beschäftigungspolitik, d.h. durch die Schaffung und Aufrechterhaltung von
1978 Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich, respektive durch die Unterstützung
1979 gemeinnütziger Beschäftigungsinitiativen können Staat und Gemeinden dazu beitragen,
1980 dass die aktuelle Beschäftigungssituation sich nicht noch weiter verschlechtert. Die
1981 Privatwirtschaft kann diese soziale Aufgabe nur schwer erfüllen. Der Staat und die
1982 Gemeinden hingegen stehen in der Pflicht, sie wahrzunehmen. Die Sozialisten werden
1983 deshalb einen gesetzlichen Rahmen für die sogenannte Solidarwirtschaft schaffen, der
1984 diesen Wirtschaftszweig fördert. Ebenfalls soll der Staat bei zeitbegrenzten
1985 Arbeitsverträgen das bestehende Arbeitsrecht respektieren.

1986 • ***Ein moderner und effizienter Staat***

1987 Wachstum und Beschäftigung eines Landes und damit die Lebensqualität seiner
1988 Bürgerinnen und Bürger hängen auch davon ab, wie effizient und auf welche Art und
1989 Weise der Staat seine Dienstleistungen erbringt. Die Sozialisten werden die öffentlichen
1990 Dienstleistungen im Interesse aller Bürger weiterentwickeln und an die veränderten
1991 Bedürfnisse anpassen. Die einzelnen Ministerien und Verwaltungen funktionieren
1992 immer noch allzu oft isoliert voneinander. Horizontale Zusammenarbeit und
1993 Kommunikation werden mit den Sozialisten gefördert, ohne die jeweiligen
1994 Eigenständigkeiten der verschiedenen Kompetenzträger in Frage zu stellen.

1995 Die öffentliche Verwaltung ist desweiteren gefordert, ihre Arbeitsweise den
1996 Anforderungen der Informations- und Kommunikationsgesellschaft anzupassen und
1997 dadurch ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden. Die neuen Informations- und
1998 Kommunikationsmittel müssen vermehrt genutzt werden, um die Transparenz und die
1999 Bürgerbeteiligung zu erhöhen sowie den Zugang zu offiziellen Dokumenten zu
2000 ermöglichen. Vor allem die interaktive Nutzung der EDV-Instrumente wurde bisher viel
2001 zu zögerlich eingesetzt. Nach Möglichkeit sollen Formulare (z.B. Steuererklärungen)
2002 über diesen Weg ausgefüllt sowie Wissen und Dienstleistungen bereitgestellt und
2003 ausgetauscht werden.

2004 Ein effizienter Staat braucht ausreichendes, motiviertes und qualifiziertes Personal. Die
2005 Qualität der öffentlichen Dienstleistungen ist auch von einer bestmöglichen
2006 Qualifikation der Beamten, vorbildlichen Arbeitsbedingungen, einer praxisorientierten
2007 Weiterbildung und modernen Arbeitsmitteln abhängig, damit diese den Aufgaben
2008 entsprechen können, die ihnen anvertraut werden. Die Sozialisten bekennen sich zum
2009 öffentlichen Dienst und damit zum öffentlich-rechtlichen Statut sowie der
2010 entsprechenden Besoldungspolitik. Sie tritt nicht nur bei Lohnverhandlungen für einen
2011 permanenten Dialog mit allen im öffentlichen Sektor aktiven Gewerkschaften ein.

2012 Der öffentliche Dienst muss den Ansprüchen, die er an andere stellt, auch selbst
2013 genügen. Neben der Definition der zu erbringenden Leistungen sind die angestrebten
2014 Resultate deshalb klarer festzulegen. Die Ergebnisse öffentlichen Handelns müssen
2015 systematischer gemessen und evaluiert werden. Staatliches Handeln kann nicht nach
2016 Rentabilitätskriterien erfolgen, muss aber im Interesse der Steuerzahler effizient sein.

2017 **4.4. Ein höherer Stellenwert für die Gemeinden**

2018 • *Eine partnerschaftliche Aufteilung der Aufgaben*

2019 Nicht nur der Staat, sondern auch die Gemeinden stehen in der Pflicht, ein auf die
2020 Bedürfnisse ihrer Einwohner ausgerichtetes Angebot an öffentlichen Dienstleistungen
2021 und Infrastrukturen bereitzustellen. Durch die Entwicklung unserer Gesellschaft haben
2022 die Aufgaben der Gemeinden sich verändert und stark ausgeweitet.

2023 Jeder Bürger hat, unabhängig von der Grösse seiner Gemeinde, das Recht auf gleiche
2024 Unterstützung und auf die gleichen Angebote. Es bleibt das Ziel der Sozialisten, eine
2025 gleichwertige Lebensqualität in allen Gemeinden des Landes zu garantieren. Deshalb
2026 muss die regionale Gewährleistung einiger Aufgaben, zum Beispiel im Bereich der
2027 Transport-, Kultur-, Umwelt oder Abfallpolitik weiter vorangetrieben werden. Diese ist
2028 besonders wichtig um ein flächendeckendes Angebot auch dort anzubieten, wo einzelne
2029 Gemeinden dies nicht alleine schaffen. Eine Neudefinierung der territorialen Einteilung
2030 unseres Landes und freiwillige Fusionen unter kleineren Gemeinden stellen weitere
2031 Möglichkeiten dar, um dieses Ziel zu erreichen. Sie müssen deshalb vom Staat begleitet
2032 und unterstützt werden.

2033 • ***Neue Aufgaben erfordern neue Mittel***

2034 Staat und Gemeinden sollten in einem partnerschaftlichen Verhältnis zum Wohle der
2035 Bürgerinnen und Bürger arbeiten. Zusätzliche, über die Basismissionen hinausgehende
2036 Aufgaben sind ohne Zweifel auf Gemeindeebene zu gewährleisten, jedoch sollten sie
2037 transparent zwischen Staat und Gemeinden geregelt und bei ihrer Finanzierung eine
2038 gerechte Lastenverteilung respektiert werden. Die Sozialisten wollen diese überfällige
2039 Aufgaben- und Kompetenzaufteilung zwischen Staat, Gemeinden und Syndikaten
2040 endlich verwirklichen und verbindlich niederschreiben. Sie werden auch ein soziales
2041 Statut für kommunale Mandatäre schaffen.

2042 Die Zuwendungen des Staates an die Gemeinden dürfen nicht länger zweckgebunden
2043 sein und müssen auf einer stabilen, an der Entwicklung des Staatshaushalts sich
2044 stützenden Grundlage beruhen. Die Gemeinden müssen auch eigenmächtig über
2045 zusätzliche finanzielle Mittel verfügen können. So sollten die Grundsteuer modernisiert
2046 und kommunale Abgaben umwelt- und sozialpolitischen Tatbeständen durch gestaffelte
2047 Abwasser-, Energie- oder Abfallentsorgungstarife Rechnung tragen können.

2048 Eine ganze Reihe unnötiger Genehmigungsprozeduren könnten entfallen, wenn man den
2049 Gemeinden mehr Eigenverantwortung einräumen würde. In diesem Sinne ist eine
2050 Reform der staatlichen Genehmigungsprozeduren und Kontrollmechanismen unbedingt
2051 nötig, da diese der jetzigen Zeit nicht mehr angepasst sind. Zu viele Instanzen müssen
2052 durchlaufen werden, bevor die Gemeindeverantwortlichen grünes Licht für ihre

2053 Vorhaben erhalten. Eine zentrale staatliche Anlaufstelle soll sich um die schnelle
2054 Abwicklung der kommunalen Anträge kümmern, insbesondere bei grösseren
2055 Bauvorhaben, die der Genehmigungen mehrerer Ministerien bedürfen. Die Sozialisten
2056 werden schliesslich die Gemeindegesetzgebung abändern, damit die Gemeinden auch in
2057 einem liberalisierten Umfeld alle kommerziellen Aktivitäten direkt, ohne auf die
2058 Gründung von privatrechtlichen Gesellschaften zurückgreifen zu müssen, ausüben
2059 können.

2060 **4.5. Luxemburg braucht einen nationalen Gesundheitsplan**

2061 • *Der Patient im Mittelpunkt*

2062 Die Sozialisten streben eine Gesundheitssicherung an, bei der die Interessen der
2063 Patienten Vorrang erhalten. Unabhängig von Alter und Einkommen muss jedem
2064 Patienten eine Behandlung zuteil kommen, die dem letzten medizinischen Stand
2065 entspricht, ihn und sein Umfeld mit einbezieht und auf seine Zukunft ausgerichtet ist.
2066 Alle Bürger haben das Recht auf die freie Wahl des Arztes und Anspruch auf die
2067 wirksamste Behandlungsmethode.

2068 Der Patient hat neben seiner Eigenverantwortung für seine Gesundheit Rechte, die es
2069 auszubauen und zu verteidigen gilt. Im Sinne des Patientenschutzes und der
2070 nachhaltigen Entwicklung der Leistungen soll auch und gerade das Gesundheitswesen
2071 einer kritischen Analyse unterzogen werden. Zweckmässigkeit und Qualität der
2072 erbrachten Leistungen von Kranken- und Pflegehäusern, Ärzten und anderen
2073 Leistungserbringern, müssen hinterfragt werden können. Diese Dienste sollen objektiv
2074 evaluiert und anhand von internationalen Standards verglichen sowie gegebenenfalls
2075 verbessert werden können. In diesem Sinne sollen Qualitätskriterien bei allen
2076 Leistungsanbietern eingeführt werden.

2077 Die Gesundheitspolitik in Luxemburg beschränkt sich zur Zeit auf die Umsetzung des
2078 Spitalplans. Dies ist in den Augen der Sozialisten zwar nötig, aber nicht ausreichend.
2079 Deshalb werden sie ein vernetztes Gesundheitskonzept fördern und einen nationalen
2080 Gesundheitsplan ausarbeiten, in dem die verschiedenen Bereiche des

2081 Gesundheitswesens -Prävention, Grundversorgung, Notdienste, Krankenhäuser,
2082 Heimpflege und Rehabilitation- endlich ineinander greifen und sich ergänzen.

2083 Um auf Dauer eine nachhaltige Entwicklung unseres Gesundheitssystems und seiner
2084 finanziellen Absicherung zu garantieren, wollen die Sozialisten eine auf die Bedürfnisse
2085 der Bürger ausgerichtete Gesundheitspolitik, die rationell und effizient organisiert ist,
2086 mit messbaren Resultaten, klaren Verantwortlichkeiten und dauerhaftem
2087 Verbesserungspotential.

2088 • ***Für gesunde Krankenkassen***

2089 In einer Gesellschaft, die sich dem Solidaritätsprinzip verpflichtet fühlt, müssen die
2090 Gesunden für die Kranken einstehen. Notwendige Anpassungen des
2091 Krankenversicherungsgesetzes dürfen zu keiner Qualitätseinbusse der medizinischen
2092 Versorgung führen. Die Sozialisten werden gewährleisten, dass die Vorteile unseres
2093 Systems, wie z.B. die freie Wahl des Arztes für Jeden, die allgemeine
2094 Versicherungspflicht, die obligatorische Konventionierung der Ärzte und anderer
2095 Leistungserbringer sowie der Schutz der Versicherten auch in Zukunft erhalten bleiben.

2096 Die Krankenkassenbeiträge müssen angemessen bleiben. Gesundheit mag individuell
2097 gesehen keinen Preis haben, aber sie hat einen Kostenpunkt. Deshalb muss eine
2098 effiziente Gesundheitspolitik sich einer kritischen Kostenanalyse stellen. Nur eine
2099 effiziente Kostenkontrolle führt zu bestmöglichen Leistungen im Sinne der
2100 Versicherten. Leistungsanbieter und -empfänger müssen einer strengeren Kontrolle
2101 unterworfen werden. Desweiteren wird die von der Tripartite in Auftrag gegebene
2102 Studie erweisen, ob ein einheitliches Statut für Arbeiter und Angestellte die Fusion der
2103 verschiedenen Krankenkassen ermöglichen und damit die Verwaltungskosten spürbar
2104 senken könnte.

2105 Seit einigen Jahren ist ein schleichender Abbau des Leistungskataloges der gesetzlichen
2106 Kassen zu beobachten. Auch sind verschiedene medizinische Leistungen teurer
2107 geworden, ohne dass die maximale Beteiligung der Kassen angepasst wurde. Die
2108 finanzielle Belastung der Versicherten durch Eigenbeteiligung muss nach dem
2109 Dafürhalten der Sozialisten aber sozialverträglich bleiben. Deshalb wird der Prozentsatz

2110 des verfügbaren Einkommens, ab dem die Versicherten allen Eigenbeteiligungen
2111 enthoben werden, reduziert.

2112 Chronisch Kranke bekommen ein Anrecht auf vollständige Rückerstattung ihrer
2113 Ausgaben. Bei Belegung von Einbettzimmern soll der Aufschlag von 60% auf
2114 medizinischen Leistungen nicht mehr erhoben werden. Die Erneuerungsfristen bei
2115 Zahnersatz sowie verschiedene materialbedingte Leistungsbegrenzungen bei
2116 Zahnfüllungen wollen die Sozialisten im Interesse des Patienten anpassen. Die
2117 Verallgemeinerung des "tiers payant" für Krankenhausleistungen und in den Apotheken
2118 gehört heute für die Versicherten zur Normalität. Dieses Prinzip sollte ebenfalls auf alle
2119 ärztlichen Leistungen ausgedehnt werden.

2120 • ***Die Präventivmedizin: Fundament einer effizienten Gesundheitspolitik***

2121 Aus den Krankenkassen müssen Gesundheitskassen werden. Wenn genügend Mittel für
2122 die Prävention vorhanden sind, wird sich dies mittel- bis langfristig für die
2123 Krankenkassen auszahlen und positiv auf die Lebensqualität der Menschen auswirken.
2124 Die Kosten für gezielte und nachweisbar effiziente Programme oder wissenschaftlich
2125 begleitete Pilotprojekte in der Präventivmedizin sollen deshalb von den Krankenkassen
2126 zurückerstattet werden.

2127 Wenn von Gesundheitspolitik geredet wird, ist allzu oft Krankheitspolitik gemeint:
2128 Kranke sollen gesunden. Vorbeugen ist allerdings in jeder Hinsicht besser als Heilen.
2129 Deshalb werden die Sozialisten einer nach Risikogruppen orientierten Präventivmedizin
2130 oberste Priorität geben. Dabei ist es von vorrangiger Bedeutung, die Präventivmedizin
2131 verstärkt an einem ziel- und gruppengerechten Gesamtkonzept auszurichten. Um das
2132 Risiko von Wiedererkrankungen zu verringern, ist eine effiziente Sekundärprävention
2133 durch begleitende multidisziplinäre (psycho-soziale) Betreuung notwendig. Schliesslich
2134 muss die Eigeninitiative und -verantwortung des Bürgers für seine Gesundheit stärker
2135 gefördert werden, und dies in allen Lebenslagen: in der Schule, in der Familie, in den
2136 Betrieben, beim Sport.

2137 In den Primär- und Sekundarschulen wird ein einheitliches Schulmedizinsystem
2138 eingeführt. Festgestellte Gesundheitsmängel müssen konsequenter ausgewertet und

2139 therapiert werden. Desweiteren treten die Sozialisten dafür ein, dass allen Schülern eine
2140 dem Alter angepasste Gesundheitserziehung angeboten wird, damit diese ihrer
2141 Gesundheit einen höheren Stellenwert zuordnen. Fehlernährung stellt ein immer
2142 grösseres Problem dar, auch und besonders bei Kindern und Jugendlichen. Deshalb
2143 werden Aufklärungsprogramme in allen Schulen durch Diätassistenten angeboten.

2144 Die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsdelegierten und Arbeitsmedizinern muss
2145 verstärkt werden. Eine gezielte Unfallverhütung stellt ebenfalls eine absolute
2146 Wichtigkeit dar. Bestehende nationale medizinische Dienste wie "médico-sapeur" oder
2147 "médico sportif" werden deshalb ausgebaut.

2148 Die Sozialisten werden sich dafür einsetzen, dass vorbeugende Gesundheitsleistungen
2149 und Früherkennungsmassnahmen in verstärktem Masse angeboten werden.
2150 Impfungsprogramme, insbesondere gegen Grippe bei Kindern und älteren Menschen,
2151 aber auch wissenschaftlich fundierte Früherkennungsprogramme von Krebs- und
2152 Herzkreislauferkrankungen, werden gefördert. Ähnlich des Mammographieprogrammes
2153 bei Frauen, sollen für Männer ab 50 Jahren präventive Prostata- und
2154 Darmuntersuchungen angeboten werden. Parallel hierzu werden die Sozialisten der
2155 Erfassung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten vordringliche
2156 Aufmerksamkeit widmen und vor allem die Aids-Bekämpfung verstärken. Um Aids
2157 keine Chance zu geben, werden in Schulen und öffentlichen Lokalen Kondome gratis
2158 verteilt.

2159 Die Sozialisten wollen desweiteren umweltmedizinische Einrichtungen im präventiven,
2160 diagnostischen und therapeutischen Bereich ausbauen. Anerkannte alternative
2161 Heilmethoden sollen ergänzend wirken und aufgrund einer medizinischen Diagnose und
2162 Kontrolle Anwendung finden. Die dadurch entstehenden Kosten sowie die Kosten für
2163 homöopathische Mittel sollen durch die gesetzlichen Krankenkassen getragen werden.

2164 Drogenkonsum gefährdet die Gesundheit, unabhängig davon, ob es sich um legale oder
2165 illegale Drogen handelt. Die Sozialisten sehen es als ihre vordringliche Aufgabe an,
2166 insbesondere die Kinder und Jugendlichen vor Drogenmissbrauch jeglicher Art zu
2167 schützen. Die bestehende Gesetzgebung über den Verkauf von Alkohol an Jugendliche
2168 muss konsequenter und auf breiterer Ebene angewandt werden. Desweiteren werden

2169 private und kommunale Initiativen im Bereich der Suchtprävention von den Sozialisten
2170 stärker unterstützt. Sozialarbeiter sollen in Schulen, Jugendhäusern und öffentlichen
2171 Lokalen gezielt auf die Auswirkungen aller Drogen und insbesondere der neuen
2172 synthetischen Drogen wie Ecstasy sowie der manipulierten Cannabis-Produkte
2173 aufmerksam machen.

2174 Für Tabak und Cannabis sowie seine Derivate müssen die gleichen gesetzlichen
2175 Schutzbestimmungen für Jugendliche gelten wie für Alkohol. Um zu verhindern, dass
2176 die Konsumenten dieser Drogen in Kontakt mit der kriminellen Szene kommen, darf der
2177 Konsum und Besitz von Cannabis nicht unter Strafe gestellt und der Verkauf nur über
2178 staatlich autorisierte und kontrollierte Strukturen zugelassen werden.

2179 Alkohol, Tabak und manche Medikamente machen abhängig und führen zu schweren
2180 gesundheitlichen Schäden. Die Sozialisten werden die bestehenden Programme und
2181 Strukturen für Abhängige legaler Drogen ausbauen und verbessern. Mit den Sozialisten
2182 wird der Medikamenten-, Alkohol- und Nikotinmissbrauch durch gezielte
2183 Aufklärungsprogramme konsequenter bekämpft. Im Kampf gegen die Nikotinsucht
2184 sollen auch flächendeckend spezialisierte Anti-Tabak-Konsultationen angeboten
2185 werden. Die Sozialisten stehen ebenfalls für einen verstärkten Nichtraucherschutz und
2186 werden in der nächsten Legislaturperiode ein diesbezügliches Gesetz verabschieden.

2187 • ***Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung garantieren***

2188 Die Sozialisten werden die Modernisierung des Spitalwesens wieder vorantreiben. Die
2189 konkrete Umsetzung eines kohärenten und tragfähigen Spitalplans lässt bisher auf sich
2190 warten. Die Sozialisten werden die prioritäre Aufgabe der Planung ernst nehmen, damit
2191 der Jagd nach Marktanteilen sowie dem Konkurrenzkampf verschiedener
2192 Krankenhäuser ein Ende gesetzt wird.

2193 Ein nationales Konzept für eine optimale, flächendeckende Gesundheitsversorgung der
2194 gesamten Bevölkerung kann nur verwirklicht werden, wenn die verschiedenen
2195 medizinischen Spezialitäten national und regional zur Genüge abgedeckt sind. Sinnvolle
2196 Zusammenarbeit zwischen den Spitälern kann durch finanzielle Anreize gefördert
2197 werden. Dabei darf die Grundversorgung der Bevölkerung nicht zugunsten einer

2198 extremen Zentralisierung und eines Konzentrationsprozesses bei den Infrastrukturen
2199 und Krankenhausträgern geopfert werden. Kleinere Spitäler müssen im Rahmen von
2200 Synergiebestrebungen neue Aufgaben übernehmen und auf regionale Komplementarität
2201 setzen. Pädiatriedienste müssen dezentral bleiben.

2202 Krankenhausaufenthalte nach operativen Eingriffen werden durch den medizinischen
2203 Fortschritt zeitlich verkürzt. Die Nachbehandlung der Patienten soll auch künftig im
2204 Rahmen des Vertretbaren zu Hause und durch qualifiziertes Personal erfolgen, das wenn
2205 nötig auf die Ressourcen der Krankenhäuser zurückgreifen kann (hospitalisation à
2206 domicile). Das Herabsetzen der Akutbetten und der Verweildauer der Patienten im
2207 Krankenhaus darf jedoch nicht aus Rentabilitätsgründen betrieben werden.
2208 Regelmässige Bestandsaufnahmen sollen sicherstellen, dass die Anzahl der Akut- und
2209 Langzeitbetten wie auch der Ein- und Zweibettzimmer den Bedürfnissen einer
2210 optimalen medizinischen Versorgung des Patienten entsprechen.

2211 Der sich anbahnende Ärztemangel, insbesondere bei Allgemeinmedizinerinnen und
2212 Kinderärztinnen, riskiert die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung zu
2213 gefährden. Die regionalen Mindestanforderungen an die Ärztedichte müssen festgelegt
2214 und durch wirksame Rekrutierungsmassnahmen erfüllt bleiben. Die Notfallversorgung
2215 während den Sonn-, Feiertags- und Nachtdiensten in den Polikliniken wird verbessert
2216 und ein professionelles Standbein für den Rettungsdienst geschaffen werden. Die
2217 konsequente Aufwertung der Krankenpflegeberufe muss ihre Attraktivität
2218 wiederherstellen, um auch hier Engpässe in der Versorgung zu verhindern. Eine
2219 Verlängerung der Studienzeit zur Vertiefung bereits erlangter Kompetenzen kann hierzu
2220 beitragen. Im Interesse einer ausreichend dezentralen und regional ausgewogenen
2221 Präsenz an Apotheken werden die Sozialisten auch die Zahl der diesbezüglichen
2222 staatlichen Konzessionen erhöhen.

2223 • ***Für eine humane Medizin***

2224 Die in der Häffner-Studie vorgesehene Dezentralisierung und Entstigmatisierung der
2225 Psychiatrie ist bisher nur unzureichend durchgeführt worden. Eine Aktualisierung dieser
2226 Studie ist notwendig, um die Psychiatrie menschenwürdiger zu gestalten. Die
2227 Dezentralisierungsinitiativen, welche kleine, flächendeckend verteilte, stationäre und

2228 ambulante Therapieangebote entstehen liessen, werden weiter vorangetrieben. Jedes
2229 allgemeine Krankenhaus muss langfristig sowohl über geschlossene als auch über
2230 offene Tagesstrukturen verfügen. Die Sozialisten werden eine getrennte Struktur zur
2231 Betreuung von Kindern mit psycho-affektiven Problemen schaffen.

2232 Unheilbar kranke Menschen dürfen nicht gegen ihren Willen unter
2233 menschenunwürdigen Bedingungen am Leben gehalten und unentwegt weiterbehandelt
2234 werden. Der Staat muss Sorge tragen, dass das Recht des Patienten, eine Behandlung zu
2235 verweigern, auch am Lebensende gewahrt bleibt. Schmerzlindernde Massnahmen und
2236 palliative Betreuung sollen nicht nur in spezifischen klinischen Abteilungen angeboten
2237 werden, sondern sowohl im ambulanten als auch im allgemeinen stationären Bereich
2238 verfügbar sein. Der Arzt, der dem Wunsch eines Patienten nach Sterbehilfe nachkommt,
2239 darf nicht länger strafrechtlich verfolgt werden. Die Straffreiheit kann aber nur unter
2240 klaren, gesetzlich festgelegten Bedingungen, wie z.B. dem Vorhandensein einer
2241 Patientenverfügung, erfolgen.

2242 Die Sozialisten werden schliesslich bei Schwerstdrogenabhängigen die Infrastrukturen
2243 und Programme zur medizinischen Versorgung mit Ersatzdrogen weiterentwickeln.
2244 Deshalb müssen die bestehenden Therapiezentren, Beratungsstellen und ambulante
2245 Hilfsdienste, besonders in den sensiblen Stadtvierteln, weiter überarbeitet und ausgebaut
2246 werden. Medizinisch kontrollierte Heroinausgabe soll in Einzelfällen ermöglicht
2247 werden, auch in sogenannten Fixerstuben. Bei heroinabhängigen Langzeitpatienten
2248 stellt dies oftmals die einzige Möglichkeit zur Resozialisierung dar.

2249 • ***Jeder hat ein Recht auf Pflege***

2250 Die Sozialisten werden das soziale Dienstleistungswesen absichern und weiter
2251 ausbauen. Ein besonderes Augenmerk gilt hier den steigenden Bedürfnissen in den
2252 Bereichen der Pflege alter und behinderter Menschen. Das hinreichend bewährte Modell
2253 der staatlichen Förderung privater Dienstleistungsanbieter (konventionierter Sektor)
2254 wird wie bisher Dreh- und Angelpunkt des staatlich garantierten Dienstleistungswesens
2255 sein. Um eine effiziente Funktionsweise des sozialen Dienstleistungswesens zu
2256 gewährleisten, werden die Sozialisten es den bestehenden Bedürfnissen aufgrund der

2257 bereits in Auftrag gegebenen Bestandsaufnahme der sozialen Dienstleistungsangebote
2258 anpassen.

2259 Mit der Einführung der Pflegeversicherung wurde eine grosse Sozialreform
2260 verwirklicht, die jedem Menschen ein Recht auf Pflege garantiert. Die Sozialisten
2261 werden sich für die Erhaltung dieses Rechts zu vertretbaren Preisen für die Versicherten
2262 einsetzen. Die Heimpflege, wenngleich sie auch prioritär angewandt werden soll, stösst
2263 bei fortgeschrittener Pflegebedürftigkeit unweigerlich an Grenzen. In den kommenden
2264 fünf Jahren werden die Sozialisten deshalb weitere Pflegebetten schaffen, damit die
2265 Anzahl der auf ein Pflegebett Wartenden und dadurch die Wartedauer wesentlich
2266 verringert werden. Die Betten werden den Pflegebedürftigen entsprechend der Schwere
2267 der Pflegebedürftigkeit zur Verfügung gestellt. Die Aufnahme in ein Pflegeheim wird
2268 deshalb auf der Basis einer einzigen, national koordinierten Warteliste erfolgen.

2269 **4.6. Ein selbstbestimmtes Leben für Senioren**

2270 • *Ein fester Platz in der Gesellschaft*

2271 Ältere Menschen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Leben.
2272 Ihre aktive, verantwortungsvolle und soziale Teilnahme an den Bedürfnissen anderer
2273 Personen und der Gesellschaft findet ihren Ausdruck darin, dass sie beispielsweise in
2274 Kommunen, Nachbarschaften, Vereinen, Verbänden und Organisationen durch die
2275 Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten Verantwortung übernehmen. Auch kommt älteren
2276 Menschen für die Aufrechterhaltung sozialer, insbesondere innerfamiliärer Beziehungen
2277 eine grosse Bedeutung zu. Die Betreuung von Enkelkindern und Hilfeleistungen für
2278 weitere Familienmitglieder sind die wesentlichen Formen, durch die ältere Menschen
2279 sich in persönlichen Beziehungen engagieren.

2280 All dies erfolgt allerdings nicht voraussetzungslos. Ältere Menschen benötigen die
2281 Bereitstellung gesellschaftlicher Ressourcen, die sie in ihrer Lebensführung verlässlich
2282 unterstützen. Neben Respekt und Würdigung im alltäglichen Dasein, erwachsen
2283 Anforderungen insbesondere an die sozialen Sicherungssysteme und an die
2284 medizinischen Versorgungssysteme.

2285 • ***Die Renten absichern***

2286 Lebensqualität ist eng verknüpft mit dem Recht auf soziale Sicherheit, auch und gerade
2287 für ältere Menschen. In der Solidargemeinschaft stehen die Jungen für die Alten und die
2288 Alten für die Jungen ein. Damit diese solidarischen Beziehungen uns erhalten bleiben,
2289 sprechen die Sozialisten sich gegen die Privatisierung der Absicherung elementarster
2290 Lebensrisiken und für die Beibehaltung des aktuellen, auf dem Umlageverfahren
2291 beruhenden Rentensystems aus.

2292 Die Sozialisten werden für eine bessere und ertragreichere Verwaltung der Rücklagen
2293 der Rentenkassen sorgen, um die Belastung der zukünftigen Generationen nicht zu
2294 erhöhen und den Generationsvertrag vor Spannungen zu bewahren.

2295 • ***Aktiv im Leben***

2296 Die Sozialisten werden die Ruhestandsregelungen flexibler gestalten. Wer länger
2297 arbeiten will, soll die Möglichkeit dazu bekommen. Wer früher in Pension will, soll dies
2298 dürfen, wenn er mit einer entsprechend niedrigeren Rente zufrieden ist. Der Übergang
2299 vom aktiven Leben in den Ruhestand sollte fließend sein. Deshalb soll die
2300 Teilzeitarbeit ab dem 55. Lebensjahr ebenso gefördert werden wie die Möglichkeit, über
2301 das 65. Lebensjahr hinaus arbeiten und Beiträge in die Pensionskasse zahlen zu dürfen.

2302 Eine moderne Seniorenpolitik fördert die Handlungs- und Innovationspotenziale der
2303 älteren Generation und unterstützt ihre gesellschaftliche Integration. Eine aktivierende
2304 Seniorenpolitik muss Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement
2305 älterer Menschen unterstützen, ihren Erfahrungen und Fähigkeiten Raum schaffen und
2306 sie dazu ermutigen, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschliessen. Die
2307 Ausübung des Benevolats wird gefördert und den Organisationen, die sich ehrenamtlich
2308 für die Belange der älteren Menschen einsetzen, werden die notwendigen finanziellen
2309 Mittel bereitgestellt. In der Wissensgesellschaft wird es eine grössere Integration der
2310 älteren Menschen im Bildungssystem geben müssen. Deshalb werden die Sozialisten
2311 den Senioren den Zugang zur Universität ermöglichen. Auch das Internet bietet eine
2312 neue Chance für die Bildung der älteren Menschen. Internetstuben könnten z.B. in allen
2313 Institutionen für das 3. Alter gefördert werden.

2314 Um möglichst lange ein selbstbestimmtes und aktives Leben führen zu können, ist die
2315 Verbesserung der Mobilität unabdingbar. Ältere Menschen mit eingeschränkter
2316 Beweglichkeit sind nur dann in der Lage ein normales Leben zu führen, wenn sie, wie
2317 alle anderen Bürger, Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Transportmöglichkeiten
2318 haben. Die Berücksichtigung der Belange behinderter Menschen im Bauwesen helfen
2319 nicht nur den behinderten Menschen, sondern auch älteren Menschen. Öffentliche
2320 Gebäulichkeiten und Transportmittel werden deshalb für alle Menschen mit
2321 eingeschränkter Mobilität zugänglich gemacht. Sensibilisierungskampagnen sollen
2322 gestartet werden, um z.B. die Druckschrift in öffentlichen Mitteilungen, Telefonbüchern
2323 u.ä. zu vergrößern.

2324 Um die Problematik von Erbschleichungen auszuräumen, müssen die diesbezüglichen
2325 gesetzlichen Bestimmungen an die Entwicklung der Berufe angepasst werden, die auf
2326 die Pflege und Hilfestellung für ältere Menschen spezialisiert sind. Das Verbot
2327 testamentarischer Verfügungen zu Gunsten von (para)medizinischem Personal muss
2328 detaillierter abgefasst werden.

2329 • ***Für lebenswerte Wohn- und Betreuungsinstitutionen***

2330 Im hohen Lebensalter steigen die Risiken chronischer Erkrankungen, der
2331 Multimorbidität sowie der Hilfs- und Pflegebedürftigkeit an. Auch in solchen
2332 Situationen sollen Senioren als geachtete und gleichberechtigte Bürger behandelt
2333 werden und entsprechend ihren Wünschen und ihren Möglichkeiten ihr Leben möglichst
2334 eigenverantwortlich gestalten. Die Angebotspalette verschiedener Wohn- und
2335 Betreuungsinstitutionen muss flexibel und breit gefächert sowie auf die verschiedenen
2336 Bedürfnisse zugeschnitten sein. Die Sozialisten wollen alternative Heimkonzepte
2337 fördern, die Klein- und Wohngruppenansätzen folgen und die die Einbeziehung der
2338 Angehörigen vorsehen.

2339 Neben dem Ausbau der nötigen Strukturen und Dienstleistungen zum "maintien à
2340 domicile" und der Bereitstellung von zusätzlichen Pflegebetten, müssen die „foyers de
2341 jour pour personnes âgées“ flächendeckend ausgebaut und Zwischenstrukturen wie
2342 betreute Seniorenwohnungen konsequent gefördert werden. Älteren Menschen,
2343 besonders alleinstehenden, die noch rüstig sind, bieten diese Strukturen eine gute

2344 Alternative zum Altersheim oder zum grossen Eigenheim. Ein weiterer Vorteil dieser
2345 Zwischenstrukturen besteht darin, dass die hierdurch frei werdenden Wohnungen von
2346 jungen Familien genutzt werden können.

2347 Beim Eintritt in ein Alten- oder Pflegeheim wollen die Heimbewohner nicht nur
2348 versorgt und verwaltet werden, sondern aktiv am Heimleben teilnehmen und
2349 Entscheidungen mitbestimmen. Die Sozialisten werden deshalb obligatorische Heimräte
2350 schaffen. Die Mitbestimmung wird sich auf diejenigen Bereiche erstrecken, die
2351 Heimbewohner unmittelbar betreffen, wie z.B. die Planung und Durchführung von
2352 Veranstaltungen, die Freizeitgestaltung und die Verpflegung. Um eine Gettoisierung zu
2353 vermeiden, fördern die Sozialisten eine Integration der Pflegestrukturen in
2354 Wohngebieten.

2355 **4.7. Gleiche Chancen für behinderte Menschen**

2356 Die Sozialisten wollen den behinderten Menschen in unserer Gesellschaft gleiche
2357 Chancen einräumen und sich im Geiste der Solidarität für ihre Integration einsetzen.
2358 Das Selbstbestimmungsrecht der behinderten Personen muss als elementare
2359 Voraussetzung menschenwürdigen Lebens stärker in den Vordergrund rücken. Im
2360 Rahmen des Machbaren darf keinem behinderten Mitbürger das Recht genommen
2361 werden, für sich selbst zu entscheiden.

2362 Die Sozialisten werden behinderte Kinder und Jugendliche möglichst ins allgemeine
2363 Schulwesen integrieren. Eine befriedigende Integration behinderter Kinder setzt ein
2364 pädagogisches Konzept voraus, das sowohl die Entscheidungsträger definiert wie auch
2365 die Möglichkeiten und Grenzen der Integration aufzeichnet und eine spezifische Aus-
2366 und Weiterbildung des Lehr- und Betreuungspersonals beinhaltet. Dieses Modell muss
2367 es ermöglichen, den vielfältigen Formen spezifischer Bedürfnisse gerecht zu werden.
2368 Um über Grenzfälle zu entscheiden, die den üblichen Ablauf der Schule stark
2369 beeinträchtigen könnten, wird eine paritätisch zusammengesetzte Schiedsstelle im
2370 Erziehungsministerium eingerichtet. Damit den Eltern behinderter Kinder schon vor
2371 dem schulpflichtigen Alter eine den Bedürfnissen angepasste Hilfestellung angeboten

2372 wird, wollen die Sozialisten die Früherkennungs- und Beratungsdienste ausbauen und
2373 besser aufeinander abstimmen.

2374 Damit behinderte Menschen in gleichem Masse wie Nichtbehinderte am
2375 gesellschaftlichen Leben teilhaben können, werden die Sozialisten dafür sorgen, dass
2376 alle öffentlichen Einrichtungen und Gebäude auch für Menschen mit eingeschränkter
2377 Bewegungsmöglichkeit zugänglich sind. Ausserdem werden die öffentlichen
2378 Transportmittel den Bedürfnissen behinderter Personen angepasst. Die Sozialisten
2379 wollen ebenfalls die Integration behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt fördern.
2380 Hier gilt es, die im Behindertenförderungsgesetz beschlossenen Massnahmen
2381 konsequent auszuführen, auch und gerade im öffentlichen Dienst. Die vorgesehenen
2382 Quoten müssen eingehalten und die finanziellen Sanktionen im Falle eines Verstosses
2383 angewandt werden.

2384 Die Sozialisten werden sich für einen Ausbau des Angebots an Freizeitaktivitäten
2385 zugunsten behinderter Kinder und Jugendliche, vor allem während den Schulferien,
2386 einsetzen. Zur Entlastung der Familien wollen sie auch zusätzliche Betten für die
2387 vorübergehende Aufnahme von Personen mit Behinderung schaffen.

2388 **4.8. Armut und soziale Ausgrenzung eindämmen**

2389 Durch den tiefgreifenden Wandel der ökonomischen Bedingungen und ihrer
2390 Auswirkungen auf die Arbeitswelt laufen leider immer mehr Menschen Gefahr, nicht
2391 oder nur ungenügend durch unsere sozialen Sicherungssysteme abgesichert zu werden.
2392 Um die elementarsten materiellen und sozialen Grundbedürfnisse des Menschen zu
2393 gewährleisten, wurde in Luxemburg das Recht auf ein garantiertes Mindesteinkommen
2394 geschaffen. In Luxemburg sind Jugendliche stärker durch Armut gefährdet als ältere
2395 Personen. Deshalb werden die Sozialisten die Altersgrenze für das Anrecht auf ein
2396 garantiertes Mindesteinkommen auf 18 Jahre herabsetzen und damit gewährleisten, dass
2397 junge Empfänger des Mindesteinkommens die hiermit verbundenen
2398 Betreuungsmassnahmen und sozialen Auffangstrukturen in Anspruch nehmen können.
2399 An die Herabsetzung des Alters für RMG-Anwärter müssen obligatorisch

2400 (Re)Integrationsmassnahmen in den Arbeitsmarkt oder gegebenenfalls die Schule
2401 gekoppelt sein.

2402 Desweiteren werden die Sozialisten den Begriff der relativen Armutsgrenze verbindlich
2403 definieren. Der Europäische Rat hat im Dezember 2001 einen Indikator festgelegt,
2404 indem er die Einkommensgrenze, ab welcher ein Haushalt als arm und
2405 unterstützungswert gilt, bei 60% des Medianwertes des Einkommens eines Landes
2406 ansiedelte. Dieser für die Bekämpfung der Armut wichtige Sozialindikator wollen die
2407 Sozialisten in die praktische Politik einfliessen lassen. Die in Auftrag gegebene Studie
2408 des Wirtschafts- und Sozialrates wird zeigen, ob eine logische Weiterentwicklung dieser
2409 Sichtweise die Einführung einer allgemeinen Negativsteuer wäre, die, losgelöst von der
2410 immer noch als stigmatisierend erlebten Sozialhilfe, vorhandene Transferleistungen
2411 transparenter gestalten, gleiche Bedingungen für jedermann schaffen, für grössere
2412 soziale Gerechtigkeit sorgen und dazu beitragen könnte, Arbeitsplätze für
2413 Niedrigqualifizierte zu erhalten.

2414 Mit den Sozialisten wird die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter sowie der
2415 Renten und Pensionen an die Preisentwicklung beibehalten. Besonders Mindestlohn-
2416 und Mindestrentenempfänger sind auf diese automatische Indexbindung angewiesen.
2417 Um der Armut aktiv entgegenzutreten, werden die Sozialisten in der kommenden
2418 Legislaturperiode den Mindestlohn über die Anpassung an die Lohnentwicklung hinaus
2419 erhöhen.

2420 Zurzeit haben nicht alle Menschen, die in Not geraten, Anspruch auf das garantierte
2421 Mindesteinkommen. Sie sind dann im Rahmen des Gesetzes von 1897 über das
2422 Hilfsdomizil auf die Sozialhilfe der Gemeinden angewiesen. Diese völlig überalterte
2423 Gesetzgebung muss dringend modernisiert werden, damit es eine wichtige ergänzende
2424 Rolle zum Mindesteinkommen übernehmen kann und den Grundsätzen einer modernen
2425 rechtsstaatlichen Verwaltung, wie die Begründung einer Entscheidung, die
2426 Gleichbehandlung aller und das Vorhandensein von Einspruchsmöglichkeiten,
2427 entspricht. Im Sinne des neuen "plan directeur d'aménagement du territoire" werden die
2428 Sozialisten ein Netz von 15-20 regionalen Sozialämtern entstehen lassen, um
2429 professionelle und bürgernehe Sozialarbeit zu leisten.

2430 Das Gesetz über die staatliche Rechtsbeihilfe für Minderbemittelte muss überprüft und
2431 gegebenenfalls verbessert werden. Das Gleiche gilt für das Gesetz zur Bekämpfung der
2432 Überschuldung, das relativ wirkungslos geblieben ist. Hoffnungslos überschuldeten
2433 Personen oder Haushaltsgemeinschaften muss ein Neubeginn ermöglicht werden, indem
2434 sie unter bestimmten Bedingungen (obligatorische Begleitung und Beratung usw.) ein
2435 Insolvenzverfahren beantragen können.

2436 Ein grosses Problem stellt in Luxemburg die Wohnungsnot dar, die für
2437 Niedriglohnbezieher und deren Familien eine oft unüberwindliche Hürde darstellt. Die
2438 geplante Einführung einer staatlichen Garantie für die vom Mieter zu hinterlegende
2439 Kautions ist nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Tiefgreifendere
2440 Massnahmen, besonders im sozialen Wohnungsbau, sind vonnöten. Desweiteren
2441 werden die Sozialisten jedem Haushalt ein Anrecht auf eine Mindestlieferung an Strom
2442 und Heizstoffen geben, die unter keinen Umständen abgesperrt werden darf.

2443 Die Sozialisten werden schliesslich das Angebot an Aufenthalts- und Schlafräumen
2444 sowie sinnvollen Beschäftigungsinitiativen für obdachlose Mitbürger den Bedürfnissen
2445 entsprechend ausweiten. Insbesondere im Winter muss dafür Sorge getragen werden,
2446 dass jeder Obdachlose Unterkunft findet.

2447 **5. Fir eist Zesummeliewen dobaussen**

2448 **5.1. Für ein starkes Europa - politisch, sozial und**
2449 **wirtschaftlich**

2450 • *Die Interessen Luxemburgs in Europa verteidigen*

2451 Unser Land braucht eine aktive und wirksame Aussenpolitik. Die Stärkung und
2452 Vertiefung der europäischen Einigung ist das Kernstück dieser Politik. Die Sozialisten
2453 werden gleichzeitig die bilateralen Beziehungen weiter ausbauen, insbesondere im
2454 Rahmen der erweiterten Union. Luxemburg soll als Land auftreten, das die europäische
2455 Integration systematisch fördert, vor allem im Rahmen der Grossregion, der Benelux-
2456 Länder und in enger Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich. Luxemburg
2457 wird mit den Sozialisten seine Standpunkte zusammen mit seinen europäischen Partnern
2458 in den multilateralen Organisationen im Interesse des Friedens, der Menschenrechte und
2459 einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung geltend machen.

2460 Luxemburg muss die Politik der Europäischen Union auch nach der Ost-Erweiterung
2461 beeinflussen, bzw. seine eigenen Interessen verteidigen können. Dazu gehört eine
2462 angemessene Vertretung im Europäischen Parlament. Unser Land muss auch zukünftig
2463 das Recht behalten, in der Kommission wichtige Zuständigkeiten wahrzunehmen. Der
2464 Ministerrat muss weiterhin so organisiert bleiben, dass allen Mitgliedsländern die
2465 Möglichkeit zur aktiven Politikgestaltung geboten wird. Zudem drängt sich eine
2466 kohärente und konsequente Strategie bei der Besetzung von Verwaltungsposten in der
2467 EU auf, insbesondere durch eine systematische Vorbereitung der Kandidaten.

2468 Die Sozialisten befürworten die europaweite Abschaffung unfairer Praktiken bei der
2469 Kapital- und Unternehmensbesteuerung. Sie stimmen einer gewissen Angleichung der
2470 einzelnen Besteuerungsbestimmungen zu, insofern sie für einen gut funktionierenden
2471 Binnenmarkt notwendig sind. Bei den indirekten Steuern, insbesondere bei der
2472 Mehrwertsteuer, besteht kein Handlungsbedarf für weitere
2473 Harmonisierungsbestrebungen.

2474 Die Sozialisten standen noch immer auf dem Standpunkt, dass Arbeit nicht stärker
2475 belastet werden darf als Kapital. Deshalb sind sie bereit, das 2003 von der Europäischen

2476 Union ausgehandelte Paket über die Zinsbesteuerung in Europa zu akzeptieren. Dies
2477 unter der Vorbedingung, dass die Wettbewerbsfähigkeit unseres Finanzplatzes nicht
2478 beeinträchtigt wird. Die vorgesehenen Massnahmen müssen nicht nur in den 25 Ländern
2479 der Union, sondern gleichzeitig und im vollen Umfang in Drittländern und in allen
2480 Territorien der Mitgliedsstaaten in Kraft treten. Sollte dies nicht geschehen, werden die
2481 Sozialisten sich für eine allgemeine Abschlagssteuer auf den Zinseinkünften aller
2482 europäischen Bürger aussprechen. Eine solche Steuer, die auch von Banken ausserhalb
2483 der Union zu erheben wäre, würde sich hervorragend als Direkteinnahme für die EU
2484 eignen.

2485 • ***Für eine soziale und handlungsfähige Europäische Union***

2486 Am 1. Mai 2004 nimmt die Europäische Union zehn neue Mitgliedstaaten auf. Die
2487 Sozialisten begreifen die Erweiterung als Chance, den europäischen Kontinent sowohl
2488 politisch als auch wirtschaftlich und kulturell zu vereinen. Die Erweiterung ist die beste
2489 Garantie für Frieden, Stabilität, Sicherheit sowie wirtschaftlichen und sozialen
2490 Fortschritt, vorausgesetzt die weitere Integration der EU wird dadurch nicht so
2491 verwässert, dass die Union letzten Endes nicht mehr handlungsfähig ist. Die Sozialisten
2492 werden weiterhin nur dann Beitrittsverhandlungen mit Kandidatenländern zustimmen,
2493 wenn die wirtschaftlichen und besonders die politischen Bedingungen im Bereich der
2494 Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte voll erfüllt sind.

2495 Die Verteidigung des über Jahrzehnte erkämpften sozialen Fortschritts in Luxemburg
2496 hängt zu einem grossen Teil von der Absicherung des europäischen Sozialmodells ab.
2497 Einige Mitgliedsstaaten sehen in der Europäischen Union nur eine Freihandelszone.
2498 Dies ist nicht die Ansicht der Sozialisten, die ein politisch integriertes Europa wollen, in
2499 dem das europäische Sozialmodell und die Modernisierung Hand in Hand gehen. Die
2500 EU muss als Grundlage die soziale und ökologische Marktwirtschaft haben.

2501 In diesem Zusammenhang sehen die Sozialisten weitere Liberalisierungsbestrebungen
2502 ganzer Wirtschaftszweige keineswegs als Selbstzweck an. Konkurrenz und
2503 Privatisierung sind keine Allheilmittel. Die überaus wichtige Rolle öffentlicher
2504 Dienstleistungen sowie die spezifischen Gegebenheiten kleiner Länder und deren
2505 betroffener Wirtschaftszweige müssen stärker berücksichtigt werden. Deshalb kommen

2506 für die Sozialisten Privatisierungen im Unterrichtswesen sowie von
2507 Basisdienstleistungen (z.B. Wasserversorgung) nicht in Frage.

2508 Arbeitslosigkeit und verlangsamtes Wachstum sind die Hauptschwächen der
2509 europäischen Wirtschaft. Unser Land benötigt jedoch eine dynamische europäische
2510 Wirtschaft. Die Stärkung des Wachstumspotentials und der Wettbewerbsfähigkeit muss
2511 durch gezielte Investitionen in Infrastrukturen, aber auch in Forschung und Innovation
2512 erreicht werden. Die Sozialisten setzen sich in diesem Sinne für eine bessere
2513 Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitiken sowie für eine konkrete
2514 und zügige Umsetzung einer auf Nachhaltigkeit orientierten Wachstumsstrategie ein.
2515 Die zukünftige luxemburgische Präsidentschaft muss die Neubelebung der „Lissaboner
2516 Strategie“ für Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit als eine
2517 ihrer grossen Prioritäten ansehen.

2518 Die europäische Währungsunion ist einer der herausragendsten Erfolge der
2519 europäischen Integration. Der Euro schützt Europa nicht nur vor neuen Währungskrisen,
2520 sondern er bringt auch grössere Stabilität und niedrigere Zinsen. Die Sozialisten
2521 befürworten die Zielsetzungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Er muss jedoch
2522 dem wirtschaftlichen Umfeld gemäss in jedem Land gleichwertig angewandt werden
2523 und den landesspezifischen Gegebenheiten (wie z.B. der Existenz von Budgetreserven)
2524 Rechnung tragen. Die Sozialisten treten in diesem Rahmen für eine verantwortungsvolle
2525 Finanz- und Haushaltspolitik in allen EU-Mitgliedsstaaten ein. Dies ist auch eine
2526 wichtige Voraussetzung für stärkeres und stabiles Wachstum sowie für mehr und
2527 sichere Arbeitsplätze.

2528 Das erweiterte Europa braucht nicht weniger, sondern mehr Solidarität. Deshalb ist für
2529 die Sozialisten die Diskussion um die zukünftige Finanzierung der Europäischen Union
2530 von grösster Wichtigkeit. Luxemburg muss für einen gerechten Finanzrahmen eintreten,
2531 der es der EU auch weiterhin erlaubt, nach innen wie nach aussen handlungsfähig zu
2532 bleiben.

2533 Luxemburg hat ein grosses Interesse an einer klaren europäischen Aussen- und
2534 Verteidigungspolitik. Daher muss mittelfristig auf eine mit Mehrheit festgelegte
2535 Aussenpolitik hingearbeitet werden. Zu einer gemeinsamen Aussen- und

2536 Sicherheitspolitik gehören ein europäischer Aussenminister als Mitglied der
2537 Kommission und des Rates, aber auch der Einsatz effizienter Mittel diplomatischer wie
2538 nachrichtendienstlicher Art. Dazu gehört auch -unter gewissen Bedingungen- der
2539 Aufbau von integrierten, operativ autonomen europäischen Verteidigungsstrukturen,
2540 wobei den Mitgliedstaaten die Verfügungsgewalt über ihre Soldaten erhalten bleibt.
2541 Dies kann nicht ohne Abstimmung mit der NATO vonstatten gehen. Einerseits macht es
2542 für die EU keinen Sinn, Verteidigungsbündnisse zu verdoppeln, andererseits muss die
2543 NATO sich mit der Tatsache abfinden, dass nicht alle EU-Staaten Mitglieder des
2544 Bündnisses sind. Diese sind zwar für präventive Missionen im Krisenfall einsatzwillig,
2545 wollen aber ausserhalb der NATO bleiben.

2546 • ***Für eine demokratische und transparente Europäische Union***

2547 Die Sozialisten begrüssen die Ausarbeitung der europäischen Verfassung durch den
2548 Konvent, an dem Vertreter der nationalen Parlamente teilnahmen. Sie wollen die
2549 Konventsmethode für die künftige Arbeit an der Verfassung beibehalten. Trotz mancher
2550 Unzulänglichkeiten entspricht die europäische Verfassung einer neuen Etappe im
2551 europäischen Einigungsprozess. Die Aufnahme der Charta der Grundrechte in die
2552 Verfassung sehen die Sozialisten als grossen Fortschritt an, da sie Europa auch als
2553 Wertegemeinschaft bestätigt.

2554 Die Sozialisten bedauern zutiefst, dass die Vertiefung der Union mittels der Verfassung
2555 nicht zu dem Zeitpunkt gelungen ist, wo die Erweiterung stattgefunden hat. Es muss
2556 endlich Klarheit über die Art von Union geschaffen werden, auf die wir hinsteuern. Die
2557 Sozialisten werden sich nicht mit einer Freihandelszone begnügen und wollen , dass die
2558 Integration in Bereichen wie der Wirtschaftspolitik, der Durchsetzung des europäischen
2559 Sozialmodells, der Aussenpolitik sowie der Politik der inneren Sicherheit
2560 weiterentwickelt wird.

2561 Bei den heutigen wie bei den zukünftigen Mitgliedern muss mit Strenge und
2562 Konsequenz auf die Einhaltung der rechtstaatlichen Gepflogenheiten und der
2563 Menschenrechte gepocht werden. Im europäischen öffentlichen Raum muss
2564 Meinungspluralismus in den Medien durchgesetzt werden. Die europäischen Bürger
2565 besitzen weitgehende Klagerechte, Zugang zu öffentlichen Dokumenten und

2566 Anlaufstellen für Reklamationen (Ombudsperson, Petitionsausschuss des EP) gegenüber
2567 den europäischen Dienststellen. Dort müssen Transparenz und Gleichheit gepflegt
2568 werden. Das individuelle Klagerecht der Bürger vor dem europäischen Gerichtshof
2569 muss vereinfacht werden. Auch soll dieser für Klagen gegen Massnahmen im Rahmen
2570 der inneren Sicherheit zuständig werden.

2571 Die Sozialisten setzen sich weiterhin für entscheidungsfähige, demokratisch legitimierte
2572 und transparente Institutionen ein. Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, wie sie in
2573 der Verfassung vorgesehen ist, soll unnötige Zentralisierungsbestrebungen verhindern.
2574 Sie darf aber auch die Handlungsfähigkeit der EU nicht da hemmen, wo sie notwendig
2575 ist.

2576 Luxemburg muss durch eine aktive und positive Europapolitik seinen Stellenwert in der
2577 erweiterten Union bewahren, in der die Gleichheit aller Mitgliedsstaaten ein
2578 fundamentales Prinzip bleiben muss. Die Sozialisten befürworten deshalb die
2579 Möglichkeit, durch verstärkte Zusammenarbeit einer gewissen Anzahl von
2580 Mitgliedsstaaten den Einigungsprozess im Interesse Aller voranzubringen. Unser Land,
2581 als Gründerstaat, darf hier nicht abseits stehen.

2582 Die Sozialisten sind fest davon überzeugt, dass Europa sich nur dann weiterentwickelt,
2583 wenn es auf eine breite Unterstützung in der europäischen Bevölkerung zählen kann.
2584 Wichtiger als neue Institutionen ist ein bürgernahes Europa, in dem die Bürger Mittel
2585 und Wege finden, ihre Anliegen und ihre Vorschläge, sei es über europäische Parteien
2586 oder Gewerkschaften, sei es über Bürgerinitiativen oder die organisierte
2587 Zivilgesellschaft, weiterzubringen.

2588 Auch den Luxemburgern sowie den in Luxemburg lebenden EU-Bürgern muss die
2589 Gelegenheit geboten werden, sich auf direktem demokratischen Weg über die
2590 europäische Verfassung auszusprechen. Die Sozialisten haben sich klar für ein
2591 Referendum über die neue EU-Verfassung ausgesprochen.

2592 **5.2. Luxemburg in der Grossregion**

2593 Luxemburg ist Teil einer Grossregion, die mehr und mehr zusammenwächst. Während
2594 viele Franzosen, Belgier und Deutsche in Luxemburg arbeiten, wohnen auch schon
2595 zahlreiche Luxemburger im nahen ausländischen Grenzgebiet. Die Sozialisten wollen
2596 das Leben der Menschen über die Landesgrenzen hinweg vereinfachen indem die
2597 praktischen Probleme des Alltags erkannt und gelöst werden. Dafür muss Luxemburg
2598 sich aber stärker mit der Grossregion identifizieren. Als souveräner Staat soll
2599 Luxemburg Motor in der Grossregion sein. Unser Land hat ein ureigenes
2600 wirtschaftliches, kulturelles und politisches Interesse daran, dass diese Grossregion
2601 mehr darstellt als nur Thema für Festreden.

2602 Die Sozialisten werden sich dafür einsetzen, dass die Grossregion ihre Transport- und
2603 Verkehrsmittel verbessert. Während das Autobahnnetz gut ausgebaut ist, benötigt das
2604 Zusammenwachsen der Region in der Hauptsache bessere öffentliche Verkehrsmittel:
2605 z.B. eine SaarLorLux-Schnellbahn. Die Eisenbahnlinie Brüssel-Luxemburg-Strassburg,
2606 als TGV-Linie ausgebaut, ist ein wichtiges Rückgrat für diese Kernregion Europas.
2607 Auch dem Wunsch der Pendler nach einer Verbesserung der regionalen Zug- und
2608 Busverbindungen in der Grossregion muss Rechnung getragen werden.

2609 Die Region muss sich eine demokratische politische Führungsstruktur geben, die mehr
2610 ist als ein jährliches Treffen der jeweiligen Regierungschefs. Die Parlamente ebenso wie
2611 die Gewerkschaften und die organisierte Zivilgesellschaft müssen eingebunden werden.
2612 Die Region soll die Zusammenarbeit ebenfalls auf kultureller Ebene und auf
2613 Hochschulebene entwickeln. Die neue Universität Luxemburg muss sich intensiv um
2614 Synergien mit den Universitäten der Grossregion bemühen.

2615 Wirtschaftlich können die Bestandteile der Grossregion sich gegenseitig fördern und
2616 nutzen. Wichtig ist auch, dass Initiativen von unten nach oben die Grossregion beleben.
2617 Diese müssen daher gefördert werden. Allzu viele administrative Schikanen behindern
2618 die Betriebe der Grossregion. Während Luxemburg für ausländische Betriebe offen und
2619 zugänglich ist, ist das meist nur beschränkt der Fall für Luxemburger Betriebe in den
2620 grösseren Nachbarländern, in denen es noch manche administrative Hürden gibt.

2621 Deshalb wollen die Sozialisten die Freizügigkeit der Luxemburger Betriebe im nahe
2622 und fernen Ausland konkret durchsetzen.

2623 **5.3. Globaler Einsatz für Frieden und Sicherheit**

2624 • *Den Herausforderungen einer globalisierten Welt begegnen*

2625 Die Globalisierung der Weltwirtschaft ist eines der wesentlichen Merkmale unserer
2626 Zeit. Die Sozialisten lehnen die „ungezügelte“ Globalisierung ab, wie sie zur Zeit von
2627 einem international operierenden Kapitalismus vorangetrieben wird. In dieser Hinsicht
2628 hegen sie Sympathie für die Forderungen der Globalisierungskritiker. Sie teilen viele
2629 ihrer Vorbehalte und möchten im engen Dialog mit allen fortschrittlichen Kräften an
2630 Alternativen zur neoliberalen Globalisierung arbeiten.

2631 Regionale Konflikte, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Bedrohung
2632 durch Terrorismus, die Instabilitäten und Ungleichgewichte des
2633 Weltwirtschaftssystems, Armut und Sozialabbau in weiten Teilen der Weltgesellschaft,
2634 Umweltkatastrophen, sich ausbreitende Epidemien sowie Verletzungen der
2635 Menschenrechte sind nur einige Gefahren in einer globalisierten Welt. Unser Land darf
2636 diese globalen Bedrohungen nicht verkennen. Weder die Hegemonie einer Supermacht
2637 noch der Rückzug in den Uni- oder Bilateralismus liefern die richtige Antwort auf diese
2638 Herausforderungen. Sie verlangen vielmehr nach stärkerer Zusammenarbeit, die auf
2639 eine Weltordnung hinzielt, welche auf Völkerrecht, Multilateralismus,
2640 Menschenrechtsschutz, Naturschutz, sozialer Gerechtigkeit und Entwicklung aufgebaut
2641 ist.

2642 Auch hier bietet die Europäische Union für unser Land einen unentbehrlichen
2643 Handlungsrahmen. Die Sozialisten setzen auf das Zusammenwachsen einer starken
2644 sozialdemokratischen Kraft auf europäischer Ebene, die das europäische Sozialmodell
2645 verteidigt und sich aktiv für eine Globalisierung im Interesse der Menschen einsetzt. In
2646 diesem Sinne wollen die Sozialisten die internationale Rolle und Aktionsfähigkeit der
2647 Europäischen Union weiter ausbauen und stärken.

2648 Die Sicherheit der Bürger benötigt eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
2649 der internationalen Kriminalität. Die Sozialisten bejahen eine wirksame
2650 Kriminalitätsbekämpfung auf europäischer Ebene, insbesondere in den Bereichen Justiz
2651 und Polizeizusammenarbeit. Diese muss in Einklang mit den rechtsstaatlichen
2652 Prinzipien stehen. Das gleiche trifft auf eine aktive Terrorismusbekämpfung zu.

2653 Für die Bürger ist die Bekämpfung der grenzübergreifenden Kriminalität jeder Art
2654 (Wirtschaftskriminalität, Drogen- Waffen- und Menschenhandel, Geldwäsche, mafiose
2655 Vereinigungen, Korruption, Schmuggel) von vorrangiger Bedeutung. Die Sozialisten
2656 werden sich daher für eine enge Zusammenarbeit der nationalen Polizeiverbände sowie
2657 der Zoll- und der Justizbehörden für die strafrechtliche Verfolgung einsetzen. Europol
2658 und Eurojust sollen ausgebaut werden.

2659 • ***Der Friedenspolitik verpflichtet***

2660 Die Sozialisten sehen in der Friedenssicherung eine zentrale Aufgabe. Luxemburg muss
2661 sich resolut für eine verstärkte Rolle der Vereinten Nationen einsetzen. Für die
2662 Sozialisten sind die internationalen Strukturen auszubauen, allen voran die UNO als
2663 Instrument zwischenstaatlicher Konfliktregelung. Ihre Entscheidungen müssen von
2664 allen Mitgliedsstaaten respektiert werden. Es gibt nach wie vor keine Alternative zur
2665 UNO als einzig legitimiertem Staatenbündnis um eskalierende Konflikte zu regeln.
2666 Kollektive Verteidigungsbündnisse dürfen deshalb ausserhalb ihres Territoriums nur im
2667 Auftrag der UNO handeln.

2668 Dabei muss das grundlegende Prinzip der UNO, die Gleichberechtigung der
2669 Mitgliedsstaaten und die Gleichbehandlung der Nationen nach den feststehenden
2670 Normen des Völkerrechts, gewahrt und verteidigt werden. Diese Feststellung bedingt
2671 die Notwendigkeit einer Reform der UNO und ihrer Funktionsweise. Die politische
2672 Aufwertung der Vollversammlung gegenüber dem Sicherheitsrat muss vorangetrieben
2673 werden. Die Rückkehr zum Multilateralismus geht einher mit dem Ausbau und der
2674 konsequenten Durchsetzung international anerkannter Normen und Werte.

2675 Die Sozialisten lehnen gemäss internationalem Recht die Idee des Präventivkrieges ab.
2676 Das Problem der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen stellt ohne Zweifel für die

2677 internationale Stabilität und auch für Europa eine grosse Herausforderung dar. Neue
2678 Rüstungskontrollinitiativen sowie eine multilaterale Nichtverbreitungspolitik von ABC-
2679 Waffen müssen ausgebaut werden.

2680 Die Europäische Union benötigt die notwendigen Mittel um wirksam und solidarisch
2681 auf der Basis der UN-Charta die Regelung und Vorbeugung von Konflikten anzugehen.
2682 Auch unser Land hat ein Interesse an einem, den Frieden und die internationale
2683 Stabilität fördernden Europa. Krisenbewältigung ist vorrangig mit diplomatischen, in
2684 Ausnahmefällen auch mit militärischen Mitteln im Rahmen der UN-Charta zu sehen. In
2685 diesem Sinne lehnen die Sozialisten es nicht prinzipiell ab, dass die Europäische Union
2686 sich eigene militärische Mittel zulegt.

2687 Die aussen- und sicherheitspolitische Dimension der EU muss verstärkt werden.
2688 Voraussetzung ist die Formulierung einer defensiven Militärdoktrin und -struktur, die
2689 ausserhalb des eigenen Territoriums nur zur Selbstverteidigung im Falle eines
2690 militärischen Angriffs oder im Auftrag der UNO operativ eingesetzt werden darf. Die
2691 Realisierung einer eigenständigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll im Sinne
2692 einer Emanzipierung gegenüber unilateralen Tendenzen und nicht im Gegensatz zur
2693 NATO und zur transatlantischen Partnerschaft geschehen.

2694 Sind diese Bedingungen erfüllt, wird unser Land als vollwertiger Partner an einer
2695 verstärkten Zusammenarbeit teilnehmen, auch wenn daran nur eine begrenzte Anzahl
2696 von europäischen Pionierstaaten beteiligt ist. Der militärische Beitrag zur
2697 Friedenssicherung, den Luxemburg im Rahmen seiner Möglichkeiten durch seine
2698 Berufsarmee leisten kann, legitimiert die volle Wahrnehmung der politischen Rechte
2699 innerhalb der Verteidigungsbündnisse.

2700 **5.4. Armut weltweit bekämpfen**

2701 • *Den Ärmsten helfen*

2702 Wichtigste Instrumente der Sicherheitspolitik bleiben für die Sozialisten der Kampf
2703 gegen die weltweite Armut und eine konsequente Entwicklungshilfe. Die

2704 luxemburgische Entwicklungspolitik wurde unter sozialistischer
2705 Regierungsverantwortung auf- und ausgebaut. Die Sozialisten sehen die Fortführung
2706 einer gezielten und unbürokratischen Entwicklungspolitik als prioritäre Aufgabe unserer
2707 Aussenpolitik an. Der Reichtum unseres Landes verpflichtet uns, in Sachen
2708 Entwicklungshilfe ein Vorbild zu sein. Das Ziel, 1% des Bruttonettoprodukts der
2709 Entwicklungszusammenarbeit zukommen zu lassen, bleibt für die Sozialisten prioritär.
2710 Luxemburg will so seinen Beitrag zu der international vereinbarten
2711 Entwicklungsstrategie leisten.

2712 Eine kohärente und zielgerichtete Entwicklungspolitik muss auf die realen Bedürfnisse
2713 der Empfängerländer ausgerichtet sein. Luxemburgs Entwicklungshilfe sollte sich
2714 deshalb an den UN-Millennium-Richtlinien orientieren. Dabei sind die Nachhaltigkeit
2715 der Politik, die Verteidigung und Durchsetzung der Menschenrechte sowie die
2716 Bekämpfung der Armut zentrale Leitlinien. Im Rahmen der partnerschaftlichen
2717 Zusammenarbeit mit den Zielländern sollen integrierte Projekte vor allem auf
2718 Ausbildung, Gesundheit, Stärkung von Kinder- und Frauenrechten sowie
2719 Familienplanungsprogramme ausgerichtet sein. Für die Sozialisten setzt die
2720 Bekämpfung der Armut ebenfalls die Schaffung von Arbeitsplätzen voraus,
2721 insbesondere im ländlichen Raum. Ein wichtiger Schritt, den Drittweltländern die
2722 Möglichkeit zu geben, ihre Wirtschaft selbst in den Griff zu bekommen, besteht in der
2723 Aufnahme von Studenten aus Entwicklungsländern in europäische Schulen und
2724 Bildungsinstitute.

2725 Die Sozialisten betonen die wichtige Arbeit der NGO's (Nichtregierungsorganisationen)
2726 bei der Ausarbeitung und Ausführung der Entwicklungspolitik. Sie wollen diese
2727 Zusammenarbeit aktiv weiterführen und durch finanzielle Transparenz den
2728 bürokratischen Aufwand auf ein Minimum beschränken.

2729 Die Sozialisten sind sich bewusst, dass eine aktive Entwicklungspolitik nur dann Erfolg
2730 haben wird, wenn einerseits in den Entwicklungsländern die Prinzipien der „good
2731 governance“ und der Menschenrechte besser verwirklicht sind und andererseits
2732 überfällige Reformen des Weltwirtschaftssystems zu Gunsten dieser Länder umgesetzt
2733 werden. Die Sozialisten treten deshalb für die Anerkennung von internationalen Regeln
2734 ein, welche in den Finanz- und Handelsbeziehungen den Interessen der

2735 Entwicklungsländer, insbesondere der Ärmsten unter ihnen, besser Rechnung tragen.
2736 Sie sprechen sich für den Schuldennachlass der Drittweltländer aus.

2737 • ***Für eine globale Politik der Nachhaltigkeit***

2738 Globale Umweltzerstörung, insbesondere das Problem des Klimawandels, stellen für die
2739 Sicherheit und das Wohlergehen der Menschen eine immer grössere Gefahr dar. Nur
2740 eine globale Politik der Nachhaltigkeit kann diese Bedrohung abwenden. Die
2741 Stabilisierung der Emissionen von Treibhausgasen ist nicht nur unumgänglich, sie ist
2742 auch technisch möglich, wenn der politische Wille dazu besteht.

2743 Auch hier benötigen wir mehr internationale Zusammenarbeit, einen gestärkten
2744 Multilateralismus sowie die Bereitschaft aller Staaten, insbesondere derer, die den
2745 grössten Anteil an der Verursachung der Klimaerwärmung haben, internationale
2746 Abkommen wie das von Kyoto zu respektieren.